

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN, SOZIALISTEN UND ANDERE LINKE

Keine Atempause

Im Lärm der Medien hierzulande wie in allen NATO- und EU-Staaten u. a. wegen Donald Trump und seinen Anhängern gingen zwei für die Menschheit schlechte Nachrichten unter: Beide Kammern des US-Parlaments verabschiedeten um den Jahreswechsel den US-Rüstungshaushalt für 2021, der wie in jedem Jahr der Präsidentschaft Trumps eine neue Rekordhöhe hat. Unvorstellbare 740,5 Milliarden US-Dollar sollen für Kriege, Militärbasen und Atombomben ausgegeben werden, damit die Kassen der Rüstungskonzerne klingeln. Die Nachricht von diesem Skandal wird, wenn überhaupt, in Presse, Funk und Fernsehen abgestumpft aufgenommen, vor allem aber wird von ihr abgelenkt – mit Pandemie-Hysterie oder einem angeblich historischen Sturm auf das „Herz der Demokratie“ (Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier).

Überhaupt keine Meldung war Nachrichtenagenturen und deutschen Medien mit Ausnahme der Internetzeitschrift „Das Blättchen“ die zweite schlechte Nachricht aus den USA wert: Am 17. November 2020 teilte das Pentagon offiziell mit: „Die US-Raketenabwehragentur und Matrosen der US-Marine an Bord der USS ‚John Finn‘, einem mit dem Aegis-Raketenabwehrsystem ausgerüsteten Zerstörer, haben am 16. November während einer Flugtest-Demonstration im (...) Ozeangebiet nordöstlich von Hawaii eine bedrohungsrepräsentative Interkontinentalrakete mit einer Standard-Missile-3-Block-IIA-Rakete abgefangen und zerstört.“ Der Direktor der Raketenabwehrbehörde, Vizeadmiral Jon Hill, bezeichnete das als „unglaubliche Leistung“. Auch wenn solche Tests unter „Laborbedingungen“ stattfinden, so Wolfgang Schwarz in „Das Blättchen“, „war dies tatsächlich der erste erfolgreiche Raketenabwehrtest der USA mit einem nichtlandgestützten Abwehrsystem“. Erfolgreiche Versuche

mit bodengestützten Abwehrraketen habe es 2015 und 2017 gegeben. Schwarz zitiert den US-Experten Ankit Panda von der außenpolitischen „Denkfabrik“ Carnegie Endowment, der die Bedeutung dieses Tests so einschätzt: „Rußland und China wür-



Logo der „Weltraumstreitkräfte“ – seit dem 21. Dezember 2020 nennen sie sich auch „Guardians“ – die „Wächter“.

den sich in ihren Befürchtungen bestärkt sehen, daß die US-Raketenabwehrpläne auf die Neutralisierung ihrer jeweiligen Zweitschlagsfähigkeit zielen. Sie haben Gründe, dies zu glauben“, so Panda, der in Erinnerung rief, daß Präsident Trump im Zusammenhang mit dem US Missile Defense Review 2019 (einem Grundsatzpapier zur US-Raketenstrategie, A. S.) erklärt hatte, daß das Kernziel der US-Raketenabwehr darin bestehe, „sicherzustellen, daß wir jede Rakete, die gegen die Vereinigten Staaten abgeschossen wird, aufspüren und zerstören können – (...) jederzeit und überall“. Moskau und Peking befürchten laut Panda, daß die USA versuchen, „Erstschlagsfähigkeit gegen sie zu erlangen“.

Darum geht es. Diese Erstschlagsfähigkeit – verbunden mit einer Raketenabwehr, die den Schaden von Vergeltungsschlägen begrenzt – wiederzuerlangen, ist das Ziel des

US-Imperialismus, seitdem die Sowjetunion ein ungefähres Gleichgewicht bei atomar bestückten Raketen mit dem Westen erreicht hatte. Damit war klar: „Wer zuerst schießt, stirbt als zweiter.“ Alle sogenannten Nachrüstungsdebatten, die von der NATO wegen angeblichen Vorsprungs der Sowjetunion von den 60er bis zu den 80er Jahren und erneut in den vergangenen zwei Jahrzehnten losgetreten wurden, galten dem Versuch, den zweiten Teil dieser Formel für den Westen außer Kraft zu setzen. Ein Meilenstein in dieser Hinsicht war die einseitige Kündigung des Abkommens von 1972 zwischen der Sowjetunion und den USA über die Begrenzung von Raketenabwehrsystemen im Jahr 2002. Das destabilisierte wie kein anderer Rückzug aus einem Rüstungskontrollvertrag das militärische Gleichgewicht.

Seit nunmehr 18 Jahren versuchen die USA und ihre Verbündeten mit Ausflüchten und Lügen ihre Urhebererschaft für die daraus resultierende Friedensgefährdung zu kaschieren. Und davon abzulenken, daß sie den eisernen Willen haben, die technischen Voraussetzungen zu schaffen, um möglichst ungestraft einen atomaren Erstschlag führen zu können. Beide Nachrichten aus Washington besagen, daß es keine Atempause geben soll. Der neue US-Präsident Joseph Biden hat bereits unter Barack Obama bewiesen, daß er ein Anhänger dieser irrsinnigen Politik ist.

Arnold Schözel

Aus dem Inhalt



Druck auf Moskau	3
„Herz der Demokratie“	4
Heuchler im EU-Parlament	5
Grüne Gewehre	6
Die Causa Nawalny	8
Wahlbeobachter in Caracas	11
Nicaragua im Wahljahr	12
Denkmalsturz in Prag	15
Türkische Krise	16
Engels in der MEGA	20
Jugendhochschule „Wilhelm Pieck“	21
Geschichte der KPI	22
Leben mit Büchern	24
Das Gleichnis vom Weinberg	27
Leserbriefe	29

Das System ist krank und gefährlich

USA setzen Kuba erneut auf ihre „Terrorliste“

Am 11. Januar verkündete US-Außenminister Michael Pompeo, Kuba werde wieder auf die Liste jener Staaten gesetzt, die Terrorismus unterstützen. „Begründet“ wird das damit, daß die Regierung des sozialistischen Landes verfolgten Menschen Asyl gewähre und den venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro unterstütze. Nachdem der Sudan kürzlich von der US-Terrorliste gestrichen worden war, stehen derzeit die Demokratische Volksrepublik Korea, Iran, Syrien und nun auch wieder Kuba darauf. In der Folge werden unter anderem Im- und Exporte sowie finanzielle Transaktionen dieser Länder weiter beschränkt.

Die „junge Welt“ veröffentlichte dazu am 13. Januar folgenden Kommentar von Volker Hermsdorf unter dem Titel „Blanker Haß“:

Wie der Angriff faschistischer Trump-Anhänger auf das Kapitol die Verachtung des Nochpräsidenten für parlamentarische Institutionen im eigenen Land demonstrierte, zeigt die Entscheidung seines ergebenen Vasallen Michael Pompeo, Kuba erneut auf die US-Terrorliste zu setzen, zwei Dinge: erstens den blanken Haß auf den sozialistischen Inselstaat und zweitens die Mißachtung der Souveränität anderer Länder.

Wie die Erstürmung des Kapitols bereiteten ultrarechte Scharfmacher, darunter die Senatoren Edward „Ted“ Cruz und Marco Rubio, als parlamentarischer Arm der Radikalen auch diese Entscheidung vor und drängten darauf, sie noch vor der Amtsübergabe an Joseph Biden auszuführen. Der Vorgang beweist, daß die weltweite Empörung über Donald Trump vom eigentlichen Problem ablenkt. Nicht nur der Machthaber und sein innerer Zirkel um Vizepräsident Michael Pence und Ex-CIA-Chef Pompeo, sondern das gesamte System der USA ist krank und gefährlich.

Für Trumps Nachfolger Biden und dessen künftiges Kabinett bedeutet Pompeos Entscheidung zweierlei. Einerseits drückt das Trump-Regime der Außenpolitik des nächsten Präsidenten noch in letzter Minute seinen Stempel auf und engt deren Spielräume zumindest anfangs ein. Andererseits könnte dies aber auch als willkommene Rechtfertigung für die Fortsetzung einer Politik der Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder, militärischer Drohungen und der Vorherrschaft in Lateinamerika dienen. Die nächsten Monate werden zeigen, ob Bidens Ankündigung, zu der von Barack Obama eingeleiteten Kuba-Politik zurückkehren zu wollen, nur ein Wahlkampfversprechen war. Hatte Obama noch behauptet, die über die Insel verhängte US-Blockade, mit der die Menschenrechte von elf Millionen Kubanern seit 60 Jahren verletzt werden, wegen fehlender Mehrheiten im Senat nicht aufheben zu können, gilt diese Ausrede für Bidens Regierung nicht mehr. Die Mehrheit der Demokraten in beiden Kammern des Kongresses gibt ihr mehr Möglichkeiten, die völkerrechtswidrige und absurde Politik gegenüber Kuba zu verändern, als Obama je hatte.

Doch obwohl Kuba erst im Oktober von der UN-Generalversammlung mit 170 von 193 Stimmen in den Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen gewählt wurde, pflegt Biden das Mantra von angeblichen Menschenrechtsverletzungen auf der Insel weiter. Auch eine Wiedergutmachung für die 3 478 getöteten und 2 999 dauerhaft in ihrer Gesundheit eingeschränkten Opfer terroristischer Anschläge, die von der US-Regierung initiiert oder vom Territorium der USA aus begangen wurden, ist von ihm kaum zu erwarten. Biden wird an der hegemonistischen Linie der US-Außenpolitik in Lateinamerika festhalten. Die internationale Solidaritätsbewegung muß deshalb Druck auf die neue US-Regierung ausüben und sie zwingen, Farbe zu bekennen.

Das kubanische Außenministerium erklärte am 12. Januar zu der Ankündigung Pompeos in einer Stellungnahme:

Das Ministerium für Auswärtige Beziehungen verurteilt auf das Schärfste und Absoluteste die betrügerische Charakterisierung Kubas als den Terrorismus fördernder Staat, die von der Regierung der Vereinigten Staaten in einem zynischen und heuchlerischen Akt angekündigt wurde.

Seit Monaten wird über die Möglichkeit spekuliert, Kuba in die unilaterale Liste des State Department aufzunehmen, die ohne Mandat oder Legitimation, ohne echte Motivation, Länder in Bezug auf den Terrorismus und dessen Folgen klassifiziert und die ein Instrument der Diffamierung und der Anwendung wirtschaftlicher Zwangsmaßnahmen gegen Nationen darstellt, die sich den Launen des US-Imperialismus nicht beugen.

Die von Außenminister Michael Pompeo ausgesprochene Ankündigung ist ein hochmütiger Akt einer diskreditierten, unehrlichen und moralisch bankrotten Regierung. Zweifelsfrei ist bekannt, daß die wahre Motivation für diese Aktion darin besteht, jeder Aussicht auf eine Erholung der bilateralen Beziehungen zwischen Kuba und den Vereinigten Staaten zusätzliche Hindernisse in den Weg zu legen.

Kuba ist kein den Terrorismus fördernder Staat – eine von allen anerkannte Wahrheit. Die offizielle und bekannte Politik und das tadellose Verhalten unseres Landes ist die Ablehnung des Terrorismus in all seinen Formen und Erscheinungsformen, insbesondere des Staatsterrorismus, von wem auch immer, gegen wen auch immer und wo auch immer er begangen wird.

Kuba ist ein Staat, der Opfer des Terrorismus ist, und unsere Bevölkerung hat ihn am eigenen Leib zu spüren bekommen um den Preis von 3 478 Toten und 2 099 Menschen mit Behinderungen, aufgrund von Taten, die von der Regierung der Vereinigten Staaten begangen wurden oder die vom Territorium der Vereinigten Staaten aus mit Duldung der offiziellen Behörden begangen und gefördert wurden. Wir Kubaner lehnen mit Verachtung jedes Manöver ab, das darauf abzielt, für plumpe

Zwecke des politischen Opportunismus ein so sensibles Thema zu manipulieren.

Ebenfalls am 13. Januar berichtete die Arbeitsgemeinschaft Cuba Sí beim Parteivorstand der Partei Die Linke, daß ein Container mit dringend benötigten Solidaritätsgütern in Kuba angekommen ist:

Der Container wurde am 24. Oktober 2020 von Cuba Sí-Mitstreitern gepackt, nach Kuba geschickt und ist am 17. Dezember 2020 an unseren Projektpartner in der Provinz Guantánamo übergeben worden. Der Container beinhaltet wertvolle Solidaritätsgüter für die Unterstützung unseres Agrarprojektes in der östlichsten Provinz Kubas. Empfänger der Sachspenden ist unser Projektpartner, die Kubanische Vereinigung für Tierproduktion (ACPA).

Der Soli-Container ist der Cuba Sí-Beitrag für die internationale Kampagne „Unblock Cuba“, welche ein Ende der unmenschlichen und ungerechten Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade der USA gegen Kuba fordert. Teil der wertvollen Fracht war ein Solartunneltrochner im Wert von fast 20 000 Euro. Diese Anlage soll der Konservierung von Obst, Gemüse und Kräutern dienen und damit einen Beitrag zur Ernährungssicherheit in der Projektregion leisten. Ergänzt wurde die Ladung um Fahrräder, diverse Haushaltsgegenstände, Büro- und Schulmöbel, Krankenhausbetten inkl. Matratzen, Gehhilfen und Computer. Die Sachspenden tragen zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen und ihrer Familien in der Projektregion bei.

Das kubanische Agrarministerium, die Kubanische Vereinigung für Tierproduktion (ACPA) und Cuba Sí bedanken sich ganz herzlich bei allen Aktivisten und Spendern, die die Solidaritätsarbeit seit fast 30 Jahren unterstützen und möglich machen. Der Container setzt ein klares Zeichen der Solidarität, der Völkerfreundschaft und des Humanismus zwischen dem kubanischen und dem deutschen Volk und auch gegen die seit 60 Jahren dauernde völkermörderische Politik der Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade der USA gegenüber Kuba.

Schluß mit der Wirtschaftsblockade der US-Regierung gegen Kuba!

#Unblock Cuba
#Cuba Viva

Über unsere Homepage ist ein **RF-Gesamtverzeichnis der Nummern 1–275 (1998–2020)** zugänglich, welches alle bisher erschienenen Artikel (über 10 000) nachweist und thematisch erschließt.

www.rotfuchs.net/pdf-archiv.html

Die Publikation von gedruckten separaten Jahresregistern wurde eingestellt.

Mehr Truppen gegen Moskau

Denkfabriken in Berlin und Brüssel verlangen größeren Druck auf Rußland

Neue Forderungen, Rußland militärisch noch stärker als bisher unter Druck zu setzen, trägt die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) in einem soeben publizierten Positionspapier vor (Heinrich Brauß, András Rác: Russia's Strategic Interests and Actions in the Baltic Region. DGAP Report No. 1. Berlin, January 2021). Autoren sind András Rác, Senior Fellow beim Robert Bosch-Zentrum für Mittel- und Osteuropa, Rußland und Zentralasien der DGAP, und Heinrich Brauß, Senior Associate Fellow des Berliner Think-Tanks. Generalleutnant a. D. Brauß hat eine lange militärische Karriere hinter sich, die ihn aus dem Planungsstab von Bundesverteidigungsminister Volker Rühle zunächst auf den Posten des Stabschefs im Hauptquartier der NATO-Operation SFOR in Bosnien-Herzegowina führte. Anschließend wirkte er unter anderem als Assistant Chief of Staff im Brüsseler Militärstab der EU, bevor er zur NATO wechselte. Dem Kriegsbündnis diente Brauß von Oktober 2013 bis Juli 2018 als Beigeordneter Generalsekretär für Verteidigungspolitik und Streitkräfteplanung; er hatte insbesondere die Federführung bei der gegen Rußland gerichteten Neuausrichtung der NATO im Jahr 2014 inne. Entsprechend fallen Inhalt und Duktus des DGAP-Positionspapiers aus.

In dem Dokument unterstellen Brauß und Rác Rußland generell ein „Expansionsstreben“, das „eine ernsthafte geopolitische Herausforderung und eine potentielle militärische Bedrohung für die europäische Sicherheit“ sei. Begründet wird dies unter anderem damit, daß Rußland unweit seiner westlichen Grenze große Manöver durchführt und dort in gewissem Maß Truppen massiert; Brauß und Rác interpretieren dies nicht als Verteidigungsmaßnahme mit Blick auf die zunehmende Präsenz von NATO-Truppen unmittelbar jenseits der russischen Westgrenze, sondern als Ausdruck vermeintlicher Aggressionsbereitschaft. Zwar räumen der langjährige NATO-Militär sowie sein DGAP-Kollege ein, daß Moskau „einen direkten militärischen Konflikt mit der NATO und den USA in Europa vermeiden will“ und deshalb „das Risiko einer russischen Militärangriff gegen die baltischen Staaten gegenwärtig gering“ sei. Allerdings heißt es in dem DGAP-Papier, falls die Vereinigten Staaten sich in Zukunft

auf Ostasien konzentrierten und „mit großen Truppen in der Asien-Pazifik-Region gebunden“ seien, könne Rußland eventuell „eine aggressivere Haltung in Europa“ einnehmen. Das gelte erst recht, prognostizieren Brauß und Rác, sollte „die Einheit der NATO hinlänglich unterminiert“ werden oder das Kriegsbündnis gar zerfallen. Vor allem das Baltikum stelle sich in diesem Fall als „ein offenes Feld“ dar, über das Rußland „Kontrolle gewinnen“ werde: „Die Ausdehnung russischer Kontrolle über Europa erfolgte dann beinahe automatisch.“ Zum Beleg angeblicher russischer Aggressionsplanungen führt das DGAP-Positionspapier an, Moskaus Militärbudget habe im Jahr 2019 ein Volumen von rund 62 Milliarden US-Dollar erreicht. Das trifft zu; allerdings ist das nicht viel mehr als der offizielle Bundeswehrhaushalt, der im Jahr 2019 bei 54,8 Milliarden US-Dollar lag. Behelfsweise erklärt die DGAP, berechne man das russische Rüstungsbudget nach Kaufkraftparität – also unter Berücksichtigung der abweichenden Stärke der jeweiligen nationalen Währungen –, dann entspreche es einem westlichen Militärhaushalt in Höhe von rund 164 Milliarden Euro. Der Berliner Think-Tank läßt unerwähnt, daß dies immer noch erheblich weniger ist als die Militärausgaben der europäischen NATO-Mitglieder, die sich im Jahr 2019 zusammengenommen auf 287 Milliarden US-Dollar beliefen – und dies ohne Berechnung nach Kaufkraftparität.

Aus der vorgeblichen Bedrohung durch Rußland ziehen die Autoren des DGAP-Papiers den Schluß, die NATO müsse den militärischen Druck auf Moskau erhöhen. So sollten etwa die im Baltikum und in Polen stationierten Einheiten – darunter das deutsch geführte Kontingent im litauischen Rukla – verstärkt werden, vorzugsweise durch US-Soldaten. Die Luft- und Raketenabwehr sei „drastisch“ auszubauen, inklusive Luft-Luft-Raketen, mit denen man russische Marschflugkörper möglichst rasch nach deren Abschluß zerstören könne. Eine besondere Rolle komme – auch „wegen seiner zentralen geopolitischen Lage, seinen historischen Erfahrungen“ – Deutschland zu. Leider nehme die Mehrheit der deutschen Bevölkerung „keine Bedrohung“ durch Rußland wahr. Deshalb gelte es, der deutschen Öffentlichkeit „die russische Politik zu erklären“ und „die vielfältigen Formen von

Einschüchterung und Drohungen zu beschreiben, denen östliche Verbündete ausgesetzt“ seien. Auch müsse man „klarstellen, daß der Schutz und, sofern nötig, die Verteidigung von Deutschlands östlichen NATO-Verbündeten bedeuteten, Deutschlands Sicherheits- und territoriale Integrität zu schützen und zu verteidigen“. Es gelte, „auf glaubwürdiger Abschreckung zu bestehen“.

Kurz vor der Publikation des DGAP-Positionspapiers hat der zentrale außen- und militärpolitische Think-Tank der EU, das European Union Institute for Security Studies (EUISS), ein Papier publiziert, das gleichfalls einen Beitrag zum Konflikt zwischen dem Westen und Rußland enthält (Florence Gaub (Hg.): Conflicts to Come. 15 scenarios for 2030. European Institute for Security Studies: Chaillot Paper 161. Paris, December 2020). Das gesamte Papier umfaßt 15 Zukunftsszenarien, in denen mögliche Ereignisse im Jahr 2030 beschrieben werden; ausdrücklich heißt es, es handle sich „nicht um Science Fiction, sondern um Fictional Intelligence (FICINT): wurzelnd in der Wirklichkeit“. Die Methode soll dazu dienen, die Strategiebildung anzuregen. Die Autoren aller 15 Beiträge hätten den Auftrag erhalten, ihre Zukunftsszenarien „nicht allzu phantastisch“ zu konzipieren, sondern „schwache Signale“ der Gegenwart und „Konfliktelemente, die (noch) nicht in den Schlagzeilen sind“, aufzunehmen, heißt es. Das Papier wurde im Dezember 2020 publiziert. Der Beitrag zum Konflikt zwischen dem Westen und Rußland ist pseudoliterarisch in Form einer Kurzgeschichte verfaßt. Hauptfigur ist ein deutscher Soldat, der sich auf litauischem Territorium unmittelbar an der Grenze zu Belarus aufhält und Bewegungen in Belarus operierender russischer Truppen beobachtet. Kurz zuvor seien die letzten in Deutschland stationierten US-Einheiten abgezogen worden; in Europa bestehe deshalb „ein Machtvakuum“. Die Geschichte beschreibt einen unprovokierten Überfall der russischen Streitkräfte auf Litauen, der mit einem Cyberangriff und elektronischen Störmanövern eingeleitet wird. Besonderer Höhepunkt der Darstellung ist die Schilderung eines fiktiven Giftgaseinsatzes durch russische Truppen während ihres Einmarschs in Litauen.

Aus german-foreign-policy
vom 11. Januar 2021

Neue Weltmacht BRD

Mit neuen Weltmachtplänen für die EU startet das außenpolitische Establishment der Bundesrepublik in das zweite Jahr der Covid-19-Pandemie. Während vor allem die westlichen Mächte und ihre Verbündeten von weiteren Pandemiewellen überrollt werden und teils rasant steigende Opferzahlen zu beklagen haben, debattiert das maßgebliche Fachblatt der deutschen Außenpolitik

(„Internationale Politik“, IP) über die Frage, „was Europa zur Weltmacht fehlt“. Daß die Union „mehr Mut zur Weltmacht“ haben müsse, war schon im Herbst in mehreren deutschen Leitmedien gefordert worden. Einer Umfrage zufolge stimmen der Aussage, die EU könne „eine ähnlich starke Rolle in der Weltpolitik spielen“ wie die USA und China, beinahe die Hälfte der Deutschen zu - vor

allem Anhänger von Bündnis 90/Die Grünen (52 Prozent) und FDP (56 Prozent) sowie die Generation der 18- bis 29-Jährigen (70 Prozent). Während die IP fordert, „Europa“ müsse seine „internationale Wirkkraft“ stärken, warnt Ex-EU-Kommissar Günther Oettinger, es gebe in vielen EU-Hauptstädten „eine völlige Selbstüberschätzung“ - „eine Art Hybris“. **german-foreign-policy vom 5. Januar 2021**

Herz-Infarkt am Kapitol?

Die US-Politik hat die angeblich stabilste Demokratie der Welt seit langem verkommen lassen

Wer die Nachrichten und Kommentare im TV und Hörfunk verfolgt hat, wird festgestellt haben, daß das Mantra „Herz der Demokratie“ nach dem Sturm von Trump-Anhängern auf das Kapitol in Washington am 6. Januar bis zum Überdruß bemüht wurde.

Wohlgemerkt: Es handelt sich um eine Demokratie, die unter wechselnder Präsidentschaft seit einem Dreivierteljahrhundert Kriege geführt hat, für diverse Militärputsche verantwortlich zeichnete, (Drohen-) Morde verübt und den Rassismus im eigenen Land zu neuer „Blüte“ gebracht hat. Und die einen noch nie dagewesenen Sanktionsfuror entfacht hat gegen Regierungen, die sich ihr nicht zu Füßen legen. All dies ganz im Geist des US-Außenminister James Byrnes, der schon im April 1945, also noch vor der bedingungslosen Kapitulation des faschistischen Deutschlands, verkündete: „Was wir tun müssen, ist nicht die Welt für die Demokratie, sondern für die Vereinigten Staaten sicher zu machen.“

Das soll keine Rechtfertigung für die unter Anleitung Trumps erfolgte Erstürmung des Kapitols sein. Aber für uns Linke muß das Ausmaß der Verkommenheit der angeblich stabilsten Demokratie Anlaß sein, Legenden wie der von deren Herz auf den Leib zu rücken. Derzeit sind es aber nur die politischen Eliten und ihre Sprachrohre, die nach vierjähriger Zurückhaltung in ihrer Wertung das Geschehen mehr oder weniger auf die Person des Präsidenten konzentriert haben. Der Versuch einer echten Analyse blieb aus.

Bleiben wir im Bild, läßt sich sagen: Das „Herz der US-amerikanischen Demokratie“ hat einen Infarkt erlitten. Aber solch ein Unglück geschieht nicht über Nacht. Die Vorlaufzeit der Krankheit betrug in der US-Variante etliche Jahrzehnte. In ihrem Verlauf wurde die Polarisierung der Gesellschaft bewußt vorangetrieben. Selbst die Mittelschichten mit einigermaßen gesicherten Arbeitsplätzen liefen und laufen Gefahr, sich in die Reihen der „Working Poor – der arbeitenden Armen“ einordnen lassen zu müssen. Dieser Sachverhalt hat sich nach und nach im Alltagsbewußtsein niedergeschlagen, und die Tatsache, daß ein Prozent der Wohlhabenden ein Nettovermögen anhäufte, das größer ist als das der übrigen 99 Prozent, enthält einen sozialen Sprengstoff, der sich früher oder später entladen wird.

Wenn sich zudem ein Demagoge wie Donald Trump an die Spitze der Unzufriedenen stellt, erhält der Protest schnell irrationale, um nicht zu sagen, faschistoide Züge. Hinzukommt das selbstherrliche, mitunter rabiate Auftreten des US-Präsidenten, der im Stil eines Kolonialherren seine „America First“-Agenda selbst gegenüber seinen Verbündeten mit Hilfe von diversen Sanktionen durchsetzen wollte.

All dies in Anbetracht der Tatsache, daß die USA ihre dominante internationale Stellung im ökonomischen Bereich verloren haben, was das innenpolitische Klima zusätzlich beeinträchtigt. Da werden Erinnerungen an das Jahr 1933 wach. Sollten die USA einen zweiten Infarkt vermeiden wollen, müssen ihre politischen Akteure begreifen, daß die jetzt thematisierte Spaltung nicht entlang der Parteigrenzen verläuft, sondern entlang der Wohlstandslinien. Ob die transatlantischen Freunde in Europa, die nicht müde werden, die robusteste und älteste Demokratie zu preisen, zum Erkenntnisgewinn beitragen, darf bezweifelt werden. Auch sie müßten sich nämlich die Frage stellen, wie lange ihre Wählerinnen und Wähler es noch widerstandslos hinnehmen, daß „die Reichen immer reicher, die Armen immer Zahlreicher werden“ (Christoph Butterwegge). Ihr aktuelles Interesse beziehungsweise ihre Sorge dreht sich indes aber nur um den erweiterten Schutz des eigenen Parlamentsgebäudes. Markus Söder warnt bereits vor einer „Corona-RAF“.

Außenminister Heiko Maas wollte sich nicht lumpen lassen und hat sogleich eine neue Sau durchs Dorf getrieben. Er will gemeinsam mit den USA einen „Marshallplan für Demokratie“ auflegen. Geht's noch? Lacht da jemand? Wir empfehlen unserem Chefdiplomaten, sich gelegentlich mit den einschlägigen UNO-Dokumenten zu befassen. Wir garantieren ihm einen Erkenntnisgewinn. Als 1945 die Siegermächte die Aufnahme der Menschenrechte in die UNO-Charta regeln wollten, war es vor allem Winston Churchill, der die Kodifizierung der von Stalin geforderten ökonomischen und sozialen Menschenrechte kategorisch ablehnte. Schließlich einigte man sich als Kompromiß auf die Ausarbeitung zweier Konventionen: über die zivilen und politischen Rechte einerseits und über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte (u. a. dem Recht auf Arbeit zu gerechten und günstigen Bedingungen, dem Recht auf einen angemessenen Lebensstandard, dem Recht auf den höchsten Standard auf körperlicher und geistiger Gesundheit) andererseits. Beide Konventionen konnten aber erst nach einer erbittert geführten Auseinandersetzung 1966 auf der UN-Vollversammlung angenommen werden. Und dann dauerte es nochmals zehn Jahre, bis die Dokumente in Kraft traten. Den Westmächten, vor allem den USA, Großbritannien und Frankreich behagte die Festschreibung von wirtschaftlichen und sozialen Rechten überhaupt nicht. Und die USA widersetzten sich beharrlich dem Verbot der Rassendiskriminierung und haben deshalb die Konvention bis heute nicht ratifiziert.

Wir wissen: Papier ist unendlich geduldig. Es entspricht nicht der Logik von am Kapital orientierten Gesellschaften, sich mit den wirklich humanitären Zielen der UN-Charta zu identifizieren. Das Gewaltverbot nach

außen wie nach innen blieb bis heute Lippenbekenntnis. Schlimmer: Es wurde regelrecht geschreddert. Ein Beispiel: „Nahrungsmittel dürfen nicht als Werkzeug politischen Drucks verwendet werden“. So steht es im Artikel 31 der von der Weltkonferenz über Menschenrechte verabschiedeten Erklärung 1993. Auch sollten Staaten keine Maßnahmen ergreifen, „die Hindernisse für die Handelsbeziehungen zwischen den Staaten (schaffen) und die volle Verwirklichung der in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und den internationalen Menschenrechtsinstrumenten verankerten Menschenrechte (behindern), insbesondere des Rechts jedes Menschen auf einen für seine Gesundheit und sein Wohlbefinden hinreichenden Lebensstandard, einschließlich Nahrung und medizinische Betreuung, Unterkunft und der erforderlichen Spezialleistungen“. In diesem Licht betrachtet, bilden die von den USA und der EU verhängten Sanktionen eine nicht abreißende Kette von menschenrechtsverletzenden Maßnahmen. Sie bringen die ganze Verachtung gegenüber dem Völkerrecht zum Ausdruck. Wir müssen aber noch einen Schritt weitergehen. Auf Worte folgen bekanntlich Taten. Mit Hilfe von strangulierungsversuchen (vulgo Sanktionen) sollen „unbotmäßige“ Staaten für den imperialistischen Kurs zugerichtet werden. Kurzum: Es handelt sich um eine Form der Kriegsführung, der das Attribut „kalt“ nur deshalb nicht anhaftet, weil der atomare Hammer noch nicht bedient werden darf. Will Herr Maas wirklich den „Marshall-Stab“ in die Hand nehmen und Ursachen der „gesellschaftlichen Spaltung bei den Wurzeln packen“, sollte er umgehend auf die atomare Teilhabe verzichten, stattdessen einen Spaten in die Hand nehmen und anfangen zu graben. Bei den Erdarbeiten wird er auf den Namen eines Mitbegründers seiner Partei stoßen: August Bebel – „diesem System keinen Mann und keinen Groschen“.

Hans Schoenefeldt
Berlin

DANKE!

Vorstand und Redaktion bedanken sich bei allen Lesern, die solidarisch auf unseren Spendenaufruf reagierten.

Mit den bisher eingegangenen Geldern können wir bereits den Großteil der Kosten für das Jahr 2021 abdecken.

Julian Assange „vergessen“

Menschenrechtsheuchler dominieren das EU-Parlament

Bei der Plenarsitzung des Europäischen Parlaments (EP) in Brüssel am 24. November 2020 wurden alle Mitglieder mit feierlichem Ernst an die hohen Werte erinnert, für die sie und die EU angeblich stehen: „Unsere gemeinsamen Werte und Grundrechte sind in Artikel 2 des EU-Vertrages beschrieben: Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit, Wahrung der Menschenrechte, einschließlich Rechte von Minderheiten. Artikel 3 benennt die Förderung dieser Werte als Ziel der EU.“

Bei der anschließenden Debatte über „Die Lage der Grundrechte in der Europäischen Union“ unter Punkt 5 der Tagesordnung in Vorbereitung des nächsten EU-Menschenrechtsberichts innerhalb der EU wurde allerdings die Nennung schwerwiegender Mißstände in etlichen Mitgliedsstaaten, wie z. B. die langjährigen Haftstrafen für gewählte Volksvertreter in Spanien, einfach gemieden. Auffällig war auch, daß der allen Demokraten unter den Nägeln brennende Fall des langjährigen Opfers der britischen Justizwillkür, Julian Assange, in der Debatte im EP – mit einer Ausnahme – gar nicht vorkam.

Die linke EP-Abgeordnete Clare Daly warf sich im Plenum kämpferisch für Assange in die Bresche: „Grundrechte sollten über politische Spielchen und Eigeninteresse hinausgehen. Sie sollten der große Gleichmacher sein, egal wer du bist oder aus welchem Land du kommst. Wenn wir das ignorieren, dann führt unser Grundrechtsbericht, der sich mit Whistleblowern und Pressefreiheit befaßt, aber den gefährlichen Präzedenzfall Julian Assange nicht erwähnt, uns nur in eine Sackgasse. Wenn es der Trump-Administration gelingt, daß er an die USA ausgeliefert wird, kann er für seine journalistische Tätigkeit in der EU zu 175 Jahren in einem US-Hochsicherheitsgefängnis verurteilt werden. Das (der Fall Assange) ist der größte Fall der Pressefreiheit in unserer Generation, und wir schweigen.“

Aber auch Dalys beherzte Intervention nützte nichts. Wie vom EP nicht anders zu erwarten, kam es noch schlimmer.

Einen Tag später, am 25. November, stimmte das EP über den schriftlichen Änderungsantrag der transatlantischen und US-Vasallen ab, der sicherstellen sollte, daß der Name von Assange im neuen EP-Menschenrechtsbericht gar nicht erst erwähnt wird. Für diesen Antrag stimmten 408 Mitglieder des EP, dagegen 191, und 93 enthielten sich der Stimme. Die große Mehrheit wollte, daß der weltberühmte investigative Journalist Assange einfach vergessen wird, als habe er nie existiert. Assange? Wer ist das?

Dank dem Satiriker Martin Sonneborn, fraktionsloses Mitglied des EP für die Partei „Die Partei“, gibt es eine tabellarische Übersicht (siehe unten) mit Namen und Parteizugehörigkeit, wie die einzelnen deutschen Europa-Abgeordneten in der Sache „Assange“ gestimmt haben. Von der CDU haben alle – ohne Ausnahme – den Antrag unterstützt, den Namen

Assange im Menschenrechts-Jahresbericht nicht zu erwähnen. Nicht einmal eine einzige Stimmenthaltung gab es. – Von den 16 SPD-Stimmen gab es erwartungsgemäß zehn Abgeordnete, die wie die CDU gestimmt haben. Weiter gab es bei der SPD nur eine einzige Nein-Stimme, zwei Stimmenthaltungen und drei Abwesende. – Bei den „Grünen“ und der „Linken“ waren alle Stimmen dagegen, bei der FDP waren alle für die Resolution, Assange nicht zu erwähnen, und bei der AfD war die Abgabe durchwachsen, mit der Mehrheit dagegen. Assanges größter Fehler war, daß er sich nicht wie viele seiner westlichen Kollegen ein leichtes Leben gemacht hat und keine hoch dotierten Artikel mit billiger Hetze gegen Rußland und China als investigativen Journalismus verkauft hat. Vielmehr hat Assange in mühsamer Arbeit mithilfe von Whistleblowern aus dem US-Militär eine ganze Reihe von US- und westlichen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit aufgedeckt. Er hat gezeigt, welche häßlichen Fratzen sich hinter den so ehrlich und sorgenvoll wirkenden Politikergesichtern der Demokratie- und Menschenrechtskrieger verbergen. Und damit steht Assange auch all jenen in Deutschland im Weg, die rund um den Globus immer mehr „Verantwortung“ übernehmen wollen. Aber für wen und wofür?

Den Motiven dieser Politikertruppe, die seit nunmehr über zwei Jahrzehnten jeden Krieg, den Washington vom Zaun gebrochen hat, am liebsten ungefragt und sofort mit deutschen Soldaten unterstützt hätten, hatte der im November 2015 verstorbene Ex-Bundeskanzler Helmut Schmidt zutiefst mißtraut. In einem Grundsatzartikel in der Wochenzeitung „Die Zeit“ vom 30. Oktober 2008 hatte er diesem Argwohn auch gegenüber Leuten aus seiner eigenen Partei (SPD) mit nachfolgender Warnung Ausdruck verliehen: „Bisweilen hört man, wir müßten uns aus Solidarität im NATO-Bündnis an militärischen Interventionen beteiligen. Das Argument paßt besser in die Nibelungensage als in die heutige Wirklichkeit. Denn das nordatlantische Bündnis war und ist ein Verteidigungsbündnis, nicht etwa ein Bündnis zur Umgestaltung der Welt. Solange es ein Verteidigungsbündnis bleibt, ist es erwünscht, weil für einen Notfall notwendig. Aber daraus ein Instrument zur Umgestaltung fremder Staaten zu machen, daran sollten wir nicht mitwirken, auch wenn von einigen Politikern oder Schreibern dergleichen als Ausdruck weltpolitischer Verantwortung dargestellt wird. Wo immer von weltpolitischer Verantwortung die Rede ist, dort muß man prüfen, was die eigentlichen Motive sind.“

Aber zurück zur Plenarsitzung des Europäischen Parlaments am 24. November, wo erwartungsvoll auch viel von Verantwortung für alle möglichen Weltregionen gefaselt wurde. Interessanterweise behandelte die EP-Heuchlerparade unter Punkt 15 der Tagesordnung die „Bekämpfung der Straflosigkeit für Verbrechen gegen Journalisten weltweit“. Vergeblich sucht

man im Sitzungsprotokoll nach der Erwähnung des Journalisten Assange, der laut Anklage des UNO-Bevollmächtigten Nils Melzer im britischen Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh „gefoltert“ wird.

Vor einem Jahr, Anfang November 2019, hatte Melzer, ein international anerkannter Experte für Foltermethoden, Assange erneut in Belmarsh besucht, wo dieser auch heute noch in Einzelhaft isoliert ist. Zuvor war er bereits im März 2019 bei ihm gewesen. Melzer kam ohne Wenn und Aber zu dem Schluß, daß Assange von den britischen Behörden in Belmarsh psychisch gefoltert wurde. Sein damaliger Alarmruf basiert auf aktuellen medizinischen Diagnosen bezüglich Assanges Gesundheit und war wenig hoffnungsvoll.

Die Erklärung Melzers lautete: „Herrn Assanges Gesundheit ist in eine Abwärtsspirale zunehmender Angst, Streß und Hilflosigkeit geraten, die typisch ist für Personen, die längerer Isolation und ständiger Willkür ausgesetzt sind.“ In einer düsteren Einschätzung fügte Melzer hinzu: „Während die genaue Entwicklung schwer mit Sicherheit vorherzusagen ist, kann sich dieses Symptommuster schnell zu einer lebensbedrohlichen Situation entwickeln, die einen kardiovaskulären Zusammenbruch oder einen Nervenkolaps zur Folge hat.“

Melzer sagte, die Maßnahmen, die er im Mai ergriffen habe, um Assanges Gesundheit und Würde zu schützen, seien ausdrücklich ignoriert worden. „Was wir stattdessen von der britischen Regierung gesehen haben, ist völlige Mißachtung der Rechte und der Integrität von Herrn Assange. Trotz der medizinischen Dringlichkeit meiner Berufung und der Schwere der mutmaßlichen Verstöße hat das Vereinigte Königreich keine Maßnahmen zur Ermittlung, Vorbeugung und Wiedergutmachung ergriffen, die nach internationalem Recht vorgeschrieben sind.“ Er fügte hinzu, daß Assanges Haftbedingungen nicht zu rechtfertigen seien.

Wie schon im Mai schenkte die westliche Medienberichterstattung auch der neuen Erklärung Melzers so gut wie keine Aufmerksamkeit.

Angesichts der Vorgehensweise der großen Mehrheit im Europäischen Parlament und des Schweigens der selbst ernannten Qualitätsmedien verstärkt sich der Eindruck, daß das Schicksal des unschuldig eingesperrten und gefolterten Assange bereits im Gedächtnisloch entsorgt ist. Derweil hatte der UN-Folterbeauftragte Melzer zu Protokoll gegeben: „Während die US-Regierung Herrn Assange wegen der Veröffentlichung von Informationen über schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen, einschließlich Folter und Mord, verfolgt, genießen die Täter, die für diese Verbrechen verantwortlich sind weiterhin Straflosigkeit.“ So sieht die ungeschminkte Fratze der westlichen Wertegemeinschaft aus, die gerne den Rest der Welt über Demokratie, Menschenrechte und internationales Recht belehren will.

Rainer Rupp

(am 2. Dezember 2020 auf de.rt.com)

Imperialistische Blüenträume

Von Joseph Fischer zu Annalena Baerbock und Robert Habeck

„International zusammenarbeiten“ heißt das Kapitel acht des neuen Grundsatzprogramms der Grünen, das auf dem Parteitag Ende November beschlossen wurde. Eine gänzlich unverdächtige Überschrift über einem in grellen Farben gemalten militaristischen Weltbild. Die Kernaussagen zu Bundeswehr und NATO entsprechen – wen mag es wundern – dem, was schon Ex-Parteichef Cem Özdemir frank und frei anlässlich seines Praktikums bei der Bundeswehr im Juni 2019 in der TAZ zum Besten gab: „Es gibt Situationen, in denen man Gewalt als Ultima Ratio anwenden muß, um schlimmere Gewalt zu verhindern“. Der TAZ-Reporter dürfte überrascht gewesen sein, als er notierte, daß die Bundeswehreinheiten im Kosovo 1999 und in Afghanistan „richtig“ seien und es Deutschland leider im Falle Syriens verabsäumt habe, rechtzeitig an Staatschef Baschar Al-Assad eine „ernst gemeinte Drohung“ auszusenden. Nicht weniger skurril, aber ohne die persönliche Faszination zu verhehlen, berichtete Özdemir der grünen Öffentlichkeit über seinen Orientierungslauf, selbstverständlich mit Marschgepäck, die Innenansichten eines Leopard II-Panzers und das Schießen mit G36 und Maschinengewehr.

Das Grundsatzprogramm handelt auch vom Krieg. Natürlich weniger vom Soldatenalltag à la Özdemir, sondern von der Strategie, Europa endlich „weltpolitikfähig“ zu machen. Die „transatlantische Partnerschaft“ (gemeint ist die NATO) warte auf Stärkung und klare Ausrichtung. Auch ein klares Feindbild darf nicht fehlen: „die rückwärtsgewandte Politik Rußlands“ und die „Supermacht China“. Militärisches Leitbild? Das „Konzept der Schutzverantwortung“ verpflichte, Völker vor „Menschenrechtsverletzungen“ zu schützen. Und wenn der UN-Sicherheitsrat wegen des Vetos eines Mitgliedsstaates nicht den Einsatz von Streitkräften decken würde, sei dies ein ernstes „Dilemma“. Unmittelbar im Anschluß an diese Feststellung erfahren wir, daß die Bundeswehr „notwendiges Mittel“ zur Interessendurchsetzung sei und im Rahmen „internationaler Sicherheitspolitik“ vor „realen und bedeutsamen Herausforderungen“ stehe. Die Bündnispartner sollen sich endlich wieder auf Deutschland verlassen können, denn die NATO ist „unverzichtbar“. Für den theoretischen Boden dieser Programmatik sorgt seit jeher die „Heinrich-Böll-Stiftung“ (HBS), die 1997 ins Leben gerufen wurde. Die Bezeichnung „Stiftung“ soll dabei zum einen Gemeinnützigkeit (gerade auch im steuerrechtlichen Sinne) und Unabhängigkeit suggerieren. Bei Lichte besehen ist die HBS indes weder eine Stiftung (sie hat die Rechtsform eines Vereins und besitzt kein Stiftungsvermögen), noch ist sie unabhängig (sie gilt als ausgesprochen „parteinah“ zu den Grünen). Ihr Haushalt speist sich aus öffentlichen Fördermitteln in

einer Dimension von über 70 Millionen Euro jährlich. Die HBS – und namentlich das „Forum neue Sicherheitspolitik“ – fungiert als „Think Tank“ für die militärpolitische Strategie der Grünen. Einzelthemen wie NATO, Europa, Rüstung, strategische Orientierung der Bundeswehr werden innerhalb der HBS in „Impulspapieren“ abgearbeitet. Dominiert wird das „Forum“ durch die „Transatlantiker“, also jene Kräfte, die auf eine Intensivierung der Zusammenarbeit in und mit der NATO unter der Führungsrolle der USA hinarbeiten. Eher ins Hintertreffen geraten sind jene, die für den deutschen Imperialismus das Heil in einer von den USA abgekoppelten, mit Frankreich abgestimmten, rein europazentrierten globalen Wirtschafts- und Militärpolitik sehen. Die Transatlantiker sehen sich nach der Abwahl Donald Trumps und seiner Ablösung durch Joe Biden im geopolitischen Aufwind.

Einig sind sich die grünen Strategen jedenfalls in der Bestimmung der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Gegner. Sie finden dabei klare Worte, die auch den wirtschaftlichen Hintergrund internationalen Agierens von NATO und Bundeswehr nicht verheimlichen: Die Volksrepublik China wird als „Systemrivale“ begriffen. Der chinesische Staat halte seine schützende Hand über international getätigte Investitionen und die chinesischen Global Player (Paradebeispiel: HUAWEI). Dadurch sei ein nicht hinnehmbares Wettbewerbsvorteil entstanden. Diesem müsse mit aller Macht gegengesteuert werden.

Auf die gemeinsame Interessenlage europäischer Telekommunikationsmonopolisten und der entsprechenden US-Konzerne wird abgehoben, nicht ohne zu betonen, daß gemeinsame wirtschaftliche Interessen auch in ein militärisches Joint Venture einfließen müsse. Bemantelt ist die „progressive transatlantic vision“ mit dem gerade für grüne Ohren wohlfeilen Hinweis, es gehe aktuell um eine „Zerreißprobe zwischen einer freiheitlichen Ordnung und einer autoritären“ (Habeck, Handelsblatt vom 2. Juli 2020). Unisono werden aggressive Töne gegen China angeschlagen: Die Fraktionsvorsitzende der Grünen Göring-Eckardt forderte im Bayerischen Rundfunk am 24. Mai 2020 ein „Ende der Hasenfüßigkeit“, der grüne Europapolitiker Reinhard Büttikofer vermeldete im Deutschlandfunk (7. Juli 2020): „Heute ist China ein aggressiver, systemischer Rivale für uns.“ Die Verknüpfung pseudo-moralischer Hirngespinnste mit imperialem Machtgehabe feiert auch in Bezug auf Rußland fröhliche Urständ: Der im vitalen Interesse der US-Gaskonzerne liegende Stopp der Gaspipeline Nord Stream 2 wird insbesondere von grüner Seite gern damit begründet, daß angesichts des „Falls Nawalny“ jetzt „die Konsequenzen an der Reihe“ seien. Damit es besser klingt, wird das Ganze noch mit dem hehren Ziel der Anti-Korruption verknüpft,

denn Nord Stream 2 gehe „auf Kosten der Menschenrechte“ und sei zudem geeignet „die Korruption (zu) fördern“, wie es der grüne Europa-Abgeordnete Sergey Lagodinsky am 8. Oktober 2020 im „Handelsblatt“ kundtat. Die Blaupause für diese Politik findet sich im „Impulspapier 4“ der HSB vom Mai 2020. Unverhohlen heißt es dort: Die Europäische Union könne nicht länger „ohnmächtig“ zuschauen, wie „Putin in Syrien Krankenhäuser bombardiert“. Zeit für ein „Machtwort gegen Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen“. Damit die Drohung aber auch wirke, sei die Besinnung auf „gemeinsame militärische Kapazitäten“ des Westens unabdingbar. Mentale Kriegsvorbereitungen. Es nimmt daher nicht wunder, daß gerade das neue Grundsatzprogramm der praktischen Umsetzung imperialer Blüenträume huldigt. Orchestriert mit medialer Begleitmusik. Die Grünen wollen endlich wieder mitmischen, die Aussagen der grünen Führung lassen selbst militärpolitische Hardliner in den Regierungsfractionen vor Neid erblassen. Die Grünen-Kovorsitzende Annalena Baerbock sorgt sich aktuell darum, daß „Gewehre schießen und Nachtsichtgeräte funktionieren“ müssen, ergo fordert sie gezielte Investitionen in die Rüstung. Ihr Interview mit der „Süddeutschen Zeitung“ vom 30. November 2020 läßt das Herz eines jeden Militaristen höher schlagen, denn „flexible und schnell verlegbare (militärische) Einheiten“ könnten endlich dafür sorgen, daß sich die Bundeswehr bei Auslandseinsätzen nicht mehr „wegducken“ müsse. Was Annela Kramp-Karrenbauer nur denkt, spricht Baerbock aus. Da ist es im Sinne strammer Militärpolitik auch nur konsequent, die Fesseln des Völkerrechts abzulegen.

Las man im „Impulspapier 1“ (April 2020), wer auf das Erfordernis eines UN-Mandats zur Kriegsführung verweise, „macht es sich zu einfach“ und „geht der eigenen Verantwortung (...) aus dem Weg“, entwickelt Göring-Eckardt nunmehr Szenarien, wie die Bundeswehr im Alleingang international für Ordnung sorgen kann: „Wir haben die Erfahrung gemacht, daß ein Mandat der Vereinten Nationen blockiert werden kann und dann wichtige Hilfe in Kriegsregionen mitunter nicht möglich wäre“, mahnte sie Mitte November in der „Rheinischen Post“. Wen kümmert da noch das Grundgesetz (GG), in dem es heißt: „Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen“ (Artikel 26 Absatz 1 GG).

Die Grünen beseelt, wie derzeit keine andere Partei, eine bemerkenswerte imperialistische Zuversicht. Völkerrechtliche und verfassungsrechtliche Hemmnisse – keine Rede mehr davon. „Optimistisch arbeiten wir an Lösungen. Und für diese Lösungen kämpfen

wir um die Macht“, nennt Kovorsitzender Robert Habeck das. Es wird verständlich, weshalb der Parteitag der Grünen sich das Motto „Neue Zeiten, neue Antworten“ gab. Endlich wieder einen Platz am Kabinetts-tisch bekommen und die Interessen des deutschen Kapitals mit grünem Schwung in Europa und der Welt umsetzen. Wie aus einer anderen Welt klingt da die Mahnung, die einst das Gründungsmitglied der Grünen Petra Kelly (Markenzeichen: Pullover mit der Aufschrift „Schwerter zu Pflugscharen“), ihrer Partei im „Spiegel“ 24/1982 mitgab: „Ich habe manchmal Angst, daß die Grünen plötzlich 13 Prozent kriegen und zur Machterwerbspartei werden.“ Aber: Die Prozente sind nur das Vehikel, um eine durch und

durch militaristische Politik zu transportieren, die zum grünen Markenkern geworden ist. Die Grünen sind sich treu geblieben, seit am 24. März 1999 Kampfflugzeuge von deutschem Boden nach Jugoslawien starteten und 78 Tage lang – ohne UN-Mandat aber mit der NATO – Städte und Dörfer eines Landes bombten, in dem kein Mensch die Hand oder auch nur die Stimme gegen Deutschland erhoben hatte. 2 300 Luftschläge, mehr als 50 000 abgeschossene Projektile, tausende zivile Opfer. Die Lufterstschlagsrhetorik eines Bundeskanzlers Gerhard Schröder – „Wir führen keinen Krieg, aber wir sind aufgerufen, eine friedliche Lösung im Kosovo auch mit militärischen Mitteln durchzusetzen“ (Fernsehansprache März 1999) –,

unterstützt vom grünen Notwehrexperthen Joseph Fischer („äußerste Notwehr“ gegen die „grauenhafte Entwicklung im früheren Jugoslawien“, „Spiegel“ 34/1995) unterscheidet sich kein Jota vom „Wir gehen soweit wie wir können und soweit wie es nötig ist“ eines Habeck. Vielleicht sollte der, sich gern als Literat, Hobbyphilosoph und „Zeit“-Leser gerierende Grünen-Vorsteher einmal deren Ausgabe vom 10. September 1993 aus seinem Archiv holen. Der Artikel zum Jugoslawien-Krieg trug den Titel „Im Krieg ist die Wahrheit das erste Opfer“. Nach dem Parteitag der Grünen ist zu ergänzen: In der Vorkriegszeit um so mehr.

Dr. Ralf Hohmann
München

Unsägliche Traditionen

Weimarer Republik, BRD und der Antikommunismus

Auf die Frage, welcher deutsche bürgerliche Staat der demokratischste gewesen sei, antwortete mein Gesprächspartner ohne zu zögern, daß das natürlich die Weimarer Republik gewesen war, weil in ihr die KPD keinem staatsoffiziellen Verbot unterlag. Freiheit sei immer die Freiheit der Andersdenkenden, dozierte er mit einem vielsagenden Schmunzeln. Verbote der KPD und der marxistischen SPD habe es bisher in der deutschen Geschichte nur im preußisch-militaristischen Junkerstaat Bismarcks, in der Nazizeit und in der Alt-BRD ab 1956 gegeben, seit 1990 fortbestehend in dem Gebiet, in dem das Grundgesetz von Anfang Geltung hatte, also dort, wo die „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ durchgängig bestand, setzte er fort. Ich wandte ein, daß sich doch 1968 die DKP in der

BRD gründen durfte, die sogar ausdrücklich an die Traditionen der KPD anknüpfte. Dies ließ er nicht gelten. Verbot sei Verbot und es gelte ja noch heute! Wenn DKP und KPD quasi identisch seien, hätte man ja das KPD-Verbot aufheben und deren Mitglieder rehabilitieren können. Man hätte sich auch für das Verbot entschuldigen und beispielsweise die Sperrfristen für alle Prozeßdokumente des Verfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht mit sofortiger Wirkung aufheben können, um Historikern und anderen Interessierten zu ermöglichen, den KPD-Verbotsprozeß wissenschaftlich zu untersuchen. Daß sich eine kommunistische Partei 1968 in der BRD neu gründen durfte, sei nur ein bürgerlich-demokratisches Feigenblatt, zumal sich selbst im faschistischen Franco-Regime Zeichen mehrten,

daß die dortige kommunistische Partei wieder legalisiert werden sollte. Mit Ausnahme des Franco-faschistischen Spanien und der BRD gab es in ganz Westeuropa keine staatsoffiziellen Verbote traditioneller kommunistischer Parteien. In Italien war sie sogar Regierungspartei. Kommunisten waren in westeuropäischen Staaten Staatsanwälte und Richter und bekleideten öffentliche Ämter auf kommunaler und Landesebene. Es stand einer BRD also schlecht zu Gesicht, daß die KPD verboten war, eine Partei, welche die größten Blutopfer in der Nazizeit beklagen mußte und die als einzige gegen Nazi-Deutschland von Anfang an aktiven Widerstand leistete, lange vor dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944.

Der überwiegende Teil der Bevölkerung ist fest davon überzeugt, daß Meinungs-, Medienfreiheit und Versammlungsfreiheit zu den höchsten Errungenschaften bürgerlicher Demokratie gehören und letztlich sich jeder versammeln könne, wo er will, und sagen könne, was er will. Wenn dann jemand daran den geringsten Zweifel andeutet, stößt er auf Ungläubigkeit und Empörung. Und wenn dann einer sogar meint, daß Kommunisten oder deren Sympathisanten andere Erfahrungen gemacht haben, werden sie schnell als Extremisten oder Verfassungsfeinde, welche die Meinungs-, Medien- und Versammlungsfreiheit abschaffen wollen, abgestempelt. Eine sachliche Diskussion über Kommunismus ist in der BRD-Mehrheitsgesellschaft (noch) nicht möglich, solange an antikommunistischen deutschen Kontinuitäten in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens festgehalten wird.

Auch die Linke hätte die Aufgabe, eine Zäsur herbeizuführen und die unsäglichen Traditionen und Kontinuitäten zu durchbrechen. Dazu müßte erst einmal in den eigenen Reihen marxistisches Wissen vermittelt werden. Es reicht nicht aus, nur „Gefühlslinker“ zu sein! Marxistische Bildung tut not.

Dr. Hans-Jürgen Joseph
Berlin



Am 5. Januar 2021 übergaben in Berlin-Tiergarten am Ehrenmal für die sowjetischen Soldaten Vertreter des Ostdeutschen Kuratoriums der Verbände (OKV), darunter Wolfgang Dockhorn für den „RotFuchs“-Förderverein e. V., einen Spendenbetrag von 100 200 Euro für Veteranen der Roten Armee an einen Vertreter der Botschaft der Russischen Föderation.

Zur Causa Alexander Nawalny

Für die westlichen Mainstreammedien ist ohne Zweifel klar, daß Alexander Nawalny vom russischen Geheimdienst FSB mit „Nowitschok“ vergiftet worden ist, um einen einflußreichen Kritiker des „autoritären Putin-Regimes“ zu beseitigen, und daß dies nicht ohne Wissen Wladimir Putins oder wahrscheinlich sogar auf dessen Anordnung geschehen ist.

Die Dementis der russischen Behörden werden als gänzlich unglaubwürdig abgetan. Die Einwände der Russen gegen die Behauptungen aus dem Westen werden von den westlichen Medien größtenteils nicht wiedergegeben, da der Fall ja ohnehin sonnenklar sei. Bezüglich des Hergangs der Ereignisse sind folgende Fakten bekannt: Alexander Nawalny ist in der sibirischen Stadt Tomsk bei einer politischen Veranstaltung aufgetreten. Auf dem Rückflug von Tomsk nach Moskau ist er am 20. August 2020 im Flugzeug zusammengebrochen, worauf das Flugzeug außerplanmäßig in der Stadt Omsk gelandet ist, wo die vom Flugkapitän angeforderte Ambulanz mit dem Notarzt auf dem Flughafen wartete und Alexander Nawalny ins Spital brachte, wo er als Notfall aufgenommen, untersucht und behandelt wurde.

Die Nachricht von einer Vergiftung des Putin-kritischen Oppositionspolitikers Nawalny wurde unverzüglich in den westlichen Medien verbreitet, wobei von Anfang an die These in den Raum gestellt wurde, Nawalny sei offensichtlich Opfer eines Tötungsversuchs, hinter dem mit größter Wahrscheinlichkeit der russische Geheimdienst stehe.

Unverzüglich forderten die Begleiter von Alexander Nawalny, dieser müsse zur Behandlung sofort nach Deutschland verbracht werden. Schon am folgenden Tag landete ein Spezialflugzeug aus Deutschland in Omsk, um Alexander Nawalny abzuholen, und am nächsten Tag wurde er zur medizinischen Behandlung nach Deutschland ausgeflogen. Die russischen Behörden bewilligten den Sonderflug.

Spezialisten der deutschen Bundeswehr haben dann Alexander Nawalny untersucht und dabei angeblich im Blut und im Urin Spuren des Nervengifts „Nowitschok“ gefunden, das in Rußland entwickelt worden ist. Die internationale Organisation für das Verbot chemischer Waffen OPCW hat in der Folge auf Grund der Gegenstände und Angaben, die ihr von der deutschen Bundeswehr vorgelegt worden sind, diesen Befund bestätigt.

Umgehend forderte die deutsche Bundeskanzlerin Rußland auf, den Fall abzuklären, obwohl für sie ja von Anfang an klar war, daß dafür nur Putin und sein Geheimdienst verantwortlich sein können.

Es gibt aber doch gewichtige und daher bedenkenswerte Gründe, die dagegen sprechen, daß der russische Geheimdienst und Putin hinter dieser Vergiftungsaktion stecken.

1. Bei solchen Ereignissen muß man immer auch die Frage stellen: Cui bono? Wem nützt es? Wer kann ein Interesse daran haben? Putin und die russische Regierung können sicher nicht profitieren von der voraussehbaren

antirussischem Kampagne, welche dieses Ereignis zur Folge hatte. Man hat Putin schon viele negative Eigenschaften attestiert, doch daß er dumm sei, hat noch kein ernstzunehmender Kopf behauptet.

Nawalny wird zwar von den westlichen Medien zu einem großen Oppositionspolitiker aufgeblasen, in Rußland aber ist sein Einfluß gering. Abgesehen von den Städten Moskau und Petersburg hat er im Land nur relativ wenig Anhänger. Er ist der Mann des Westens, aber eine Gefahr für die derzeitige Regierung stellen er und seine Anhänger nicht dar, zumal neben der Regierungspartei „Einiges Rußland“ die Kommunistische Partei die größte Oppositionspartei ist.

Ein solcher Anschlag wäre nicht nur kriminell, sondern aus der Sicht Putins eine politische Dummheit par excellence. In diesem Zusammenhang ist auch nicht uninteressant, daß Nawalny zwar einen Zusammenbruch erlitten hat und ins Koma versetzt worden ist, aber offensichtlich ohne bleibende Schäden wieder aufstanden ist. „Nowitschok“ ist jedoch ein Nervengift, das schon in ganz geringen Dosen tödlich wirkt. Ein russischer Wissenschaftler, der an der Entwicklung von „Nowitschok“ als chemischem Kampfstoff beteiligt war, lebt heute in den USA. Es kann somit davon ausgegangen werden, daß man auch in den USA Nowitschok kennt und auch herstellen kann.

2. Zuerst wurde behauptet, Alexander Nawalny sei auf dem Flughafen in Tomsk mit einem Tee, den er vor dem Abflug an der Bar getrunken hat, vergiftet worden. Der ihn beobachtende Geheimdienst hat offenbar schon vorher gewußt, daß Nawalny dann auf dem Flughafen an der Bar einen Tee trinken wird und die Vergiftung vorbereiten können. Als diese Version offensichtlich unhaltbar wurde, hat man umgestellt auf die Version, Nawalny habe vor dem Abflug im Hotel ein Mineralwasser getrunken, das vergiftet war. Wochen nach dem Flug wurde von seinen Mitarbeitern eine Mineralwasserflasche, an der Spuren von „Nowitschok“ gefunden wurden, aus dem Hut gezaubert. Die Mitarbeiter haben diese Mineralwasserflasche angeblich im Hotelzimmer sichergestellt, wahrscheinlich weil sie damals schon den Verdacht hegten, der russische Geheimdienst könnte aufs Geratewohl in der Minibar ein vergiftetes Mineralwasser platziert haben. Handelt so ein professionell arbeitender Geheimdienst in Erfüllung eines Auftrags des Staatspräsidenten?

3. Die russischen Behörden haben ermöglicht, daß Nawalny nach der notfallmäßigen Einlieferung in ein Krankenhaus in Omsk mit einem von Deutschland nach Omsk geschickten Sonderflugzeug nach Berlin ausgeflogen werden konnte. Wenn sie etwas zu verbergen gehabt hätten, hätten sie die Erlaubnis für einen solchen Sonderflug problemlos verweigern können.

4. „Nowitschok“ ist ein Gift, das sich nicht zur Vergiftung einer individuell bestimmten Person eignet, weil es schwer zu dosieren ist und schon in kleinsten Mengen eine große Streuwirkung hat. Bekanntlich hat aber keine der Nawalny ständig umgebenden

Begleitpersonen Vergiftungserscheinungen gezeigt.

5. Die deutschen Behörden haben zwar die russischen Behörden ultimativ aufgefordert, den Fall aufzuklären, aber weder die deutsche Bundeswehr noch die beigezogene OPCW waren bereit, ihre als geheim bezeichneten Untersuchungsberichte und Unterlagen den russischen Behörden, die nur über die Krankengeschichte des Spitals in Omsk verfügen, vorzulegen.

In Anbetracht der angeführten Fakten, die geeignet sind, ernste Zweifel zu begründen an der Behauptung, der russische Geheimdienst habe im Auftrag Putins Nawalny als gefährlichen Oppositionspolitiker umbringen wollen, ist es zumindest nicht abwegig, die Frage zu stellen, ob nicht vielleicht die CIA mit Unterstützung ihrer Partnerdienste in Deutschland diese Affäre inszeniert haben könnte. Die Antwort auf die Frage – Wem nützt es? – spricht dafür. Die Kräfte in den USA, die eine Zusammenarbeit mit Rußland sabotieren möchten und ihre auch in Deutschland einflußreichen Verbündeten haben sofort eine gut orchestrierte Propagandakampagne in Gang gesetzt und neue Sanktionen gegen Rußland gefordert. Aus den USA folgte auf dem Fuß die Forderung, der Bau der Gaspipeline Nors Stream 2 dürfe nicht zu Ende geführt werden.

Alexander Nawalny ist bekanntlich dauernd mit sogenannten Mitarbeitern umgeben, von denen mit Sicherheit einige mit westlichen Diensten in Verbindung stehen. Dafür spricht auch, daß Nawalny nicht umgebracht worden ist und von der Vergiftung ohne bleibende Schäden genesen ist. Er kann somit zur weiteren Verwendung nach Rußland zurückgeschickt werden. (Nawalny kündigte am 13. Januar seine Rückkehr aus der Bundesrepublik nach Rußland an, RF-Redaktion)

Dieser Vermutung wird nun der bewährte Einwand entgegengehalten, es handle sich um eine Verschwörungstheorie, die nicht wirklich ernstgenommen werden könne. Aber solche Verschwörungen hat es in der Vergangenheit nachgewiesenermaßen gegeben.

Es ist heute kein Geheimnis mehr, daß im Jahr 1978 Aldo Moro der Präsident der Christdemokratischen Partei Italiens durch eine Aktion der CIA und des italienischen Geheimdienstes ermordet worden ist, weil er die Kommunistische Partei an der Regierung beteiligen wollte. Perfiderweise wurden dafür die linksextremen „Roten Brigaden“, die terroristische Methoden nicht grundsätzlich ablehnten und die KPI als reformistische Partei bekämpften, infiltrierte und instrumentalisiert, damit nach erfolgreich durchgeführter Aktion die Ermordung als Tat einer linksextremistischen Organisation dargestellt werden konnte.

Im Jahr 1970 haben chilenische Soldaten im Zusammenwirken mit der CIA den Chef der chilenischen Armee General René Schneider ermordet. In der „Neuen Zürcher Zeitung“ vom 14. November 2020 kann man dazu lesen: „Im Zentrum des geheimen Plans stand

die Entführung von General Schneider, die gleich mehrere Ziele verfolgte. Der mächtigste Gegner einer Militärintervention sollte neutralisiert und anschließend durch einen Befürworter eines Coups ersetzt werden. Die Allende-Anhänger sollten als angebliche Verantwortliche angeschwärzt werden, und die Tat sollte das notwendige Klima des Aufruhrs schaffen, das eine Machtübernahme des Militärs begründen würde. Am 15. Oktober traf sich der oberste Verantwortliche für verdeckte Operationen bei der CIA, Thomas Karamessines, mit Henry Kissinger und dessen Assistenten Alexander Haig, um sie hinsichtlich der Couppläne auf den neuesten Stand zu bringen. Am folgenden Tag übermittelte das CIA-Hauptquartier seinen Leuten in Chile die Resultate der Sitzung und bestätigte, daß es „seine feste und anhaltende Politik war, Allende durch einen Putsch zu stürzen“, wenn möglich vor der Wahl im Kongreß vom 24. Oktober. Nach zwei fehlgeschlagenen Versuchen, General Schneider zu entführen, wurde er am Morgen des 22. Oktober in seinem Dienstwagen durch einen Jeep gestoppt und sein Auto durch ein bewaffnetes Kommando von Soldaten umstellt. Als ein Angreifer das Heckfenster mit einem Vorschlaghammer zerstörte, griff Schneider zu seiner Dienstpistole und wurde in der Folge aus nächster Nähe angeschossen. Tödlich verletzt starb er drei Tage später.“

Diese Fälle sind der Regierung der Bundesrepublik Deutschland natürlich bekannt, aber von einem Protest oder auch nur einer Äußerung des Mißfallens seitens der Regierung der BRD ist nichts bekannt. Die dauernd beschworene transatlantische Allianz „mit unseren amerikanischen Freunden“ vermögen derartige Ereignisse nicht zu erschüttern.

Solche von der CIA organisierte Verschwörungen hat es tatsächlich gegeben, wobei auch noch weitere Beispiele angeführt werden könnten. Wer schon damals bezüglich dieser Ereignisse erklärte, hinter diesen Morden stecke wahrscheinlich die CIA, wurde als Verbreiter von Verschwörungstheorien, der nicht ernstgenommen werden kann, abgekanzelt. Der Vorwurf der Verbreitung von angeblich absurden Verschwörungstheorien ist ein seit Jahren bewährtes Totschlagargument.

Postscriptum vom 29. Dezember 2020 zum Artikel „Causa Nawalny“

Die von den westlichen Medien orchestrierte antirussische Kampagne in der Causa Nawalny treibt immer absurdere Blüten.

Nachdem zuerst behauptet worden ist, Nawalny sei mit einem Tee, den er auf dem Flughafen in Tomsk getrunken hat, vergiftet worden, und dann an der Stelle dieser Behauptung die Legende aufgetischt worden ist, Nawalny sei mit einer Mineralwasserflasche, aus welcher er getrunken hat, vergiftet worden, lautet nun die neueste Version, der russische Geheimdienst habe Nawalny mit einer vergifteten Unterhose umbringen wollen.

Der FSB-Agent Kudrjawzew habe Nawalny persönlich am Telefon gestanden, der FSB habe versucht, ihn mit einer mit „Nowitschok“ behandelten Unterhose zu töten, was nur deshalb nicht gelungen sei, weil der Pilot sofort eine Notlandung in Omsk durchgeführt habe. Nawalny behauptet, er habe aus Deutschland den genannten FSB-Agenten angerufen und sich als Mitarbeiter des Sekretärs des russischen Sicherheitsrates ausgegeben, ohne daß dieser habe erkennen können, woher der Anruf gekommen sei beziehungsweise wer der Anrufer gewesen sei. Er habe den FSB-Mann durch Überlistung dazu gebracht, daß er ihm am Telefon den Ablauf der angeblichen

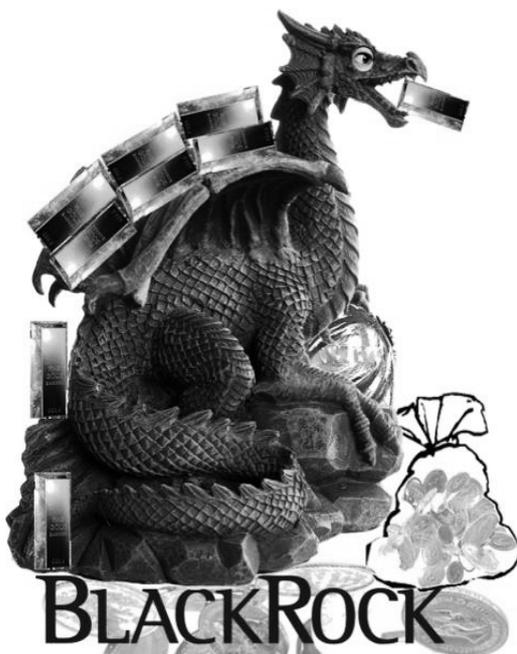
Tötungsaktion geschildert habe. Die russischen Behörden haben umgehend erklärt, es handle sich beim von der Nawalny-Organisation veröffentlichten Telefongespräch um eine Fälschung.

Dieselben Medien, die anklagend berichten, die russischen Nachrichtendienste seien in die Computernetze wichtiger Ministerien und Behörden der USA eingedrungen, was, wenn es denn zutrifft, allerhöchste Fachkompetenz in der Beherrschung von Computersystemen beweist, behaupten, der russische Inlandsgeheimdienst sei nicht fähig, zu erkennen, daß ein Telefonanruf an einen FSB-Mitarbeiter aus dem Ausland kommt, beziehungsweise nicht fähig, seine Mitarbeiter gegen Anrufe von Provokateuren aus dem Ausland abzusichern.

Es erfordert eine gehörige Portion Naivität oder aber eine durch nichts zu erschütternde Bereitschaft, jedweder antirussischen Legende Glauben zu schenken, für wahr zu halten, daß ein hochrangiger Mitarbeiter des russischen Geheimdienstes den Ablauf einer streng geheimen Tötungsaktion durchgeführt im Auftrage des Staatspräsidenten einer Person, die er nicht kennt und nicht identifizieren kann, am Telefon schildern würde.

Dieser Satz könnte nun wieder als Zugeständnis, daß der russische Inlandsgeheimdienst solche Tötungsaktionen tatsächlich durchführt, verdreht werden, so wie die Aussage Putins, daß Nawalny nicht überlebt hätte, wenn der FSB ihn tatsächlich hätte umbringen wollen, verdreht worden ist zur Aussage, dadurch „...wird klargemacht, daß der FSB jederzeit zu solchen Anschlägen bereit ist“ („Neue Zürcher Zeitung am Sonntag“ vom 27. Dezember 2020).

Stefan Hofer
Basel



Die Kooperatoren

*Larry Fink und Friedrich Merz,
Eine Seele und ein Herz.
Fernkontakte, die sich lohnen,
Weil in ihnen Werte wohnen.
Larry, reichster Mann auf Erden?
Nein. Darum nicht neidisch werden.*

Laurence Douglas Fink (68) und dessen Firma Blackrock verwalten Vermögenswerte in Höhe von rund 7,8 Billionen US-Dollar.

Die einstigen Wirecard-Betreiber Braun und Marsalek wollten Blackrock nacheifern.

Larry Fink selbst hält nur 0,7 Prozent Anteil an seiner Firma, der insgesamt 570 Millionen Dollar leicht ist.

Mit seinem Privatvermögen von 905 Millionen Euro knabbert Fink gegenwärtig noch an der ersten Milliarde, die er in US-Dollar bereits erreicht hat.

A poor guy (armer Bursche) ist er aber immer noch im Vergleich zu Jeff Bezos (Amazon), der dank Corona inzwischen 187 Milliarden eingesammelt hat.

Und dennoch hat Blackrock (Schwarzer Fels) als größte Schattenbank der Welt und Miteigentümer an weltweit 18 000 Konzernen eine gewaltige Marktmacht, die längst auch den deutschen Immobilienbereich stark beeinflusst. Der operative Hauptsitz der Fink-Firma ist New York.

Der rechtliche Unternehmenssitz hockt hingegen unangetastet in der US-Finanzoase Delaware.

Ergebnis: Der Gewinner bekommt alles! Dingdongblitzblankblink! Drum Finger weg von Friedrich Merz – und erst recht von Fink!

Lutz Jahoda

Seite an Seite mit Neonazis

Die AfD im Land Brandenburg und im Kreis Märkisch-Oderland steht extrem rechts

Es gibt Wahrheiten, die man nicht oft genug wiederholen kann. Eine solche Wahrheit ist: Der Kapitalismus gebiert Ungeheuer! Zum Beispiel Beatrix von Storch. Sie antwortete 2016 bei Facebook auf die Frage: „Wollt Ihr etwa Frauen und Kinder an der grünen Wiese den Zutritt mit Waffengewalt verhindern?“, mit einem unverblühten „Ja“. Da hilft auch keine spätere Entschuldigung.

Oder nehmen wir AfD-Senior Alexander Gauland, der 2017 die damalige Migrationsbeauftragte Aydan Özuguz attackierte: „Ladet sie mal ins Eichsfeld ein und sagt ihr dann, was spezifisch deutsche Kultur ist. Danach kommt sie hier nie wieder her und wir werden sie dann auch, Gott sei Dank, in Anatolien entsorgen können.“

AfD-Vormann Björn Höcke nennt die Gedächtnisstelen in Berlin für die von den Nazis ermordeten Juden ein „Denkmal der Schande“. Auch der AfD-Fraktionschef in Rheinland-Pfalz Uwe Junge verspricht: „Der Tag wird kommen, an dem wir alle Ignoranten, Unterstützer, Beschwichtiger, Befürworter und Aktivisten der Willkommenskultur im Namen der unschuldigen Opfer zur Rechenschaft ziehen werden.“

Der heutige Bundestagsabgeordnete Markus Frohmaier sagte 2015, als er noch AfD-Nachwuchschef war: „Ich sage diesen linken Gesinnungsterroristen, diesem Parteifilz ganz klar: Wenn wir kommen, dann wird aufgeräumt, dann wird ausgemistet, dann wird wieder Politik für das Volk, und zwar für das ganze Volk, gemacht – denn wir sind das Volk.“

Im brandenburgischen Landkreis Märkisch-Oderland wurde die AfD 2019 stärkste Kraft bei den Kommunalwahlen und zweitstärkste Kraft bei den Landtagswahlen. Sie ist damit auf regionaler und überregionaler Ebene präsent. Auch die Veranstaltungen der Partei, die sogenannten Stammtische, finden regelmäßig und flächendeckend statt und zwar oft in privaten Räumen und Restaurants, wie im „Zum alten Steuerhaus“ in Strausberg. Das Publikum kommt aus dem engen Mitglieder- und Sympathisantenkreis. Dennoch lässt sich vermuten, daß die Veranstaltungen für die AfD vor allem intern eine hohe Bedeutung haben. Es ist davon auszugehen, daß hier Kontakte intensiviert und Aktionen geplant werden.

Solche Aktionen fanden vor allem im Rahmen der Landtags- und Kommunalwahlen statt, bei denen die Partei mit Propagandamaterial stark im öffentlichen Raum agierte. Auffällig war, daß AfD-Aufkleber oft in Verbindung mit anderen extrem rechten Aufklebern zu sehen waren, was darauf schließen läßt, daß es eine enge Vernetzung mit neonazistischen Kreisen gibt.

In der Nacht zum 3. August 2019 brachte die AfD z. B. in Müncheberg Wahlplakate in unmittelbarer Nähe zu dem Gelände an, auf dem am nächsten Tag ein linkes Stadtfest stattfand. Diese Art der Reviermarkierung und auch Bedrohung hat die AfD mit den Aktivitäten von Neonazis im Landkreis gemein, wie sich besonders an der „Bruderschaft Strausberg“ zeigen

läßt. Bruderschaften sind in Neonazikreisen sehr beliebte Organisationsformen, die üblicherweise nur für Männer zugänglich sind. Sie treten häufig nur saufend und pöbelnd in Erscheinung, ihre Sprüche sind extrem rassistisch und sexistisch.

2019 gab es im Landkreis insgesamt 50 Vorfälle von Bedrohungen, Schmierereien, Angriffen und Propagandadelikten durch Neonazis. Insbesondere Hakenkreuze wurden sehr häufig gesprüht – an Bushaltestellen, an Wänden in öffentlichen Bereichen, aber oft auch oft in Privathäusern. Hier handelt es sich um ein gezieltes Vorgehen, um Bewohner einzuschüchtern. Auch explizite Bedrohungen und Beleidigungen haben sich 2019 gegenüber dem Vorjahr fast verdoppelt. Acht Angriffe auf Menschen und Unterkünfte von Geflüchteten wurden registriert.

In Strausberg gab es 21 rechte Vorfälle, aber auch Seelow, Bad Freienwalde, Müncheberg und Wriezen meldeten ähnliche Zahlen. Attacken gab es in Rehfelde, Neuenhagen, Petershagen, Fredersdorf, Rüdersdorf, Falkenberg, Neutrebbin, Neuhardenberg und Lietzen. Gewöhnung und gesellschaftliche Hürden führen dazu, daß viele Vorfälle nicht angezeigt oder publik gemacht und damit auch nicht registriert werden. Die Dunkelziffer dürfte deutlich höher liegen.

In besonderem Maße sticht eine Veranstaltung in Strausberg hervor, die 2019 stattfand. Beim sogenannten Red Eagle Cup trat ein ehemaliger NPD-Kader und immer noch aktiver Neonazi in Erscheinung. Er präsentierte sich nicht nur als Gast, sondern betreute einen jungen Mann vom Rand des Kampfrings aus. Immer wieder wird von Neonazis berichtet, die im (Kampf-)Sport tätig sind. Ganz „normal“ werden in Gyms rechte Modemarken wie „Label 23“ getragen und beworben. In diesen Strukturen lernen Neonazis, politische Gegner anzugreifen. Kampfsport ist aber auch Teil einer völkischen Vorstellung von Gesundheit und Wehrhaftigkeit, was zum „NS-Lifestyle“ dazugehört. In diesem Kontext ist der Strausberger Laden „German Meltow Crime Store“ zu nennen, der Kampfsportzubehör und -kleidung verkauft. So auch die rechte Marke „ProViolence“ sowie Baseballschläger und Materialien zum Vermummern.

Wenig beachtet, aber dennoch von Bedeutung im Feld der neuen Rechten war die Konferenz des rechten Magazins „Compact“ am 10. August 2019 in Hönow. Neben dem Chefredakteur des verschwörungsideologischen Magazins Jürgen Elsässer waren diverse AfD-Politiker

vor Ort. „Compact“ räumt dem rechten Flügel der Partei viel Platz ein und sympathisiert offen mit den rechtesten Akteuren der Partei. Daß eine solche Konferenz in Hönow stattfand, unterstreicht, daß die AfD in Märkisch-Oderland dem rechten Flügel der Partei zuzuordnen ist.

Das „Netzwerk für Toleranz und Integration“ (NTI) in Märkisch-Oderland hat sich bei einem Treffen in Trebnitz mit der Entwicklung des Rechtsextremismus im Landkreis beschäftigt. Vor allem eine steigende Gewaltbereitschaft der rechtsextremen Szene wurde festgestellt. Vor diesem Hintergrund erläuterte Prof. Gideon Botsch vom Moses-Mendelssohn-Zentrum aus Potsdam, welche Herausforderungen sich aus der Entwicklung des Rechtsextremismus ergeben. Botsch machte deutlich, daß dieser in Brandenburg bereits eine parteipolitische Dimension habe. Sie reiche von der NPD zur AfD. Er verwies auf die Verknüpfung der AfD mit ausländischen Netzwerken und Vereinen und betonte, daß die AfD in Brandenburg von Beginn an rechtsextrem war. Bis 2014 habe sich das extrem rechte und flüchtlingsfeindliche Demonstrationsgeschehen auf Aktivitäten neonazistischer Gruppierungen, der NPD und parteiungebundener „Kameradschaften“ beschränkt. 2015 habe sich dann das Demonstrationsaufkommen von rechts im Land vervielfacht. Die Öffnung der brandenburgischen AfD hin zu diesem Protestmilieu sei vom damaligen Landesvorsitzenden Alexander Gauland gefördert worden.

Botsch erklärte, daß es in Brandenburg keine AfD-Flügel gebe, sondern man sich in der Landespartei einig in der Zugehörigkeit zum rechtsextremen „Flügel“ sei. Die AfD sei ein wichtiger Kooperationspartner für Vereine wie den Cottbuser „Zukunft Heimat“ und andere rechte Zusammenschlüsse.

Angesichts dieser erschreckenden Szenerie allein auf den Sieg vorerst und Vernunft zu setzen, reicht nicht. Alle friedliebenden, antifaschistischen Kräfte sind aufgerufen, sich dieser unheilvollen, gefährlichen Entwicklung entgegenzustellen.

Heinz Pocher



Karikatur: Klaus Stuttmann

Wahlbeobachter in Venezuela

Am 6. Dezember 2020 wurde über eine neue Nationalversammlung abgestimmt.
Ein Erlebnisbericht

Auf Einladung des Wahlrates Venezuelas (CNE) flog ich als Beobachter für die Wahlen zur Nationalversammlung und in meiner Funktion als Präsident der „Gesellschaft für Frieden und internationale Solidarität“ (GeFiS) am 2. Dezember 2020 von Hamburg über Amsterdam und Mexiko-City nach Caracas. Diese ungünstige Flugroute ist das Ergebnis des von den USA und der EU verhängten Embargos gegen Venezuela, Kuba und Nicaragua. Meine Reise zeigt zwar, daß es Alternativen gibt. Der Mehraufwand schadet allerdings der Wirtschaft Venezuelas finanziell sehr und hat katastrophale Folgen für die humanitäre Situation im Land.

Neben der Wahlbeobachtung standen auch Gespräche mit unserem Partnerverein „Komitee für internationale Solidarität und Frieden“ (COSI) sowie mit dem im September gegründeten „Institut Simon Bolivar“ auf meinem Programm, das dadurch dicht gedrängt war. Gleich nach der Akkreditierung zu den Wahlen wurde unsere kleine Gruppe aus Vertretern der USA, Kenia, Panama, Peru und mir aus Deutschland zu einem im Aufbau befindlichen Wahllokal gefahren. Es war von außen bereits stark gesichert und die bewaffneten Milizionäre gewährten uns nur nach Vorlage eines besonderen Schreibens Einlaß. In dem Gebäude wurden wegen der hohen Bevölkerungsdichte in diesem Stadtteil von Caracas mehrere Wahllokale eingerichtet, um lange Warteschlange zu vermeiden.

In einem dieser Räume waren neben drei bewaffneten Milizionären vier Wahlmitarbeiter und wir als Wahlbeobachter anwesend. Gleich zu Beginn wurde uns erklärt, daß wir alles fotografieren und filmen könnten und jede Frage beantwortet werde. Einer der Milizionäre nahm wie wir das Entfernen der Plombe, mit der die Wahlkiste versiegelt war, per Video auf. In dem Behälter waren alle notwendigen Unterlagen, technische Geräte, Wahlurne, Wahlkabine usw. In einer Arbeitsanweisung war die Reihenfolge des Aufbaus genau beschrieben, die Erledigung jedes der Punkte mußte durch Unterschrift bestätigt werden. Danach gab es einen Probelauf.

Es muß noch erwähnt werden, daß vor jedem Wahllokal eine Liste ausgehängt war, auf der nur die Ausweisnummern (kein Name) Wählers ersichtlich waren sowie die Nummern der Tische, an denen sie sich melden sollten. Der Wahlgang war doppelt abgesichert: Neben der elektronischen Abstimmung wurde auch die auf Papier registriert.

Am Wahltag, dem 6. Dezember, wurde unsere Gruppe mit etwa 20 Beobachtern auf einem Transporter versammelt. Die Wahllokale, die wir besuchten, waren spontan ausgewählt worden. So war zu erklären, daß der Fahrer und unsere beiden Begleitpersonen jedes Mal spontan am Straßenrand nach dem Weg fragen mußten. Die Vielzahl der von uns besuchten Wahllokale vermittelte uns einen guten

Überblick über den sozialen Querschnitt der Bevölkerung in Caracas. Bei der sogenannten Mittel- oder Oberschicht war die Beteiligung während unserer Anwesenheit gering, in den ärmeren Vierteln erlebten wir schon mal eine Menschenschlange von mindestens 100 Wählern. Es war bewundernswert, mit welcher Geduld sie bei 29 Grad Celsius und mehr ausharrten.

Auf dieser Fahrt gelangten wir in Stadtteile, in die sich mit Sicherheit kein Tourist verirrt. Dennoch ist die oft geschürte Angst vor Kri-



minalität nicht berechtigt. Wir erlebten aufgeschlossene, sehr freundliche Menschen, die zudem bescheiden und dankbar wirkten. Es gab keinerlei Unruhen.

Zum Ergebnis: Die Wahlbeteiligung war mit etwa 30 Prozent sehr gering, aber ähnlich hoch wie in den Jahren zuvor. Dabei können mehrere Faktoren eine Rolle spielen. Neben dem Aufruf zum Wahlboykott durch den selbsternannten „Übergangspräsidenten“ Juan Guaidó war die Verunsicherung durch die Pandemie wohl entscheidend. Hinzu kam die Benzinknappheit als Folge des Embargos der USA und der EU. Oft wird auch nicht beachtet, daß die direkte Wahl des Präsidenten in Venezuela schon immer die wichtigste Abstimmung war, d. h., bei Parlaments- oder Kommunalwahlen ist das Interesse relativ gering.

Wir wurden während unseres Aufenthaltes sehr viel in Caracas umhergefahren und konnten viele Eindrücke aufnehmen. Aus Gesprächen mit anderen Beobachtern und mit der Bevölkerung ergab sich, daß Guaidó in Venezuela keine Rolle spielt. Weder Losungen noch Schmierereien, die ihn hofieren oder schmähen, waren zu finden. Auch hörte

oder las ich keine Aussagen, die zur Abwahl Maduros aufriefen. Selbst beim abendlichen Durchschalten der überwiegend privaten Fernsehsender war keine Werbung für Guaidó zu finden. Einzige Ausnahme war eine Satire auf ihn – ein Abgesang. Deutsche Medien teilen ihren Nutzern solche Tatsachen selbstverständlich nicht mit.

Der Zweck liegt auf der Hand: Die Bundesregierung erkannte die Wahl schon vorab nicht an und sprach ihr dann wegen der geringen Wahlbeteiligung auch nachträglich die Legitimation ab. Das Bemerkenswerte dabei: Die sogenannten Schwesterparteien von CDU und SPD nahmen teil und stellen mit 17 Prozent der Stimmen die zweitstärkste Kraft im Parlament. Und wie üblich gelten auch doppelte Standards: Die Parlamentswahlen am selben Tag in Rumänien hatten eine ähnlich geringe Beteiligung wie in Venezuela. Das Ergebnis wurde in Berlin und in deutschen Medien kommentarlos akzeptiert.

Auf der Rückreise am 8. Dezember kam es zu einem bezeichnenden Zwischenfall. Der Abflug mit der staatlichen venezolanischen Fluggesellschaft Conviasa nach Mexiko-City verzögerte sich. Eine zuvor gestartete Maschine kehrte zurück und blieb auf dem Rollfeld stehen. Die Flughafenmitarbeiter erklärten uns, Kolumbiens Staatschef Ivan Duque habe den Luftraum über dem Territorium seines Staates für alle Maschinen von und nach Venezuela gesperrt – ein grober Verstoß gegen internationales Recht. Die Wahlbeobachter protestierten und verständigten die Organisationen, von denen sie entsandt worden waren. Die Folge war eine Welle von Protesterkklärungen aus aller Welt. Er bewirkte offenbar, daß wir nach langer Verzögerung abfliegen konnten.

Obwohl diese Blockade nur kurz war, erlitt Venezuela Schaden: Die Anschlußflüge der Delegierten waren nicht mehr erreichbar, d. h. es mußten zusätzliche Verbindungen, Übernachtungen und Verpflegung organisiert werden. Das alles gelang innerhalb weniger Stunden hervorragend. Es zeigte nicht nur ein weltmeisterliches Geschick im Improvisieren, es belegte auch die Entschlossenheit, gegen jegliches Embargo anzukämpfen. Und es zeigt, wie dringend notwendig jede Form der Solidarität für Venezuela ist.

Es sei mir gestattet, an dieser Stelle auf die Solidaritätsaktion der GeFiS aufmerksam zu machen, die am 31. Oktober 2020 begann. Sie trägt den Titel „Medizin für Venezuela“ und GeFiS bittet um Spenden auf das Konto: GLS Gemeinschaftsbank, IBAN: DE19 430609671106051900, BIC: GENODEM1GLS. Wir möchten damit dringend benötigte Medizin erwerben, sie beim nächsten Flug nach Venezuela mitnehmen und sie vor Ort an Krankenhäuser übergeben.

Carsten Hanke
Bad Doberan

Wahljahr in Nicaragua

2020 brachte Krise, Pandemie und Hurrikans, aber den geringsten Wirtschaftsrückgang in der Region

„Das Jahr, das wir verlassen, war voller Licht und Schatten. Es hinterläßt eine eindringliche Lehre. Das Jahr, in das wir eintreten, nutzen wir, um diese Lehre anzuwenden: Wir wollen mit gutem Willen und Friedensbereitschaft, mit Herz und Verstand für das Vaterland und den Wohlstand weiterwirken. Wünschen wir uns Gesundheit und Lebensfreude, Ruhe und Arbeit, Freude und Erfolg. Schützen und erhalten wir die Natur und unsere Mutter Erde“, schrieben Präsident Daniel Ortega und Vizepräsidentin Rosario Murillo in der Neujahrsbotschaft an die nicaraguanischen Familien. Auch Nicaragua hatte 2020 mit den Corona-Folgen, aber auch mit Erdbeben und Hurrikans zu kämpfen. Die Regierung ergriff eine Reihe von Maßnahmen, um das Leben und die soziale Sicherheit der Bevölkerung zu schützen. Im Mai 2020 veröffentlichte sie das 72seitige Weißbuch „Nicaragua zur Pandemie Covid-19“.

Trotz der enormen Belastungen erhöhte Nicaragua 2020 seine Exporte um 14 Prozent. Die Zentralbank senkte den Kurs der Währung Córdoba gegenüber dem US-Dollar von drei auf zwei Prozent. Diese Entscheidung ist auf eine „makroökonomische Politik der Erholung“ im Verlauf der Covid-19-Pandemie zurückzuführen. Die Senkung des Kurses soll dazu beitragen, die Gesamtausgaben der Volkswirtschaft zu senken und die Kaufkraft der Familien zu verbessern. Das Land hatte am Ende des Jahres mit minus zwei Prozent den geringsten Wirtschaftsrückgang in der Region zu verzeichnen.

Über 97 Prozent des Territoriums wird mit Strom versorgt. Die Projekte zur Verbesserung der Infrastruktur wie der Bau neuer Straßen, Trinkwasseranlagen und Abwassersysteme in Gemeinden und Gemeindebezirken konnten fertiggestellt werden. Die Kinder erhielten Geschenkpakete und die Studenten Boni für die Stipendien. Auf die Gefahren der Hurrikans Eta Anfang November und Iota Mitte des Monats wurde sofort reagiert, die Bevölkerung geschützt und die Beseitigung der Schäden in kürzester Zeit in Angriff genommen.

Die Nationalversammlung beschloß den Staatshaushalt für 2021. Er garantiert die sozialen Investitionen und behält die Linie der Verringerung der Armut und Verbesserung der Leistungen für das Gesundheitswesen und die Bildung bei.

Zu Jahresbeginn ging Donald Trump und Joseph Biden kam. Der neue US-Präsident wird sich anders benehmen, aber nicht die politische Linie ändern. Er wird sich daran messen lassen müssen, wie er sich gegenüber dem fortschrittlichen Teil Lateinamerikas, gegenüber Kuba, Venezuela, Nicaragua und Bolivien verhält. Trump, Sicherheitsberater John Bolton und US-Vizepräsident Michael Pence trafen sich mit dem Ku-Klux-Klan und den Unternehmern der kubanisch-amerikanischen Mafia in Florida. Das wird Biden wahrscheinlich

nicht tun. Nach dem Abgang Trumps liegen die beiden Helfer der USA, die reaktionäre Lima-Gruppe und die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) faktisch im Koma.

In Chile, Peru, Kolumbien, Ecuador und Nicaragua finden 2021 Wahlen statt. Chile will außerdem über eine neue Verfassung entscheiden. Die USA müssen damit rechnen, daß die Volksrepublik China und die russische Föderation an Einfluß gewinnen. Am 17. Dezember 2020



Mitgliedstaaten

- Antigua und Barbuda
- Dominica
- Grenada
- Kuba
- Nicaragua
- St. Kitts Nevis
- St. Lucia
- St. Vincent und die Grenadinen
- Venezuela

Mitglieder der ALBA waren:

- Honduras (2008–2010)
- Ecuador (2009–2018)
- Bolivien (2006–2019)

Mitgliedsländer der Bolivarischen Allianz für die Völker Unser Amerika – Handelsvertrag der Völker (ALBA-TCP)

veröffentlichte das Sekretariat der Gemeinschaft Lateinamerikanischer und Karibischer Staaten (CELAC) ein Kommuniqué über eine virtuelle Beratung der Vertreter von CELAC und der VR China, in der beide Seiten ihre Vorstellungen über die weitere Zusammenarbeit vortrugen. Die Beratung war von der VR China und Mexiko, das den turnusmäßigen Vorsitz von CELAC hat, vorbereitet worden. Der Vizeaußenminister der VR China Zheng Zeguang betonte, daß Lateinamerika und die Karibik für die Volksrepublik eine Region von strategischer Relevanz ist, um gemeinsame Antworten auf die globalen Herausforderungen zu finden. Das Forum wird verschiedene akademische und wissenschaftliche Treffen im Jahre 2021 vorbereiten. Außerdem soll Mitte 2021 die III. Ministerberatung CELAC-China in Beijing stattfinden. Auf der Konferenz brachte der nicaraguanische Vertreter Iván Acosta, Minister für Wohnungswesen und Staatliche Kredite, das auf Eis gelegte Projekt des Großen Inter-ozeanischen Nicaraguakanals, das eine große strategische Rolle spielen könnte, wieder ins Gespräch.

Am 14. Dezember 2020 fand der XVIII. Gipfel der Mitgliedsländer der Bolivarischen Allianz für die Völker Unser Amerika – Handelsvertrag der Völker (ALBA-TCP) in virtueller Form statt. Die Mitgliedsländer beglückwünschten das Volk und die Institutionen der Bolivarischen Republik Venezuelas zum Sieg bei den Parlamentswahlen am 6. Dezember 2020. Sie begrüßten die Rückkehr des Vielnationalen Staates Boliviens in die Organisation nach der

Zurückeroberung der Demokratie in diesem Lande. Der bolivianische Präsident Luis Arce erklärte: „Vor 16 Jahren wurde ALBA gegründet, um Front gegen den Neoliberalismus zu machen. Wir müssen einen Anreiz schaffen, damit sich unsere Völker mittels ALBA und der solidarischen Allianzen weiterentwickeln.“ Der venezolanische Präsident Nicolás Maduro schlug vor, daß Kuba und Venezuela eine Impfstoffbank für ALBA einrichten. „ALBA muß

über die ALBA-Bank die Finanzierung des gesamten Impfprozesses in den ALBA-Ländern garantieren.“ Er sagte weiter, daß noch präziser an der Konkretisierung der Gesundheitspolitik, der Bildungspolitik, der Wiederbelebung von PETROCARIBE und der Unterstützung aller ALBA-Völker gearbeitet werden muß. „Wir müssen eine Strategie der Agenda der Großen Nation erarbeiten und beschließen.“

In Nicaragua wird im November gewählt. Die Sandinisten möchten, daß ihr sozialistisches, christliches und solidarisches Gesellschaftsmodell Anerkennung findet. Dagegen verharret die Rechte weiterhin in den Niederungen der vergangenen Jahrhunderte. Das war und ist von den persönlichen Interessen der Familien abhängig, die auf eigene Rechnung Politik betreiben und vom Ausland finanziert werden. Zur Zeit sind sich die Gliederungen der Rechten nicht einig darüber, wer zu ihnen gehört und wer nicht, wer sie anführen soll. Leute wie Mairena, Maradiaga, Chamorro, Mora und weitere zehn Streithähne können sich nicht einigen, ob sie für die Opposition kandidieren oder nicht. Die Optionen sind verschieden, weil die Gesichter und der Dollar-Appetit, die Ansichten und Interessen verschieden sind. Es ist kaum zu erwarten, daß sich die Rechte unter einer Fahne vereint und daß aus der Vielzahl der Parteien und Nichtregierungsorganisationen eine Gegenpartei zur Sandinistischen Front entsteht. Es sei denn, Washington greift ein. Und so könnte die Liberale Partei die einzige Gegenpartei bleiben. Sie ist in Nicaragua historisch präsent, aber zurzeit in

zwei Richtungen gespalten und mit internen Säuberungen beschäftigt. In diese Opposition investieren die USA und die EU Millionen an US-Dollar, um sie für den Wahlkampf fit zu machen.

Welches Gewicht hat die Katholische Bischofskonferenz? Sie kann heute nicht mehr wie vor einigen Jahren den christlichen Glauben der Nicaraguanerinnen und Nicaraguaner nutzen. Zu offensichtlich unterstützte sie 2018 den Putsch der Ultrarechten und schenkte der Oligarchie ihre Aufmerksamkeit. Ihre verräterische Teilnahme am Putschversuch und ihre Lügen führte sie ins Abseits. Trotzdem glaubte sie, die verschiedenen Oppositionskräfte vereinen zu können. Deshalb übernahm sie im April 2018 die politische Führung und schlug einen ihrer Prälaten, Silvio Báez, als Kandidaten vor. Sie wollte „viele politisch schwache Kandidaten durch einen politisch starken Kandidaten ersetzen“. Um ihre Ziele zu erreichen, baute die Bischofskonferenz auf die „Gläubigen“ in Washington, Brüssel und Rom. Sie mußte damit rechnen, daß Papst Franziskus sie wohl nicht unterstützen wird. Mit der Niederlage von Báez begann die Krise der Bischofskonferenz.

Die Sandinisten haben 2020 unter Führung ihres Comandante Daniel Ortega drei außerordentliche Ergebnisse erzielt: Es gelang ihnen relativ schnell, aus der Wirtschaftskrise nach dem Putsch 2018, der Schäden in Höhe von mehr als 1,8 Milliarden US-Dollar verursachte, herauszukommen. Dank eines durchdachten Modells des staatlichen

Gesundheitswesens bekamen sie die Pandemie Covid-19 in den Griff und erhielten das öffentliche und wirtschaftliche Leben aufrecht. Schließlich trotzte das Land aufgrund seines exzellenten Katastrophenschutzes dem Wüten zweier Hurrikans. In kürzester Zeit wurde der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete in Gang gesetzt. Die sandinistische Regierung läßt weiterhin Krankenhäuser, Schulen, Wohnungen und Straßen bauen. Die Rechte streut dagegen Haß und Gewalt.

Die Nationalversammlung Nicaraguas nahm am 21. Dezember 2020 das Gesetz zur Verteidigung der Rechte des Volkes auf Unabhängigkeit, Souveränität und Selbstbestimmung für den Frieden an. Sein Artikel 1 sagte: „Nicaraguaner, die einen Staatsstreich, der die Verfassungsordnung des Landes stört, anführen oder finanzieren, verlieren das politische Recht, gewählt zu werden. Das betrifft auch Personen, die terroristische Akte schüren oder dazu anstiften; die Taten begehen, die die Unabhängigkeit, Souveränität und Selbstbestimmung Nicaraguas verletzen oder die zur Einmischung von außen in die inneren Angelegenheiten des Landes anstiften; die militärische Interventionen fordern oder sich mit den Geldern ausländischer Mächte organisieren, um Akte des Terrors und der Destabilisierung zu begehen; die Wirtschafts- und Handelsblockaden sowie Finanzoperationen gegen das Land und seine Institutionen aufstellen und leiten; die Sanktionen gegen den nicaraguanischen Staat und seine Bürger fordern und begrüßen.“ Die Attacken der

Reaktion haben bereits begonnen. Sie wird dabei von CIA-finanzierten Nichtregierungsorganisationen unterstützt.

Der Druck auf die sandinistische Regierung wird zunehmen. Die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) wird starken Einfluß auf die Wahlen nehmen wollen. Offensichtlich denkt jedoch Managua nicht daran, sein politisches Schicksal in die Hände der OAS und der USA zu legen. Der Generalsekretär der OAS Luis Almagro disqualifizierte sich selbst, als er sich seine Hände in einer schändlichen Operation bei den Wahlen 2019 in Bolivien schmutzig machte. Den USA mangelt es bei Wahlen an politischer Glaubwürdigkeit. Sie entlarvten sich als Feinde der Souveränität und Selbstbestimmung. Obendrein ließ Washington politische Hygiene vermissen. Und die EU erwies sich als treuer Vasall der Vereinigten Staaten.

Die sandinistische Regierung ist es gewohnt, abgeschlossene Verträge zu respektieren und einzuhalten. Sie wird auf die Hinweise der OAS hören und mit der OAS zusammenarbeiten. Sie wird sich aber nicht vorschreiben lassen, wie sie zu regieren hat. Sie verlangt Unabhängigkeit und Souveränität. Ob es den Gegnern des Sandinismus gefällt oder nicht, es gilt, was Comandante Ortega mehrmals wiederholte: „In Nicaragua bestimmt das Volk. Niemand kann das an seiner statt tun.“

Wolfgang Herrmann
Dreesch

Eine afrikanische Zinsknechtschaft

In Kamerun wie hierzulande: Ein Versuch, vom Krümel zum Kuchenstück zu gelangen

Ich traf Samuel Ndo auf einer Geburtstagsparty in Jaunde (französisch Yaoundé), der Hauptstadt Kameruns, im schicken Quartier Bastos. Der sympathische junge Mann blieb allein am Tisch vor seinem Glas Weißwein, obwohl um ihn herum elegante junge Frauen saßen. Das machte mich neugierig. Er kannte das Geburtstagskind, war wohl etwas schüchtern, fühlte sich offensichtlich im großbürgerlichen Haus etwas fremd. Er spielte mit seinem Toyota-Autoschlüssel, neben ihm lag die blaue Maske, getragen als Status-Symbol im (fast) maskenfreien Kamerun. Wer kann sich denn die Dinger leisten, es sei denn, die Behörde stellt sie ihren Mitarbeitern zur Verfügung?

Er sei, erzählte Samuel, mit seinen 24 Jahren „Manager de foot“ bei einer Fußballagentur. Er arbeite auch als Talentcout. Kamerun sei international bekannt als Talentschmiede für Fußballspieler seit dem aufsehenerregenden Auftritt seiner „Lions“ bei der Weltmeisterschaft 1990 gegen England, was einen bis heute andauernden Exodus afrikanischer Ballkünstler auslöste. Allerdings sei die Nationalmannschaft Kameruns im kontinentalen Ranking abgesunken.

Er kümmere sich seit zwei Jahren um sechs junge Fußballtalente, ums Training, Essen und Unterkunft, ärztliche Versorgung bei Verletzungen. Die Eltern, oft arm wie die meisten in Kamerun, könnten nie die erforderlichen Ausgaben aufbringen, für Kleidung und Mobilität zum Beispiel. In Jaunde gibt es keinen öffentlichen Nahverkehr, keine Metro, Tram oder Buslinien. Zu Dutzenden stehen die Leute aufgereiht an der Straße und warten geduldig auf eines der gelben Sammeltaxis in ihre Richtung, was schon mal eine Stunde dauern kann.

Dafür liefern die Eltern ihr Kind einer Agentur aus. Es ist ein Weg aus der Armut in eine ungewisse abhängige Zukunft, in der sich die „Kosten ,rentabilisieren“ – für die Manager. Drei seien heute zwischen 15 und 17 Jahren, spielten in der Regionalliga. Die Agentur sorge für die sportliche Betreuung und Entwicklung gegen eine saftige Beteiligung am Salär, auch am zukünftigen. Wie lange dauert wohl die Verpflichtung? Zehn Jahre, ein Sportlerleben? Ein 21-Jähriger spiele bereits in der 2. Nationalliga. Er mache sich bereits bezahlt. Die Größenordnung sei flexibel, aber die Höhe blieb unausgesprochen: Geschäftsgeheimnis.

Samuel selbst spare auf eine Fortbildung, um an einem internationalen Wettbewerb des Weltfußballverbandes FIFA teilzunehmen, den FECAFOOT (die nationale Sportorganisation wie der DFB in Deutschland) in Jaunde jährlich ausschreibt. Um den „concours“ zu meistern und für das nach der FIFA-Fortbildung winkende internationale anerkannte Diplom als „Agent sportif“ (in etwa Sportdirektor) müsse er eineinhalb Jahre an der Sport Business Academy in Paris studieren. Danach könne er sich selbständig machen und an die äußerst lukrativen Jobs kommen. Die Kursgebühr der Akademie in Paris von gegenwärtig 3 100 Euro habe er bald zusammen, aber das Leben dort ... Er könnte auch den Kurs als „educateur sportif“ (Sporterzieher), als Videoanalytiker oder als „Recruteur Football“ (Talentcout) belegen, aber er wolle lieber Sportdirektor werden, am liebsten bei einem großen Fußballclub in Europa. Dafür spare er – Fußball sei seit seiner Kindheit sein Leben, auch wenn sein Sport kommerzielle Züge aufweise, die ihm nicht gefallen. Da komme ich trotz alledem nicht umhin, Samuel Glück zu wünschen.

Georges Hallermayer
Sarreguemines/Schwerte

Trügerische Harmonie

Die extreme Rechte erhält in Portugal Auftrieb

Am 24. Januar stimmen die über neun Millionen wahlberechtigten Portugiesen über ihr Staatsoberhaupt während der kommenden fünf Jahre ab. Im politischen System des iberischen Landes nimmt der Präsident eine Vermittlerrolle ein, die über die repräsentative Funktion des Amtes hinausreicht. So kann er etwa das Parlament auflösen oder mit seinem Veto Gesetze blockieren. Aller Voraussicht nach wird der bisherige Staatschef Marcelo Rebelo de Sousa bereits im ersten von zwei möglichen Wahlgängen spielend die nötige absolute Mehrheit für eine zweite Amtsperiode erhalten. Der ausgleichend-leutselige Konservative besitzt eine landesväterliche Popularität, die das Rennen für die anderen sieben Kandidaten nahezu aussichtslos macht. Der Zusammenarbeit der seit 2015 regierenden sozialdemokratischen Sozialisten (PS) mit den tolerierenderen Parteien links von ihr hat „Marcelo“, wie er in Portugal allgemein genannt wird, keine Knüppel zwischen die Beine geworfen. Diese seit den Wahlen 2019 nicht mehr förmliche Kooperation hatte einige soziale Verbesserungen ermöglicht. Nun dürfte die durch die Corona-Einschränkungen ins Rollen gebrachte wirtschaftliche und soziale Krise das Bedürfnis der Portugiesen nach politischer Stabilität und Kontinuität noch gestärkt haben.

Besonders hart hat es Portugals Tourismusindustrie getroffen, die mit ihrem Aufschwung in den vergangenen Jahren stark zur wirtschaftlichen Erholung des Landes nach langer Talfahrt beitrug. Die Zahl der Besucher aus dem europäischen Ausland sank 2020 rapide, die aus Übersee blieben nahezu ganz weg. Relativ glimpflich kam noch die Urlaubsregion Algarve davon, während Lissabon und der deutlich stärker von der Pandemie betroffene Norden erhebliche Rückgänge erlebten. Allein die Hotels verzeichneten im vergangenen Jahr einen Rückgang der Einnahmen um 80 Prozent. Viele Jobs, nicht nur im Gastgewerbe, haben sich in Luft aufgelöst, die offizielle Arbeitslosenrate stieg auf annähernd acht Prozent. Löhne und Gehälter sind ohnehin niedrig, prekäre Beschäftigung ist verbreitet. Nicht einmal jeder zweite Erwerbslose hat Anspruch auf Arbeitslosenhilfe. Im dritten Trimester des Jahres ging Portugals Bruttoinlandsprodukt nach einer wirtschaftlichen Erholungsphase im Sommer noch einmal um knapp sechs Prozent zurück. Die eigentliche Pleitewelle kleiner und mittlerer Unternehmen steht aber auch hier mit dem Ende von Überbrückungshilfen erst noch bevor.

Die Minderheitsregierung von António Costa ist, auch angesichts der strukturellen Probleme des exportabhängigen Landes, nun stark auf Gelder und Kredite aus dem Corona-Hilfspaket der Europäischen Union angewiesen. Die wirtschaftliche und politische Abhängigkeit Portugals von den EU-Schwergewichten wird damit wieder zunehmen, auch wenn der EU-Ratsvorsitz turnusmäßig zu Jahresbeginn von Berlin zu Lissabon wechselte.

Im Rennen um Portugals höchstes Staatsamt haben Costas Sozialisten schon vor der Startlinie die Segel gestrichen. Der Verzicht der PS auf jedwede Wahlempfehlung kommt einer für das amtierende Staatsoberhaupt von der rechtsliberalen PSD gleich. Die Kandidatur der Sozialistin Ana Gomes mit maoistischer Jugendsünde und langer Karriere im diplomatischen Dienst, von 2004 bis 2019 PS-Abgeordnete im Europaparlament, wird also von der eigenen Parteiführung nicht unterstützt. Gomes, die zum linken PS-Flügel gehört, kann sich trotz eines sehr bescheidenen Etats für ihre Kampagne Hoffnungen auf das zweitbeste Ergebnis bei den Präsidentschaftswahlen machen. Den Verzicht der PS auf eine eigene Kandidatur kritisiert sie als Entwertung dieses demokratischen Prozesses. Ebenso die enge Anlehnung des Premiers an den konservativen Präsidenten. Ohne ihren Antritt gebe es „keinen Kandidaten aus dem Feld des Demokratischen Sozialismus“, so Gomes.

Sechs weitere Kandidaten vervollständigen das Feld, drei davon fallen unter „ferner liegen“. Vom rechten Rand aufrollen möchte es der Chef und einzige Parlamentsabgeordnete der rechtsradikalen Partei Chega, André Ventura. Bereits Ende Februar 2020 hatte er seine Kandidatur angekündigt. Ventura geht mit Nationalismus, Geschichtsrevisionismus, Hetze gegen Minderheiten und Einwanderer und populistischen Stammtischparolen auf Stimmenfang. Der Jurist und TV-Sportkommentator Ventura begann seine politische Karriere in der PSD. Im April 2019 gründete er die auf ihn zugeschnittene, angeblich gegen „das System“ opponierende Chega, eine portugiesische Entsprechung zur AfD mit deutlicher Nähe zu faschistischen Gruppierungen. Bei den Europawahlen im Mai 2019 konnte Chega noch nicht punkten. Begünstigt vom portugiesischen Wahlsystem gelang Ventura jedoch im Herbst desselben Jahres in Lissabon der Sprung in die Versammlung der Republik. Das verschaffte ihm ein Plus an Öffentlichkeit. Seine Kandidatur bezeichnet er als „erste gegen das Regime“ seit dem Sturz der klerikal-faschistischen Diktatur am 25. April 1974. Ventura gibt sich überzeugt, daß er ein „exzellentes Ergebnis“ erzielen und in eine Stichwahl gegen Präsident Marcelo einziehen wird.

Tatsächlich dürfte diese Wahl den Rechtsradikalen einen weiteren Zuwachs an Bedeutung bescheren. Dazu trägt die Normalisierung der Extremisten durch die bürgerlichen Oppositionsparteien bei. Nachdem die Sozialistische Partei Ende Oktober bei den Regionalwahlen auf den Azoren ihre absolute Mehrheit verlor, schloß die PSD dort einen Pakt zur Regierungsbildung mit Hilfe von Chega, die es knapp ins Regionalparlament geschafft hatte.

Sympathien für rückwärtsgewandte Kräfte lassen nicht nur der rechte Flügel der PSD und ihr Vorsitzender Rui Rio erkennen,

auch Teile der portugiesischen Medien wirken dabei als Verstärker. Auch in Portugal sind Teile der Bevölkerung anfällig für autoritäre Politikkonzepte und in den Sicherheitsbehörden findet sich rechter Korpsgeist. Im Dezember mußte der Chef des Zoll- und Grenzschutzes (SEF) wegen des Skandals um den Tod des Ukrainers Ihor Homeniuk am 11. März 2020 auf dem Lissaboner Flughafen zurücktreten. Der 40jährige, der ohne Visa einzureisen versucht hatte, war von SEF-Inspektoren so schwer mißhandelt worden, daß er starb.

Den Wählern fortschrittliche Alternativen bieten der plurale Linksblock (BE) und die ebenfalls im Parlament in Fraktionsstärke vertretene Kommunistische Partei (PCP) an. Für den „Bloco“ tritt bei den Präsidentschaftswahlen, wie bereits vor vier Jahren, ihre Spitzenpolitikerin Marisa Matias an. Vor fünf Jahren hatte die Europaparlamentsabgeordnete bei den Präsidentschaftswahlen jede zehnte gültige Stimme erhalten. Matias dürfte erneut ein respektables Ergebnis erzielen. Darauf hofft auch der Vizevorsitzende der Linksfraktion im EU-Parlament (GUE/NGL) João Ferreira. Auf dem 21. Kongreß der Marxisten-Leninisten im November 2020 war der 42jährige Biologe in die Politische Kommission des Zentralkomitees der PCP gewählt worden.

Generalsekretär Jerónimo de Sousa, seit 2004 im Amt, wurde auf dem Parteitag wiedergewählt. Er war, jetzt 73jährig, 2006 auch einmal als Präsidentschaftskandidat für die PCP angetreten. Im März begeht Portugals älteste Partei ihren 100. Gründungstag.

Peter Steiniger

Am 5. Januar beging der marxistische Rechtswissenschaftler und -philosoph, das Mitglied des „RotFuchs“-Fördervereins,

Professor Dr. Hermann Klenner

seinen 95. Geburtstag. Er hat ein wahrhaft enzyklopädisches Werk vorgelegt, das Hunderte Artikel und zahlreiche eigene Bücher umfaßt. Über Jahrzehnte hinweg gab er wichtige rechtsphilosophische Schriften der europäischen Neuzeit heraus, die für das Verständnis des Marxismus enorm hilfreich sind.

Vorstand und Redaktion danken dem Jubilar für seine herausragende wissenschaftliche Arbeit und seine klare politische Haltung an der Seite des „RotFuchs“.

Eine politische Dummheit

Der Denkmalsturz zu Prag: Die Statue eines sowjetischen Befreiers wurde beseitigt

Am 3. April 2020 wurde in einem nördlichen Randbezirk Prags das Denkmal des sowjetischen Marschalls Iwan Konjew auf Initiative des Bezirksbürgermeisters Ondrej Kolař durch einen Mehrheitsbeschluss des Stadtbezirksrates abgebaut, nachdem es beschmiert worden war.

Das ist nicht nur eine moralische Unverschämtheit, sondern auch eine prononcierte politische Dummheit.

Jenes Denkmal, von tschechischen Bildhauern erschaffen, war zum 35. Jahrestag der Befreiung Prags 1980 aufgestellt worden. So stand es 40 Jahre und hat sogar die Bilderstürme der tschechischen „Wende“ überstanden. Nicht zu Unrecht, denn der Marschall hatte sich nicht nur als Heerführer, sondern auch aus zivilisatorischer und kulturhistorischer Sicht einen Namen gemacht. Unter seinem Befehl wurden die Konzentrationslager Auschwitz und Theresienstadt befreit und die alte polnische Königsstadt Krakau vor der geplanten Zerstörung bewahrt. Vor allem seinem geschickten und schnellen Eingreifen war es zu verdanken, daß in Prag die SS „das Nest nicht niederbrennen“ und trotz erheblicher Zerstörungen in der historischen Innenstadt eine Perle europäischer Kultur gerettet werden konnte. Den einmarschierenden Rotarmisten und dem Marschall wurde von den Pragern überschwänglich gedankt, wovon zahlreiche Filmaufnahmen zeugen.

Nun wollte der junge Aufsteiger Kolař (36) mittels westlich initiiertem Russophobie sich der Sache bedienen und das eigene Profil politisch schärfen. Das hätte er, ein Anwalt, der in einigen ausländischen Einrichtungen akademisch Staub gewischt hatte, angesichts der tschechischen Geschichte lieber lassen sollen. Wann immer es Aktionen des Westens gab, haben sie sich nachhaltig zu Ungunsten der Tschechen ausgewirkt. Erinnerung sei an die Verbrennung des Nationalhelden Jan Hus, den deutschen Kreuzzug gegen die husitischen Tschechen, die Okkupation durch die Habsburger mit Beschuß Prags 1848, die Angriffe der sudetendeutschen Faschisten, den Verrat der Westmächte 1938 und 1939 und die Besetzung durch Hitlerdeutschland. Westlichen Wünschen nachzugeben, kostete den Tschechen 1938 ihre Souveränität, 1939 ihre Staatlichkeit und bis Kriegsende noch eine halbe Million Tote.

Das alles bewirkte eine prorussische Haltung unter den meisten Tschechen, die zwar 1968 getrübt, aber doch noch lebendig blieb. Die ČSR war das einzige osteuropäische Land, das mit der Sowjetunion 1935 einen militärischen Bündnisvertrag abgeschlossen hatte. Der wurde durch die tschechoslowakische Exilregierung 1941 und 1943 reaktiviert. Dank dessen konnten 80 000 Tschechen und Slowaken als eigenes Armeekorps an der Seite der Roten Armee an der Befreiung ihres Landes teilnehmen. Tschechische T-34 Panzer rollten gleich nach den sowjetischen in Prag ein. Bis heute sind bedeutende Ufermagistralen

an der Prager Moldau nach deren Offizieren und Helden der Sowjetunion (General Ludwik Swoboda, Hauptmann Otokar Jaroř) benannt. Nachdem der tschechische Staatspräsident und Teile der tschechischen Öffentlichkeit diesen Denkmalsturz verurteilt oder kritisiert hatten, wurden Kolař offenbar die Knie weich. So machte er der russischen Botschaft das Angebot, das Denkmal bei sich aufzustellen. Doch das hätte Monate vorher und als Geschenk – und mit einer plausiblen Begründung – deklariert werden müssen. Auch



die Versuche, die Proteste gegen den Denkmalsturz russischen Initiatoren anzulasten, wurde vom Innenministerium nicht bestätigt. Angesichts dessen, daß das Denkmal auch noch 30 Jahre nach dem Sturz der Kommunisten stand, ist Kolařs Argumentation, die Bevölkerung wolle das nicht, weder glaubhaft noch ernstzunehmen.

Nun wird von ihm und von Radio Prag kolportiert, daß Marschall Konjew den sogenannten Ungarn-Aufstand 1956 niedergeschlagen und die DDR-Maßnahmen zur Sicherung der Staatsgrenze am 13. August 1961 („Mauerbau“) sekundiert hätte. Auch hier ignoriert Kolař historische Tatsachen. Bilder von aufgehängten, verstümmelten und verbrannten ungarischen Kommunisten gingen um die Welt und stießen bei den Tschechen und Slowaken auf keine Sympathie. Sie hatten auch nicht vergessen, daß sich jene, gegen die nun Sowjetsoldaten zogen, mit den Deutschen vor 17 Jahren aktiv an der Zerschlagung der ČSR beteiligt hatten. Unter den meisten tschechischen und slowakischen Menschen gab es zur Niederschlagung des Aufstandes in Ungarn eine breite Zustimmung. Angesichts des Festhaltens der BRD am Münchener Abkommen und den revanchistischen Forderungen der sudetendeutschen Landsmannschaften gegenüber der ČSR wurde auch die Berliner Abwehrmaßnahme vom 13. August 1961 von der Bevölkerungsmehrheit mit Erleichterung aufgenommen. Derartige Dinge sprächen also mehr für den Marschall.

Man kann davon ausgehen, daß es mit der politischen Profilierung Kolařs schwierig

werden dürfte, denn er hat gegen einen mehr oder weniger ausgeprägten und von der Mehrheit der Tschechen getragenen nationalen Konsens verstoßen: Rußland und die Russen sind hier nicht unbeliebt. Nicht von ungefähr suchen hier tausende russischer Immigranten eine neue Heimat. Russisch spricht man gern und als russisch Sprechender wird man zuvorkommend behandelt.

Dem offiziellen Prag ist die Sache peinlich und in den Kommentaren von Radio Prag spürt der aufmerksame Hörer sogar Ansätze von Mißbilligung. Faktisch ist es auch ein Bruch des russisch-tschechischen Vertrages über gute Nachbarschaft von 1993.

Mit diesem Mißgriff hat der aufsteigende und in seiner Partei führende Politiker gegen Traditionen, Prinzipien und Praktiken seiner eigenen Partei verstoßen. Die „TOP 09“ (TOP steht für Tradition, Verantwortung, Wohlstand) ist eine Modifizierung der 1919 gegründeten christdemokratischen konservativen Tschechischen Volkspartei (ČSL), die seither an den meisten Regierungen – selbst unter den Kommunisten – beteiligt war. Sie stand weit rechts, doch war nie antirussisch. Die Würdigung der sowjetischen Befreiungstat im Zweiten Weltkrieg wurde nie in Frage gestellt. Sie ist heute eine der bedeutenden vier Parteien, kann aber nur um die zehn Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinigen. Allein in Prag und Umgebung ist sie führend und in der EVP des EU-Parlaments gut etabliert.

Es sind nicht nur die Traditionen, die auch heute ein sachliches Verhältnis zu Rußland bestimmen, sondern auch nüchterne Kalkulationen. Bislang waren es neben den Deutschen russische Touristen, die in Prag viel Geld ausgegeben hatten. Durch die EU-Sanktionen gingen deren Zahlen rapide zurück, was vor allem in der Gastronomie zu erheblichen Einbußen führte. Eine weitere Verschlechterung der Lage durch aktivistische Parteifunktionäre kann daher nicht erwünscht sein. Inzwischen versucht der tschechische Außenhandel, in Rußland verlorene Absatzmärkte wiederzuerlangen. Aktivitäten der geschilderten Art stören hierbei erheblich.

Wie wird dieser Denkmalsturz von den anderen Parteien der Konservativen Fraktion des EU-Parlaments aufgenommen? Die Befreiungstat der UdSSR wurde von den westeuropäischen Konservativen immer gewürdigt. Man weiß: Winston Churchill und Charles de Gaulle hatten Marschall Konjew immer gelobt ...

Derartige Vorstöße sind nur jenen von Nutzen, die sich mit der Befreiung der ČSR, seinen Nachkriegsgrenzen und der Aussiedlung der Sudetendeutschen nie abgefunden hatten. Eingedenk des offiziellen Festhaltens Tschechiens an der Aussiedlung der Deutschen widerspräche das streng genommen auch den Intentionen der tschechischen Staatsraison.

Dr. Holger Michael
Erkner

Dialektik der Krise

Türkei: Erdogan und die internationale Dimension seiner Politik

Die Krise und die Türkei sind wie eine Zwillinge. Die jüngste Geschichte des Landes war gekennzeichnet von innenpolitischen Verwerfungen, in deren Folge es die Möglichkeit eines demokratischen Machtwechsels gegeben hatte. Dann haben stets die in den USA ausgebildeten Generäle mit wohlwollender Zustimmung der NATO geputscht, die bürgerlichen Regierungen gestürzt und die demokratischen Kräfte, darunter die Linke und die Gewerkschaften, gewaltsam unterdrückt. Wenn danach eine relative Stabilität, d. h. Friedhofsruhe, hergestellt war, haben sie der bürgerlichen alten und unfähigen Elite den Weg zur Regierungsübernahme wieder freigemacht.

Am 12. September 1980 putschte das Militär zum dritten Mal, nun unter General Kenan Evren. Nach der Machtübernahme ließ er sich für sieben Jahre zum Staatspräsidenten wählen. Als der damalige Bundespräsident der BRD Richard von Weizsäcker in Mai 1986 das Land besuchte, ließ er zur Freude des Putschisten verlautbaren, daß die Demokratie dort Fortschritte mache und plädierte für einen Beitritt der Türkei zur Europäischen Union. Die Generäle hatten am 6. November 1983 Parlamentswahlen und die Rückkehr zur zivilen bürgerlichen Demokratie zugelassen. Im Jahre 1994 wurde das Land aber durch eine schwere Währungskrise und Rezession erschüttert. Aufgrund jahrzehntelangen Versagens sowohl der bürgerlichen Parteien als auch der Generäle, die elementaren Bedürfnisse des Volkes annähernd zu befriedigen, wurde der Weg für die konservativ islamistischen Kräfte geebnet. Im März 1994 eroberte die Refah Partisi (RP, Wohlfahrtspartei), die zur ultraislamistischen Milli-Görüs-Bewegung gehörte, bei den Kommunalwahlen die Metropolen Istanbul und Ankara. Im Dezember 1995 wurde bei einer vorgezogenen Neuwahl die RP mit 21,4 Prozent der Stimmen stärkste Partei im Parlament. Necmettin Erbakan, Gründer von Milli Görüs, wurde Regierungschef. Als er die Islamisierung der Türkei sowohl im innen- als auch im außenpolitischen Bereich einleitete, wurde er von den Generälen zum Rücktritt gezwungen.

Am 3. November 2002 gewann die islamistische Adalet ve Kalkınma Partisi (AKP, Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung) die Parlamentswahlen. Ihr Parteivorsitzender Recep Tayyip Erdoğan übernahm im März 2003 das Amt des Ministerpräsidenten. Er hatte aus dem Rauswurf von Erbakan seine Lehren gezogen und ließ zwischen 2003 und 2005 eine Reihe von liberalisierenden Reformpaketen verabschieden. Sein Wirtschaftsreformprogramm von 2001 führte zu einer spürbaren Verbesserung der ökonomischen Lage des Landes. In der deutschen Presse wurde die AKP sogar mit der CDU verglichen. Aber man hatte den schlaue taktierenden Erdoğan nicht richtig eingeschätzt. „Die Demokratie ist nur der Zug, in den wir einsteigen, bis wir am Ziel sind.“ Diese Worte aus einem Gedicht

rezitierte der heutige Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan in einer Rede im Jahr 1998. Damals war er noch Bürgermeister von Istanbul. Als er seine Position gefestigt hatte, ließ er die säkularen kemalistischen Generäle einen nach dem anderen durch seine Anhänger ersetzen. Er traute sich sogar, sie zur Rechenschaft zu ziehen und verhaften zu lassen, auch General Kenan Evren wurde 2014 zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt. Nach dem Muster des Reichstagsbrandes vom 27. Februar 1933 in Berlin fand in der Türkei am Abend des 15. Juli 2016 ein Putsch eines kleinen Teils des Militärs statt. Bomben trafen nicht den Hauptsitz der Regierung und des Präsidenten, sondern das Parlament und das Polizeihauptquartier. Dabei wurden etwa 250



Präsident der Türkei: Recep Tayyip Erdoğan

Menschen getötet und 2 000 verletzt. Erdoğan macht seinen einstigen Verbündeten, den in den USA lebenden Prediger Fethullah Gülen, dafür verantwortlich. Der Aufstand wurde erwartungsgemäß niedergeschlagen.

Er war der Anlaß, den Erdoğan brauchte, um seine Gegner gnadenlos zu verfolgen. Sein Innenminister Süleyman Soylu gab der staatlichen Nachrichtenagentur Anadolu zu Protokoll, daß bis Ende November 2020 insgesamt 292 000 Menschen bei Einsätzen gegen die Gülen-Bewegung festgenommen und 96 000 verhaftet worden seien. 337 Menschen wurden zu lebenslangen Haftstrafen verurteilt, 60 weitere hätten Gefängnisstrafen zwischen sechs und knapp 17 Jahren erhalten. Trotz aller Versuche, das Regime zu stabilisieren, scheint es nunmehr, daß die goldenen Zeiten des politischen Islam und damit von Erdoğan vorbei sein könnten. Von der anfänglichen Begeisterung seiner Anhänger ist nicht viel übriggeblieben. Immer mehr Menschen sind mit dem autoritären Regierungsstil von Erdoğan unzufrieden. Es wächst der Widerwille gegen seine Partei, die AKP, und sogar gegen die islamische Religion. Selbst Führungsmitglieder und Kampfgefährten Erdoğan haben die Partei schon verlassen. Zum Beispiel sind der frühere Ministerpräsident Ahmet Davutoğlu und der langjährige Wirtschaftsminister Ali Babacan aus der AKP ausgetreten und haben neue Parteien gegründet. Auch der seinerzeitige Staatspräsident Abdullah Gül, ehemals führender Funktionär

der AKP, unterstützt jetzt die Opposition. Der Parlamentsabgeordnete und Vorsitzende der Menschenrechtskommission, Mustafa Yeneroğlu, äußerte sich ungewöhnlich kritisch zur Politik Erdoğan's: „Ich konnte meinen Kindern nicht mehr ins Gesicht sehen, ohne mich zu schämen – deshalb bin ich aus der AKP ausgetreten. Wir haben es hier mit Machthabern zu tun, die völlig unkontrolliert und trunken von ihrer Macht jedes Unrecht begehen, um an der Macht festzuhalten.“ (Deutschlandfunk, 15. Juni 2020). Auch in der Wählergunst ist die AKP von einst 50 Prozent in jüngsten Umfragen auf 30 Prozent abgesackt. Seit zwei Jahren kann sie nur noch im Bündnis mit den rechten Nationalisten regieren – und selbst dieses Bündnis erreicht in Umfragen aktuell keine Regierungsmehrheit mehr.

Obwohl Erdoğan hunderte Gymnasien in religiöse Koranschulen umwandeln ließ, fallen die türkischen Jugendlichen zunehmend vom Glauben ab. Der Anteil der islamisch-konservativ Menschen zwischen 15 und 29 Jahren hat sich laut einer Langzeitstudie des Meinungsforschungsinstituts Konda im letzten Jahrzehnt halbiert. „Selbst die Kinder frommer Familien fühlen sich nicht mehr zur islamischen Bewegung oder irgendeiner Form von Islamismus hingezogen.“ (Deutschlandfunk, 15. Juni 2020). Nur 20 Prozent der Jugendlichen sagen, daß sie fromm seien. „... Weil das Regime die Religion nutzt, um sein Tun zu rechtfertigen, führt der Widerwille gegen das Regime zu einem Widerwillen gegen die Religion selbst“, stellte der türkische Autor Mustafa Akyol fest, der in seinem Buch „Islam without extremes“ für einen liberalen Islam plädierte und heute an der Denkfabrik Cato Institute in Washington forscht. (Deutschlandfunk, 15. Juni 2020).

„Die größte Wirtschaftsnation im Nahen Osten leidet unter Arbeitslosigkeit (20 Prozent im Jahre 2020), einer extrem hohen zweistelligen Inflationsrate, hohen Importüberschüssen und Defiziten in der Leistungsbilanz. Staat und Betriebe haben sich in hohem Maße in fremder Währung verschuldet“, schreibt die FAZ im November 2020. Und setzt fort: „Keine Währung eines mit der Türkei vergleichbaren Schwellenlandes hat sich so miserabel entwickelt wie die türkische Lira. 2020 hat sie mehr als ein Drittel ihres Wertes gegenüber dem Dollar und dem Euro verloren. In den letzten zwei Jahren sogar 81 Prozent.“

Sowohl Humankapital als auch Teile des Finanzkapitals verlassen das Land. Im Laufe vergangenen Jahres flossen, der FAZ zufolge, „7,6 Milliarden Dollar an Kapital ab. Die Staatsschulden in Fremdwährungen stiegen um 155 Prozent an“. Der Tourismus, einer der Hauptpfeiler der türkischen Wirtschaft, ist, u. a. auch durch die Corona-Krise, faktisch zum Erliegen gekommen.

Erdoğan versucht nun, die allgemeine innenpolitische Krise zu kanalisieren, indem er außenpolitisch aggressiver auf vielen Schauplätzen agiert.



Nach dem Verrat von Michael Gorbatschow und dem Ende der Sowjetunion entstanden in Mittelasien und im Kaukasus unabhängige turkstämmige Staaten. Dies sah der vom Neo-Osmanismus getriebene Erdoğan als eine Chance für sich, um als Führer der Turkvölker, den Türkmenbaschi zu spielen. Doch die mittelasiatischen und kaukasischen Potentaten ignorierten die Ambitionen vom Bosphorus. Das war die erste außenpolitische Niederlage Erdoğan's.

Als der Islamist Mohammad Mursi bei den ersten freien Präsidentschaftswahlen Ägyptens im Juni 2012 zum Staatspräsidenten gewählt wurde, versuchte Erdoğan, anknüpfend an die Herrschaft der Osmanen, dort an Einfluß zu gewinnen. Mursi wurde jedoch am 3. Juli 2013 nach tagelangen Massenprotesten gegen seine Politik durch einen Militärputsch unter der Führung des Militärratschefs General Abd al-Fattah as-Sisi abgesetzt und inhaftiert. Das war die zweite herbe außenpolitische Niederlage Erdoğan's, die noch lange nachwirkt. Die türkische Armee ist im Rahmen des US-NATO-Einsatzes in Afghanistan aktiv. Selbst wenn nur als Taschenträger der USA, aber Hauptsache, man ist dabei.

Seit dem Sturz von Muammar Gaddafi durch die NATO-Allianz im Jahre 2011 ist Libyen Schauplatz geopolitischer Interessen geworden. Auch hier will Erdoğan als Mitspieler seine Rolle wahrnehmen. Türkische Drohnen, Luftabwehrsysteme und Söldner haben das Blatt im Libyen-Konflikt gewendet und die zuvor abgeschriebene Tripolis-Regierung von Fajis al-Sarradsch das Überleben zumindest vorläufig gesichert. Seitdem sind türkische Militärberater vor Ort. Erdoğan hat es sich zum Ziel gesetzt, an der nordafrikanischen Küste einen militärischen Stützpunkt zu errichten und dort im Bereich der bewaffneten Drohrentechnik zu einem Marktführer aufzusteigen und seine Systeme an aufstrebende „Dritte-Welt-Länder“ zu verkaufen. Die türkische Außenpolitik setzt damit neue Akzente, um den begehrten Status als global player zu verwirklichen und ihre hegemonialen Bestrebungen neu zu artikulieren. Da die Machtverhältnisse in Libyen zwischen dem nur in der Hauptstadt Tripolis herrschenden Fajis al-Sarradsch und dem in der Sowjetunion ausgebildeten General Khalifa Haftar, der große Teile des Landes kontrolliert und von Ägypten, den Vereinigten Arabischen Emiraten,

Rußland und Frankreich unterstützt wird, noch nicht geklärt sind, kann von einem endgültigen Erfolg Erdoğan's bisher kaum gesprochen werden.

In Syrien hat die Türkei die Ambitionen der kurdischen Bevölkerung, dort ihre Autonomie zu erlangen, mit Waffengewalt zunichte gemacht. Aber ihr weiteres Hauptziel, die Regierung von Baschar Hafis al-Assad zu stürzen, wurde durch die Russen gestoppt. Trotzdem hat sich Erdoğan durch das kriegerische Engagement in Syrien und Libyen ermutigt gefühlt, Kriegsschiffe ins Mittelmeer wegen vermuteter Erdgasvorkommen zu entsenden und dem NATO-Land Griechenland mit Krieg zu drohen. Als die EU-Länder moderat reagierten, aber die Franzosen Kriegsschiffe dorthin schickten, machte Erdoğan vorläufig einen Rückzieher. Erdoğan's Strategie ist immer nach demselben Muster gestrickt: Er pokert hoch, und wenn der Druck zu groß wird, lenkt er ein. Auf Drängen Griechenlands beriet die EU Ende Dezember 2020 über Sanktionen gegen die Türkei.

Als Armenien und Aserbaidschan im Oktober 2020 wieder um Bergkarabach kämpften, unterstützte die türkische Armee aktiv Aserbaidschan. Die armenische Regierung hat der Türkei vorgeworfen, an den Gefechten direkt beteiligt zu sein. „Es gibt 150 hochrangige türkische Offiziere, die die Militäroperationen Aserbaidschans leiten“, (dpa, 4. Oktober 2020) sagte der armenische Ministerpräsident Nikol Paschinjan am 4. Oktober des vergangenen Jahres in einer Ansprache an sein Volk: „Das Ausmaß der Offensive ist beispiellos.“ (ebenda).

Der Völkermord an der armenischen Bevölkerung in der Türkei war einer der ersten systematischen Genozide des 20. Jahrhunderts. Er fand im Wesentlichen in den Jahren 1915 und 1916 statt, mehr als 1,5 Millionen Menschen wurden ermordet wurden. Angesichts dessen wäre es mehr als angebracht, sich aus diesem Konflikt herauszuhalten. Aber Erdoğan ist und bleibt ein Machtmensch. Welche Lehren er aus den innen- und außenpolitischen Mißerfolgen zieht, wird die Zukunft zeigen.

Dr. Matin Baraki

Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren des Monats Januar!

Zum 97. Geburtstag

Elisabeth Monsig (Gartz) am 1. Januar

Zum 96. Geburtstag

Paul Fiedler (Berlin) am 13. Januar

Zum 92. Geburtstag

Herbert Kaiser (Teterow) am 9. Januar
Dr. Ulf Franke (Lüssow, OT Karow) am 16. Januar
Dr. Günther Freudenberg (Bernburg) am 24. Januar

Zum 91. Geburtstag

Günter Marx (Berlin) am 5. Januar
Henning Wesarg (Halberstadt) am 12. Januar
Günther Fessler (Hamburg) am 13. Januar
Wilhelm Frank (Hamburg) am 13. Januar
Gerhard Lehmann (Dresden) am 30. Januar

Zum 90. Geburtstag

Wolfgang Pingel (Mesekehagen-Frätow) am 14. Januar

Joachim Herfurth (Raguhn-Jeßnitz) am 17. Januar
Erika Mehnert (Chemnitz) am 20. Januar

Zum 85. Geburtstag

Lothar Hilbert (Langenbogen) am 13. Januar
Ferdinand Goldscheidt (Dresden) am 19. Januar
Erwin Schallenberg (Bergen/Rügen) am 26. Januar

Zum 80. Geburtstag

Jürgen Kählig (Teutschenthal) am 9. Januar
Gerd Pesek (Potsdam) am 9. Januar
Christine Schmidt (Halle) am 20. Januar

Zum 75. Geburtstag

Werner Eichler (Cottbus) am 13. Januar
Margret Scholz (Oschersleben, OT Hornhausen) am 17. Januar
Hannelore Müller (Dalkendorf) am 31. Januar

Zum 70. Geburtstag

Rita Müller (Billigheim, OT Allfeld) am 23. Januar

Zum 65. Geburtstag

Ronald Siegel (Rostock) am 6. Januar
Gabriele Wächter (Lieggarten) am 18. Januar

Zum 60. Geburtstag

René Wittenberg (Leipzig) am 15. Januar

Wie immer gilt unsere Gratulation auch allen anderen Geburtstagskindern des Monats.

WISSENSCHAFTLICHE WELTANSCHAUUNG

Darf ein Materialist Ideale haben?

Vor vielen Jahren hat der damalige „Deutschlandsender“ (später umbenannt in „Stimme der DDR“) eine auch in Westdeutschland gehörte und beachtete Sendereihe mit Vorträgen zu Fragen unserer wissenschaftlichen Weltanschauung ausgestrahlt, deren Manuskripte sich erhalten haben und die wir den Lesern des „RotFuchs“ in einer Auswahl zur Verfügung stellen – inhaltlich wurde nichts verändert, von einzelnen Kürzungen abgesehen. Man kann diese Vorträge lesen als Kapitel eines Geschichtsbuchs (dazu auch immer die Angabe des seinerzeitigen Sendetermins) und zugleich als Einführung in die Grundlagen marxistisch-leninistischen Denkens. Viele auch in den Vorträgen zum Ausdruck kommende Hoffnungen haben sich mit und nach der Konterrevolution von 1989/90 zerschlagen, manche Prognosen haben den Praxistest nicht bestanden – wesentliche Erkenntnisse von Marx, Engels, Lenin und anderen unserer Theoretiker aber haben nach wie vor Bestand, an ihnen halten wir fest, sie wollen wir – auch mit dieser Serie – vermitteln und erneut zur Diskussion stellen.

RF

11. November 1976

„Wir sind die stärkste der Partei'n“ heißt es im Kampflied der revolutionären Arbeiterklasse, der „Internationale“. Was macht die kommunistische Bewegung so stark? Warum konnten die Kommunisten, seit sie sich zum organisierten Vortrupp der Arbeiterklasse zusammenschlossen, all den grausamen und blutigen Verfolgungen durch den Staat des Kapitals standhalten? Woran liegt es, daß die kommunistische Bewegung wie keine politische Kraft vor ihr und keine neben ihr den Gang der Geschichte geprägt hat und auch heute einen wachsenden Einfluß auf das historische Schicksal der Menschheit ausübt? Die Überlegenheit der Partei der Kommunisten über alle anderen politischen Parteien in Vergangenheit und Gegenwart hat mehrere Gründe. Zuallererst ist dies zu betonen: Die kommunistische Bewegung ist eine Bewegung, die den Lebensinteressen der ungeheuren Mehrheit aller Menschen Ausdruck gibt, den Interessen der Arbeiter und aller Werktätigen. Die Stärke der Kommunisten hat aber auch Wurzeln, die im Geistigen, im Ideologischen liegen. Sie sind die einzige Partei, die, weil sie auf der Grundlage eines wissenschaftlich begründeten Programms kämpft, echte Ziele des politischen Handelns formulieren kann. Sie vermag stets die Arbeit und die Kämpfe der Gegenwart mit dem Blick auf die Zukunft zu verbinden, sie lehrt, im sozialistischen Heute das kommunistische Morgen zu erkennen.

Die Kommunisten sind die einzige politische Kraft, die angesichts der unlösbaren Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft, angesichts der tiefen Existenznöte von Millionen und aber Millionen Menschen, angesichts der tödlichen Gefahren, die vom Fortbestand des Imperialismus ausgehen, angesichts der unauflösbaren Krisen dieses Systems, die alle seine Sphären erschüttern, die Ökonomie ebenso wie die Politik, die Kultur wie die Moral – die Kommunisten also sind die einzigen, die den Weg in eine sichere Zukunft begründen, die eine Perspektive zeigen können. Sie antworten auf die Lebensfragen unserer Zeit. Und ihre Antworten, ihre Ziele, die von ihnen entworfenen Perspektiven drücken sich aus in wissenschaftlichen Prognosen. Zugleich – und das ist durchaus kein Widerspruch – tragen sie den Charakter von Idealen. Es sind kommunistische Ideale. Was haben wir darunter zu verstehen?

Nun, diese Ideale haben in keiner Weise Mysteriöses, Idealistisches, sie haben auch überhaupt nichts Utopisches an sich, das irgendwo fern aller Realität läge. Die kommunistischen Ideale sind lebensnah und wirklichkeitsbezogen, sie entspringen den Lebensinteressen des arbeitenden Menschen, und sie haben in der Weltanschauung der Arbeiterklasse, im Marxismus-Leninismus, ihre wissenschaftliche Begründung gefunden. Leonid Iljitsch Breshnew hat im Rechenschaftsbericht an den XXV. Parteitag der KPdSU kommunistische Ideale genannt, von denen eine so gewaltige, den sozialen Fortschritt vorantreibende Kraft ausgeht – Ideale zugleich, die im real existierenden Sozialismus verwirklicht werden. „Uns Kommunisten“, sagte Breshnew, „unseren Hirnen und Herzen ist jener Teil der Welt am nächsten, in dem die kommunistischen Ideale – die Freiheit von Ausbeutung und Unterdrückung, die volle Machtausübung der arbeitenden Menschen, die Entwicklung der sozialistischen Demokratie, das Aufblühen der Kultur und die Hebung des Wohlstands der breitesten Volksmassen, die Gleichheit und Brüderlichkeit aller Völker und Nationalitäten – ihre praktische Verwirklichung finden.“¹

Mancher könnte jetzt fragen, ob man denn im Hinblick auf die eben genannten gesellschaftlichen Verhältnisse und Entwicklungen noch von Idealen sprechen kann; denn sie machen ja gerade die Lebenswirklichkeit, die neue Lebensqualität des Sozialismus aus. Sicher, das Ideal ist immer etwas, das als Idee, als geistiger Entwurf einer angestrebten Zukunft, als Ziel der Gegenwart gedanklich vorausgeht und über sie hinausführt. Wird diese Idee – und auch die Vorstellung, daß eine Gesellschaft ohne Ausbeutung des Menschen durch den Menschen möglich sei, war am Anfang eine Idee und ein Ideal – verwirklicht, wird von der wissenschaftlichen Theorie zur sozialistischen Praxis übergegangen, dann hört selbstverständlich der Kommunismus auf, nur eine Idee zu sein. Er wird Realität. Gleichwohl verliert damit die Theorie vom Kommunismus, verlieren die wissenschaftlichen Ideen seiner Verwirklichung und die kommunistischen Ideale nicht ihre Bedeutung. Schon deshalb nicht, weil ja die Errichtung der kommunistischen Gesellschaftsformation nicht mit einem einzigen revolutionären Schläge und auf dem ganzen Erdball gleichzeitig erfolgt. Was für uns, in unserem Lande und der ganzen um die Sowjetunion gescharten Staatengemeinschaft

lebendige Praxis ist, das bleibt für die werktätigen Menschen der kapitalistischen Länder noch geschichtliche Zukunft, Forderung des Kampfes fortschrittlicher Kräfte, und es hat nicht aufgehört, Ziel und oberste Norm des Kampfes der Kommunisten zu sein. Oder denken wir an die politischen Freiheiten und sozialen Rechte, die der sozialistische Staat garantiert! Gestatten Sie mir, aus dem vom IX. Parteitag der SED beschlossenen Programm zu zitieren. Es heißt hier: „Der sozialistische Staat garantiert allen Bürgern die politischen Freiheiten und sozialen Rechte: das Recht auf Arbeit, auf Erholung, auf unentgeltliche Bildung und Schutz der Gesundheit, auf die materielle Sicherheit im Alter und im Falle von Krankheit oder bei Verlust der Arbeitsfähigkeit; die Gleichberechtigung der Bürger unabhängig von rassischer und nationaler Zugehörigkeit, von Weltanschauung, religiösem Bekenntnis und sozialer Stellung. Er garantiert gleiches Recht für Männer und Frauen in allen Bereichen des staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens.“² Ohne Zweifel tragen diese politischen Freiheiten und sozialen Rechte in dem Teil der Welt, der noch vom Imperialismus beherrscht wird, den Charakter von politischen Forderungen, gesellschaftlichen Zielen und eben auch humanistischen Idealen, um deren Verwirklichung ein erbitterter Klassenkampf geführt wird.

In dem, was ich bislang dargelegt habe, stecken einige wesentliche Bestimmungen des Begriffs des Ideals, speziell der marxistisch-leninistischen Auffassung vom Ideal. Um zusammenzufassen: Ideale sind gedankliche Entwürfe zukünftiger gesellschaftlicher Zustände, sie sind stets aus konkreten gesellschaftlichen Widersprüchen geboren und geben im tiefsten Grunde den Interessen gesellschaftlicher Klassen Ausdruck. Insofern sind sie durchaus eine Form der Widerspiegelung der gesellschaftlichen Realität im Bewußtsein! Aus den Widersprüchen und Entwicklungstendenzen des Gegenwärtigen wird das künftig Mögliche und Notwendige erschlossen. Die Ideale der revolutionären Arbeiterklasse sind gedankliche Vorwegnahme der gesetzmäßigen kommunistischen Zukunft der ganzen Menschheit. Die Ideale gehen als eine mobilisierende geistige Kraft in die ideologischen Triebfedern progressiven und revolutionären gesellschaftlichen Handelns ein.

Unter Ideal haben wir weiter den Inbegriff des Vollkommenen zu verstehen, es bezeichnet das Vorbild menschlichen Strebens, kann

Leitbild des Handelns sein, höchster Ausdruck unseres Wünschens und Sehns. Der Liebende kann im geliebten Partner die Wirklichkeit seines Ideals vom Guten und Schönen entdecken. Wir alle haben erlebt, wie wir uns mit dem Helden einer großen Dichtung, aber auch mit unserem Lehrer, mit dieser oder jener Persönlichkeit aus unserem Arbeitskollektiv, mit dem politischen Kampfgefährten als unserem Vorbild identifizieren, ihm nachzueifern, daß wir so mutig, so selbstlos, so götig, so prinzipienfest wie er werden wollen. Kurz, auch in der Bildung unserer Persönlichkeit, unseres Charakters, unserer moralischen Haltung, unserer politischen Überzeugung ist das Ideal als Vorbild für das eigne Verhalten von tiefer Wirkung.

Offensichtlich also sind Ideale – in welcher Beziehung wir sie auch fassen mögen – von weitreichender gesellschaftlicher Bedeutung. Was Wunder, daß sie auch im politischen und ideologischen Klassenkampf zwischen Imperialismus und Sozialismus eine große Rolle spielen! Man kann ohne Übertreibung sagen, daß die gegnerische Propaganda in all ihren Spielarten, daß bürgerliche Literatur und Filmkunst der imperialistischen Gesellschaft kein reaktionäres Ziel so hartnäckig verfolgen wie das, die kommunistischen Ideale fragwürdig zu machen, sie in den Schmutz zu ziehen, daß sie selbst die humanistischen Ideale aus der progressiven Aufstiegszeit des Bürgertums als naive Illusion abtun, die vorgeblich an der unausrottbaren Grausamkeit, an der Aggressivität und Brutalität der „eigentlichen“ Menschennatur zerbrechen mußten. In Wahrheit ist nicht „der“ Mensch aggressiv, grausam oder brutal! Diese Merkmale kennzeichnen vielmehr heute die politische Praxis einer ganz bestimmten gesellschaftlichen Klasse, der Monopolbourgeoisie, gehören zum Leben

einer ganz bestimmten, untergehenden Gesellschaftsordnung – der kapitalistischen. Genau deren Gebrechen und Laster, deren Inhumanität und Barbarei sollen von ihrem sozial-ökonomischen und politischen Ursprung, von der Herrschaft eben des Monopolkapitals, weit weggerückt, in das Innere des Menschen schlechtweg verlegt werden.

Kommunisten sind Anhänger einer materialistischen Weltanschauung. Aus wissenschaftlicher Sicht könnte nun gefragt werden: Vertragen sich eigentlich konsequenter Materialismus und die Verkündung von Idealen? Sind die Domäne der Ideale nicht gerade die dem Materialismus entgegengesetzten Weltanschauungen, nämlich die Religion und der anderweitige Idealismus, dem doch Idee und Ideal geradezu den Namen gegeben haben? Wollte man manchem bürgerlichem Ideologen glauben, müßte folgendes gelten: Der Materialismus, eine Anschauung, die in der Materie nicht nur das Primäre sieht, den Ursprung und die Quelle des Geistigen, sondern angeblich auch alles Geistige auf das Materielle reduziert, wisse mit den Ideen nichts anzufangen. Er sei recht eigentlich der Feind alles Höheren, Edlen, Feind der geistigen Werte. Der Idealismus dagegen, die Weltanschauung, welche die Welt als Ganzes und auch die Geschichte und das menschliche Leben aus der Idee, dem Göttlichen, einem Weltgeist ableitet, sei folgerichtig auch der Freund und Hüter alles Erhabenen und aller geistigen Kultur. Und weil – damit geht diese Argumentation vom Philosophischen ins direkt Politische, in den Antikommunismus über – die Marxisten Materialisten seien, würden in der von ihnen erkämpften sozialistischen Gesellschaft das Geistige, die Werte der Kunst und Kultur zwangsläufig unterdrückt, und alles sei nur auf das Materielle, die Produktion, die

Ökonomie ausgerichtet. Der Kapitalismus hingegen, in dem jeder Art von Idealismus freier Spielraum gewährt würde, sei folglich eine Gesellschaft, worin den geistigen Werten, insbesondere auch dem Ideal der Freiheit, alle Fürsorge gehörten.

Womit wir es in solcher frommen und zugleich bösen Predigt zu tun haben, ist genau dasjenige, was Friedrich Engels einmal als das „Philistervorurteil gegen den Materialismus“ und als die „Pfaffenverlästerung des Materialismus“ charakterisiert hat. Sie trifft weder den vormarxistischen und schon gar nicht den marxistisch-leninistischen Materialismus. Materialist sein, das heißt nach einem Wort von Friedrich Engels, die Welt so zu nehmen, wie sie ist, in ihrem eignen und nicht in einem erdachten Zusammenhang. Der Materialist geht von der materiellen Wirklichkeit aus, von den Realitäten der Ökonomie, der Politik, von den objektiven Gesetzen der Entwicklung der Natur und der Gesellschaft. Das hindert ihn aber keineswegs, die Rolle des Bewußtseins im gesellschaftlichen Leben anzuerkennen und außerordentlich hochzuschätzen. Und ihre materialistische Philosophie hat die Kommunisten niemals daran gehindert, Ideale ihres Kampfes zu begründen. Im Gegenteil, gerade der Materialismus ihrer ganzen revolutionären Theorie ist der Garant dafür, daß die Ideale keine ohnmächtigen Wunschbilder sind, sondern erreichbare Ziele des politischen Kampfs ausdrücken, gedankliche Entwürfe der kommunistischen Zukunft der ganzen Menschheit.

Anmerkungen

- 1 Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU an den XXV. Parteitag der KPdSU, S. 8 f.
- 2 Programm der SED, S. 41

Die Grippe und die Menschen

1920 erschien in der Schweizer Satire-Zeitschrift „Nebelspalter“ ein Gedicht zur Spanischen Grippe. Sie ziehe, heißt es darin,

„tief schwarz verhüllt“ durchs Land und lasse „rosenrote Jungfräulein und kecke Burschen“ sterben. Und dann schreie „das Volk in seiner Not / Laut auf zu den Behörden: ‚Was wartet ihr? Schützt uns vorm Tod – Was soll aus uns noch werden? (...) Es ist ein Skandal, wie man es treibt / Wo bleiben die Verbote? / Man singt und tanzt, juheilt und kneipt / Gibt's nicht genug schon Tote?‘“. Als die Verbote kommen, ändert das Volk aber seine Meinung:

Und sieh', die Mühe ward belohnt.
Ihr Denken ward gesegnet:
Bald hat es, schwer und ungewohnt,
Verbote nur geregnet.
Die Grippe duckt sich tief und scheu
Und wollte sacht verschwinden -
Da johlte schon das Volks aufs Neu'
Aus hunderttausend Mündern:
„Regierung, he! Bist du verrückt -
Was soll dies alles heißen?
Was soll der Krimskrams, der uns drückt,

Ihr Weisesten der Weisen?
Sind wir den bloß zum Steuern da,
Was nehmt ihr jede Freude?
Und just zu Fastnachtszeiten - ha!“
So gröhlt und tobt die Meute.
„Die Kirche mögt verbieten ihr,
Das Singen und das Beten -
Betreffs des andern lassen wir
Jedoch nicht nah uns treten!
Das war es nicht, was wir gewollt.
Gebt frei das Tanzen, Saufen.
Sonst kommt das Volk – hört, wie es grollt,
Stadtwärts in hellen Haufen!“
Die Grippe, die am letzten Loch
Schon pffiff, sie blinzelt leise
Und spricht: „Na endlich – also doch!“
Und lacht auf häm'sche Weise.
„Ja, ja – sie bleibt doch immer gleich
Die alte Menschensippe!“
Sie reckt empor sich hoch und bleich
Und schärft aufs neu die Hippe.



Noch während der Pandemie sprudelten die Gewinne der größten Konzerne, die Billionen Euro vom Staat erhielten. Wer zahlt die Schulden zurück? Die Hartz-Vierer?

Gewinnsteuer und Besitzsteuer

Montage: Dieter Eckhardt

Engels in der MEGA (Teil 1 von 3)

Im Januar 1921 wurde auf Initiative Lenins vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki) das Marx-Engels-Institut in Moskau gegründet, um systematisch veröffentlichte Werke, Handschriften und Briefe von Karl Marx und Friedrich Engels sowie ihrer Briefpartner zu sammeln. Ab 1924 begannen an diesem Institut die Vorbereitungen zur Herausgabe der ersten vielbändigen russischen sowie der originalsprachigen Ausgabe der Werke von Marx und Engels. Der V. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale 1924 begrüßte dieses Vorhaben und rief dazu auf, die Arbeit des Marx-Engels-Instituts zu unterstützen. Die erste russische Ausgabe erschien von 1928 bis 1941 und bestand aus 28 Bänden (in 33 Büchern).

Von der ersten originalsprachigen Marx/Engels-Gesamtausgabe MEGA1, die im Zusammenhang mit der Herrschaft des Faschismus in Deutschland abgebrochen wurde, erschienen bis 1935 sieben Bände der ersten Abteilung (Werke – außer „Das Kapital“, das die zweite Abteilung bilden sollte), vier Bände der dritten Abteilung (Briefwechsel) sowie ein gesonderter Band mit Engels' Werken „Anti-Dühring“ und „Dialektik der Natur“ sowie 1939 und 1941 Marx' erster Entwurf für sein ökonomisches Hauptwerk unter dem Titel „Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie. Rohentwurf 1857–1858“.

Vom Moskauer Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der KPdSU wurde von 1955 bis 1966 die zweite russische Ausgabe der Werke von Marx und Engels in 39 Bänden (42 Büchern) veröffentlicht. Sie diente hinsichtlich ihrer Gliederung als Vorbild für die erste deutschsprachige Ausgabe der Werke von Marx und Engels (MEW), von der inzwischen 43 Bände im Berliner Dietz Verlag (nun Karl Dietz Verlag) erschienen sind. Von der genannten zweiten russischen Ausgabe erschienen auch noch die Bände 40 bis 50.

Auf der Grundlage dieser beiden Ausgaben wurden vielbändige Ausgaben z. B. in bulgarischer, chinesischer, englischer, französischer, italienischer, japanischer, koreanischer, polnischer, rumänischer und ungarischer Sprache veröffentlicht. Das „Kapital“ und andere Schriften von Marx und Engels gehen trotz der Niederlage, die der Sozialismus 1989/90 erlitten hat, weiter um die Welt. Anderthalb Jahrhunderte nach seinem ersten Erscheinen, im Juni 2013, nahm die UNESCO das „Manifest der Kommunistischen Partei“ und den ersten Band Marx' „Kapital“ in das Dokumentenverzeichnis „Gedächtnis der Menschheit (Memory of the world)“ auf, wodurch die Herausgabe des literarischen Erbes von Marx und Engels zweifellos gefördert wurde.

Eine spezielle Bedeutung kommt der Veröffentlichung einer Ausgabe zu, welche die Werke von Marx und Engels in den Originalsprachen, also nicht nur in deutscher Sprache bietet. Diese Funktion hat die seit 1975 von den Instituten für Marxismus-Leninismus in Moskau und Berlin und seit 1990

fortgesetzt unter der Führung der Internationalen Marx-Engels-Stiftung zu Amsterdam herausgegebene historisch-kritischen Marx/Engels-Gesamtausgabe (MEGA²).

Das literarische Erbe der beiden großen Deutschen Marx und Engels ist so umfangreich, daß – selbst nach Redimensionierung des Plans von 1975 – immerhin noch 114 Bände geplant sind.¹

In der I. Abteilung, welche Werke, Artikel und Entwürfe bietet, enthalten der 3. Band ausschließlich Stücke von Engels bis 1844; die Bände 4 bis 25 Schriften von Marx und Engels und der Band 28 Marx' mathematische Manuskripte (1878–1881). Weitere Werke von Engels füllen die Bände 26 („Dialektik der Natur“), 27 („Anti-Dühring“), 29 („Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats“) sowie die Bände 30 bis 32 Werke, Artikel und Entwürfe, die Engels von März 1883 bis August 1895 geschrieben hat. Engels hatte die Fähigkeit, komplizierte Inhalte auch methodisch so darzulegen, daß sie von breiteren Kreisen leichter verstanden werden konnten.

In der II., der „Kapital“-Abteilung, gäbe es ohne Engels nicht die Bände 12 bis 15 mit seinen Bearbeitungsmanuskripten zu Marx' zweitem und dritten Buch des „Kapitals“.

In der III., der Briefwechsel-Abteilung, gibt es in den Bänden 1 bis 25 Engels' Briefwechsel mit Marx und in 26 bis 35 Engels' Korrespondenz nach Marx' Tod mit dritten Personen.

In der IV. Abteilung „Exzerpte, Notizen, Marginalien“ enthalten die Bände 1 bis 29 und 31 solche Passagen von Engels.

Marx und Engels hatten unterschiedliche Arbeitsweisen. Nach guten und geistreichen Anfängen verfiel Marx mehr und mehr ins erneute Durchdenken; er dachte sozusagen „auf dem Papier“, was zu mehreren Änderungen führte, die in den Variantenverzeichnissen der betreffenden Bände der MEGA² zu Schriftbildern führte, die der Partitur eines Orchesterdirigenten ähneln. Engels dagegen be- und durchdachte erst, notierte sich die Reihenfolge der Gedanken auf relativ kleinen Blättern, Streifen oder Zetteln und schrieb dann flüssig den betreffenden Text.

Als kaufmännisch und militärisch gebildeter Mensch war Engels nicht nur bestrebt, ein gutes Resultat oder Produkt abzuliefern, sondern daßelbe auch zuverlässig bis zu einem notwendigen Termin bereitzustellen.

Es träfe nicht das Wesen der Sache, wenn man die Wirkungsgeschichte von Marx' „Kapitals“ als eine bloße Rezeptionsgeschichte, also einen theoriegeschichtlichen oder ideengeschichtlichen Vorgang bewerten würde. Der Hauptgrund dafür war die zielstrebige Verbindung der von Marx und Engels seit 1843 entwickelten neuen Weltanschauung und ihrer philosophischen, ökonomischen

und politischen Komponenten mit den praktischen Kämpfen der ökonomisch Ausgebeuteten. Im vorliegenden Zusammenhang betrifft das die Gründung der am Programm der Internationalen Arbeiterassoziation (IAA) orientierten Sozialdemokratischen Arbeiterpartei 1869 in Eisenach und vor allem die Herrschaft der Kommune zu Paris von März bis Mai 1871, die August Bebel am 25. Mai desselben Jahres im Deutschen Reichstag mahnend als Kampf in Paris, als „kleines Vortpostengefecht“ für Europa bezeichnete.² Der Aufstand in Paris wurde als Werk der IAA gedeutet (was nicht der Fall war), deren geistiger Führer das „Kapital“ geschrieben hatte. Der führende preußische Historiker Heinrich von Sybel gab ein dreiviertel Jahr später in Vorträgen vor Fabrikanten in Barmen zu bedenken: „Die Forderungen der modernen Socialisten beziehen sich in erster Linie auf eine Umgestaltung des industriellen Lebens. Zugleich aber suchen sie ihre Berechtigung nachzuweisen durch eine neue Auffassung der Grundlagen alles menschlichen Daseins, des Rechtes und des Staates, der Geschichte und der Philosophie.“³

Seit dieser Zeit hielt vor allem Engels Verbindung zu den deutschen Sozialdemokraten. Dabei entwickelte er bis heute bemerkenswerte strategische und taktische Hinweise für Führungen der Arbeiterbewegung. So hat er 1874 auf die Bedeutung einer zielstrebig systematischen Arbeit von Arbeiterführungen hingewiesen: „Man muß den deutschen Arbeitern nachsagen, daß sie die Vorteile ihrer Lage mit seltnem Verständnis ausgebeutet haben. Zum erstenmal, seit eine Arbeiterbewegung besteht, wird der Kampf nach seinen drei Seiten hin – nach der theoretischen, der politischen und der praktisch-ökonomischen (Widerstand gegen die Kapitalisten) – im Einklang und Zusammenhang und planmäßig geführt. In diesem sozusagen konzentrischen Angriffe liegt gerade die Stärke und Unbesiegbarkeit der deutschen Bewegung.“

(...) Es wird namentlich die Pflicht der Führer sein, sich über alle theoretischen Fragen mehr und mehr aufzuklären, sich mehr und mehr von dem Einfluß überkommener, der alten Weltanschauung angehöriger Phrasen zu befreien und stets im Auge zu behalten, daß der Sozialismus, seitdem er eine Wissenschaft geworden, auch wie eine Wissenschaft betrieben, d. h. studiert werden will.⁴

Prof. Dr. Eike Kopf

2 Stenographische Berichte ... des deutschen Reichstages, I. Legislaturperiode, I. Session 1871, Bd. 2, S. 921.

3 Heinrich von Sybel: Die Lehren des heutigen Socialismus und Kommunismus. In: Kölnische Zeitung. Nr. 89 vom 29.3.1872, 3. Blatt.

4 F. Engels: Ergänzung der Vorbemerkung von 1870 zu „Der deutsche Bauernkrieg“, 1874. In: MEW, Bd. 18, 516/517.

1 Siehe Jacques Grandjonc und Jürgen Rojahn: Der revidierte Plan der Marx-Engels-Gesamtausgabe. In: MEGA-Studien. Hrsg. von der Internationalen Marx-Engels-Stiftung (Amsterdam). Heft 1995/2, S. 78.

40 Jahre trug die Jugendhochschule am Bogensee den Namen Wilhelm Pieck

Am 7. März 1946 entstand mit der Gründung der Freien Deutschen Jugend (FDJ) eine einheitliche, von den Parteien unabhängige, antifaschistisch-demokratische Jugendorganisation. Bereits wenige Wochen danach, am 22. Mai 1946, konnte die zentrale Bildungseinrichtung der FDJ am Bogensee in Lanke nördlich von Berlin ihre Tätigkeit aufnehmen.

Im September 2020 jährte sich zum 70. Mal der Tag, an dem sie in Jugendhochschule „Wilhelm Pieck“ umbenannt wurde.

Wilhelm Pieck, seit der Gründung der DDR am 7. Oktober 1949 deren Präsident, bekräftigte mit seinem Einverständnis, daß die höchste Bildungseinrichtung der FDJ künftig seinen Namen tragen darf, erneut seine enge Verbundenheit mit der Jugend und deren politischen Organisation.

In seiner Rede am Tag der Namensgebung sagte er: „Ich werte Euren Beschluß als einen Ausdruck des Vertrauens zur Politik der Deutschen Demokratischen Republik, als eine Bestätigung, daß die Jugend, die Zukunft unseres Volkes, mit ganzem Herzen und jugendlicher Leidenschaft bereit ist, unser Werk des demokratischen Aufbaus und des Friedens tatkräftigst zu unterstützen.“

Um ihrer Verantwortung, Interessenvertreter der Jugend der DDR zu sein, wahrzunehmen und das Handeln von Millionen junger Menschen zu organisieren und politisch zu führen, bedurfte es des Einsatzes beruflich gut ausgebildeter und politisch qualifizierter Kader auf allen Leitungsebenen des Verbandes. Schwerpunkt bildeten vor allem die FDJ-Grundorganisationen in den Großbetrieben und die Sekretariate der Kreis- und Landesleitungen (ab 1952 Bezirksleitungen) der FDJ. Der Jugendhochschule als zentraler Bildungseinrichtung kam dabei eine besondere Aufgabe und Verantwortung zu.

Über 20 Mal suchte Wilhelm Pieck den Bogensee auf und sprach vor dem Kollektiv der Lehrer und Mitarbeiter der Schule und den Teilnehmern unterschiedlichster Lehrgänge. Nicht wenige Lehrgänge wurden von ihm persönlich mit eröffnet. Für ihn war es ein Herzensbedürfnis, in Vorlesungen und Gesprächen seine Erkenntnisse und Erfahrungen aus dem jahrzehntelangen Kampf in

der deutschen und internationalen Arbeiter- und Arbeiterjugendbewegung an die jungen Funktionäre weiterzugeben.

Er forderte von allen, die für die Bildung und Erziehung der heranwachsenden Generationen Verantwortung tragen: „Es ist an der Zeit, daß unsere Jugend nicht mehr Legenden und Mythos als Geschichtsbild vorgesetzt bekommt, sondern die historischen Tatsachen. Es ist an der Zeit, daß die Jugend des werktätigen Volkes den Kampf ihrer Väter und Großväter, den Kampf ihrer Ahnen um Freiheit und soziale Gerechtigkeit erkennen lernt und Lehren für die Zukunft daraus zieht.“ Das ist eine Forderung, die nichts an Aktualität verloren hat.

Den Lehrern und Lehrgangsteilnehmern der Jugendhochschule legte er immer wieder nahe: „... daß für eine gute politische Arbeit ein gründliches Wissen über die gesellschaftlichen Zusammenhänge unbedingte Voraussetzung ist. Ihr alle kennt das Wort von Wilhelm Liebknecht: ‚Wissen ist Macht‘, aber Wissen ist erst dann Macht, wenn dieses Wissen eine wirklich wissenschaftliche Basis hat und richtig angewandt wird. Wir können die Geschichte nur richtig verstehen, wenn wir sie im Lichte des historischen Materialismus betrachten. Die Geschichtsbetrachtung hat nur dann einen Wert für uns, wenn wir uns damit die Gegenwart erklären und den Weg für die Zukunft richtig erkennen.“ („Junge Generation“, Heft 11/1950, S. 495)

Wilhelm Pieck unterstützte die Entscheidung des Zentralrates der FDJ, durch den Aufbau einer Barackensiedlung, die Kapazität an Studienplätze am Bogensee zu erhöhen, die Lehr-, Studien-, Lebens- und Arbeitsbedingungen an der Schule weiter zu verbessern und ab 1951 zur einjährigen Ausbildung der Jugendfunktionäre überzugehen.

Es ist vor allem ein Verdienst Wilhelm Piecks, daß im Rahmen des 1. Fünfjahresplanes der DDR am Bogensee ein völlig neuer und moderner Schulkomplex aufgebaut wurde. Mit den Neubauten wurden Voraussetzungen geschaffen, die es ermöglichten, daß sich die Schule Ende der 50er und zu Beginn der 60er Jahre zu einer nationalen und schließlich auch international anerkannten und geschätzten Ausbildungseinrichtung für Funktionäre des Jugendverbandes der DDR und mit der FDJ befreundeter demokratischer Jugendorganisationen entwickelt hat.

Zwischen ihm und der Leitung der Schule fand auch ein reger Schriftverkehr statt. Vertreter der Schule und der Lehrgänge wurden von ihm zu Gesprächen nach Berlin eingeladen. So empfing Wilhelm Pieck am 1. Dezember 1954 eine Abordnung der Jugendhochschule zu einem mehrstündigen Gedankens- und Meinungsaustausch im Amtssitz des Präsidenten, im Schloß Berlin-Niederschönhausen.

In seinen Bemühungen, mit der Jugendhochschule im ständigen Kontakt zu bleiben, wurde Wilhelm Pieck vor allem von seiner Tochter Elly Winter-Pieck unterstützt.

Wenige Tage vor dem 10. Jahrestag der Umbenennung der Jugendhochschule verstarb Wilhelm Pieck am 7. September 1960. Am 3. September 1960 übermittelte er noch in einem Telegramm dem Kollektiv der Jugendhochschule herzliche Grüße und Glückwünsche aus Anlaß des bevorstehenden Jubiläums. Darin würdigte er die Leistungen der Jugendhochschule als Kaderschmiede des Jugendverbandes und wünschte dem Kollektiv der Schule weiterhin eine erfolgreiche Arbeit.

In einem Nachruf gaben wir das Versprechen ab, das Vermächtnis Wilhelm Piecks zu bewahren und sein Werk fortzusetzen. Lehrer, Mitarbeiter und Studenten mehrerer Generationen waren sich dieser Verantwortung bewußt. Sie haben ihr Versprechen bis zum letzten Tag der Existenz und Tätigkeit der Schule eingehalten.

In Anerkennung jahrzehntelanger erfolgreicher Tätigkeit zeichnete Erich Honecker die Jugendhochschule 1980 mit dem Karl-Marx-Orden, der höchsten Auszeichnung der DDR, aus.

In den 44 Jahren des Bestehens der zentralen Bildungseinrichtung absolvierten zehntausende Funktionäre der FDJ und mit der FDJ befreundeter demokratischer Jugendorganisationen aus über 80 Ländern mit Erfolg ihr Studium. Viele der Absolventen bewerten ihr Studium an dieser politischen Bildungseinrichtung als eine Schule für ihr ganzes Leben. Das Jahr 1990 bedeutete auch für die Jugendhochschule das Aus. Wie so viele Errungenschaften der Jugend und der Bürger der DDR wurde auch die Jugendhochschule Opfer der Annexionspolitik der BRD und liquidiert. Seit zwei Jahrzehnten stehen nun die denkmalgeschützten Gebäude leer und ungenutzt, der Zerstörung und dem Verfall ausgesetzt.

Der Arbeitskreis Geschichte der Jugendhochschule „Wilhelm Pieck“ wird sich auch weiterhin darum bemühen, das Vermächtnis Wilhelm Piecks und die Leistungen und Erfahrungen der Schule weiter zu erschließen, zu dokumentieren, um sie nachfolgenden Generationen zugänglich zu machen.

Das geplante Treffen zum 40. Jahrestag der Umbenennung der Jugendhochschule mußte auf Grund der Corona-Pandemie abgesagt werden. Eine Würdigung der Persönlichkeit Wilhelm Piecks nahmen wir anlässlich seines 145. Geburtstages am 3. Januar 2021 vor und planen eine weitere für den 75. Jahrestag der Gründung der Jugendhochschule am Bogensee im Mai 2021.

Mitstreiter, die uns bei der Verwirklichung unserer Vorhaben unterstützen können, bitten wir, Kontakt zum Arbeitskreis aufzunehmen.

Dr. Dieter Luhn
Berlin

Wir gratulieren unserem „RotFuchs“-Autor, Genossen

Horst Neumann

aus Bad Kleinen zu seinem 80. Geburtstag, den er am 23. Januar begeht. Wir danken Dir, lieber Horst, für Dein Engagement und wünschen Dir für die kommenden Jahre vor allem bestmögliche Gesundheit.

Im Kampf gegen Mussolini

Zur Geschichte der Kommunistischen Partei Italiens (Teil I von zwei)

Nach dem Sieg der Konterrevolution in den sozialistischen Staaten Europas Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre ist eine der Hauptfragen für die heutige kommunistische Bewegung, welche Wege und Mittel zur Stärkung der kommunistischen und Arbeiterparteien unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts notwendig sind. Antworten darauf zu finden ist nicht einfach und auch nicht über rein ökonomische, historische oder politische Betrachtungen möglich, da das Thema zu komplex ist. Untersuchungen auf den genannten Feldern können jedoch Anhaltspunkte bei der Orientierung in dieser Frage geben. Ein dabei sehr interessantes Kapitel ist die Geschichte der Kommunistischen Par-

teien und Grüppchen sowie den Gewerkschaften organisierten Massen des Proletariats. Erst durch einen seiner Nachfolger an der Spitze der Partei, Antonio Gramsci, wurde der Kurs hin zu einer marxistisch-leninistischen Massenpartei eingeschlagen. Unter seiner Leitung setzte sich die Partei von der bürgerlichen Opposition und der PSI im Parlament durch radikalere Forderungen gegenüber den Faschisten erst ab, als diese nach der Ermordung des PSI-Abgeordneten Giacomo Matteotti (1885–1924) den politischen Massenstreik zur Absetzung Mussolinis ablehnten. Die KPI begann daraufhin eine landesweite Agitations- und Informationskampagne, deren Ergebnis u. a. keine rein symbolische zehnmündige Arbeitsniederlegung nach dem Auffinden der Leiche Matteottis war, sondern der Generalstreik einer halben Million Arbeiter in ganz Italien.

Mit der Einführung von Sondergesetzen und dem Übergang von einer von den Faschisten getragenen noch parlamentarisch kontrollierten Regierung hin zur offenen und allumfassenden Diktatur des Faschismus mußte die KPI aber Mitte der 20er Jahre endgültig den Weg in die Illegalität antreten. Das konnte das Wachstum der Partei jedoch nicht verhindern. In jedem größeren Betrieb und jeder größeren Stadt gab es z. B. weiterhin aktiv arbeitende Parteigruppen mit eigenen Zeitungen. Ebenso setzte sich die KPI für die Neugründung von Gewerkschaften in der Illegalität ein, was ihren Einfluß in diesen deutlich erhöhte. Auf diese Weise war sie als einzige dauerhaft landesweit aktive Partei während der späten 20er und 30er Jahre die tragende Stütze des Widerstandes. 1934 und 1937 wurden mit den Sozialisten Abkommen über die Aktionseinheit und die Ziele nach dem Ende des Faschismus beschlossen. 1943 war die KPI treibende Kraft bei den bis dahin größten Massenstreiks des Landes, in deren Folge Mussolini schließlich gestürzt wurde. Innerhalb von rund 20 Jahren hatte sich die KPI zur führenden Kraft der Arbeiterklasse als auch des antifaschistischen Widerstands, der Resistenza, entwickelt.



Demonstration der Resistenza am 25. April 1945

(Foto © controradio)

tei Italiens (Partito Comunista Italiano, KPI). Die KPI wurde am 21. Januar 1921, also vor genau 100 Jahren, gegründet und vor etwa 30 Jahren, am 3. Februar 1991, aufgelöst. Im Laufe ihrer Geschichte schaffte sie es, zu einer der größten Kommunistischen Parteien Europas außerhalb der Mitgliedsländer des RGW, sowie zeitweilig auch zu einer der einflußreichsten Parteien Italiens mit mindestens eineinhalb Millionen Mitgliedern seit 1945 und Wahlergebnissen zwischen etwa 20 Prozent und mehr als 30 Prozent zwischen 1946 und 1989.

Die KPI entstand 1921 als Abspaltung der Sozialistischen Partei Italiens (Partito Socialista Italiano, PSI), jener Partei der Persönlichkeiten wie z. B. Antonio Labriola (1843–1904), einer der frühen Vertreter des Marxismus in Italien, nahestanden.

Die Situation nach dem Ersten Weltkrieg in Italien läßt sich so zusammenfassen: Nachdem sich die herrschende Klasse 1916 mehrheitlich zu einer Teilnahme am imperialistischen Krieg auf Seiten der Entente durchgerungen hatte, stand das Land 1918 trotz seines Status als Siegermacht vor großen ökonomischen und politischen Problemen. Denn Italien war als Industrie-Agrar-Staat mit großem Nord-Süd-Gefälle an seine ökonomischen

Kongreß beschlossen hatte. Eine führende Rolle nahmen dabei Genossen aus dem Umfeld der Zeitschrift „Ordine Nuovo“ (Neue Ordnung) wie Antonio Gramsci (1891–1937) und Palmiro Togliatti (1893–1964) ein. Diese Parteigründung und die revolutionäre Situation insgesamt beantwortete die herrschende Klasse mit der Gründung der faschistischen Partei unter der Führung des ehemaligen PSI-Mitglieds Benito Mussolini (1883–1945) und mit der Übergabe der Macht 1922.

Die Auseinandersetzung mit der faschistischen Diktatur in Form von Opposition und Widerstand als auch mit der Entwicklung hin zu einer marxistisch-leninistischen Partei sollten die Entwicklung der KPI bis 1945 bestimmen. Der bis 1923 amtierende erste Vorsitzende Amadeo Bordiga (1889–1970) legte die Partei in den ersten Jahren ihrer Existenz auf eine gefährliche Linie fest, nach welcher die Partei abseits der gewerkschaftlichen Ebene in keine Einheitsfront gegen den Faschismus eintreten sollte, da dieser nach Einschätzung der Parteileitung unter Bordiga keinen grundlegenden Unterschied zur bürgerlichen Demokratie bedeutete. Die KPI konnte so keine engen Bindungen zum frühen antifaschistischen Widerstand aufbauen, ebenso wenig zu den in PSI, anderen

Parteien und Grüppchen sowie den Gewerkschaften organisierten Massen des Proletariats. Erst durch einen seiner Nachfolger an der Spitze der Partei, Antonio Gramsci, wurde der Kurs hin zu einer marxistisch-leninistischen Massenpartei eingeschlagen. Unter seiner Leitung setzte sich die Partei von der bürgerlichen Opposition und der PSI im Parlament durch radikalere Forderungen gegenüber den Faschisten erst ab, als diese nach der Ermordung des PSI-Abgeordneten Giacomo Matteotti (1885–1924) den politischen Massenstreik zur Absetzung Mussolinis ablehnten. Die KPI begann daraufhin eine landesweite Agitations- und Informationskampagne, deren Ergebnis u. a. keine rein symbolische zehnmündige Arbeitsniederlegung nach dem Auffinden der Leiche Matteottis war, sondern der Generalstreik einer halben Million Arbeiter in ganz Italien.

Silvio Michallek
Berlin

Vorstand und Redaktion gratulieren dem Arzt

Dr. Peter Bär

aus Berlin zu seinem 60. Geburtstag am 21. Januar.

Lieber Peter, unseren Glückwunsch verbinden wir mit dem aufrichtigen Dankeschön für Deine über Jahre gewährte, vielseitige und solidarische Hilfe und Unterstützung des „RotFuchs“-Fördervereins.

GEDANKEN ZUR ZEIT

Bei kritischer Betrachtung

Heute hatte ich meinen nostalgischen Tag, und also habe ich in „Velhagen & Klasing's Monatsheften“ gelesen, alten Jazz gehört und im familiären Nachlaß meiner Eltern gestöbert. In einer mit Seide ausgeschlagenen Schatulle meiner Mutter, unter Postkarten und Briefen, fanden sich zahlreiche alte Fotos, darunter auch eine Daguerreotypie: ein handtellergroßes hochformatiges Stückchen Blech, auf dem ein vergilbtes Passepartout klebte. In dessen Oval war ein sonntäglich angezogener Knabe mit einem Strohhut zu sehen, der auf einem hölzernen Esel ritt, und zwar vor einer von oben nach unten entrollten Kulisse, auf der eine Burgruine trutzte, und darunter stand, mit brauner Tinte und von Hand geschrieben: „Ritter Kuno auf dem Drachenfels bei Königswinter, 3. Februar 1852“.

Möglicherweise war dieser „Ritter Kuno“ der im Alter von 37 Jahren an Silikose verstorbenen Onkel meines Großvaters mütterlicherseits, der als Steinmetz am Kölner Dom gearbeitet hatte. Er hatte den berühmten Drachenfels-Trachyt behauen und war elendiglich erstickt – zur größeren Ehre Gottes, der möglicherweise (die Sache war bis heute nicht geklärt) in der Auswahl seiner Opfer nicht heikel war und ohne erkennbaren Sinn und Verstand gab und nahm, wie es sich gerade fügte oder auch nicht. Was sich nicht fügte, wurde behauen, geglättet, zerschlagen, verworfen oder wieder zusammengesetzt nach Ordnungsprinzipien, die das Chaos ausspie wie Lavabrocken, die erkalteten, erstarrten, zerbarsten und wieder zugrund gingen, zurückkehrten ins Unendliche ...

Meine Mutter – auch von ihr gab's ein Foto – ritt nicht auf einem Esel, sondern saß als bildschöne und verwöhnte junge Frau in einem Strandkorb auf Borkum und hielt einen

Tennisschläger in der Hand, dessen länglich-schlappe Form dermaßen fehlkonstruiert war, daß selbst ein Profi damit in der Vorrunde ausgeschieden wäre. Dazu trug sie einen ebenfalls schlapp wirkenden breitkrempigen weißen Hut mit einer seitlich befestigten Stoffrosenblüte sowie einen plissierten Rock und Spangenschuhe.

Sie hatte eine Ansichtskarte an ihre Eltern geschickt, am 18. Juli 1932, die war frankiert mit einem Miniaturporträt Hindenburgs, das hatte sechs Pfennig gekostet, und die Karte vermittelte die Ansicht des Borkumer Kurhotels sowie den Text des dreistrophigen Borkumliedes, dessen Refrain da lautete: „Doch wer dir naht auf platten Füßen / mit Nase krumm und Haaren kraus, / der soll nicht deinen Strand genießen, / der muß hinaus, der muß hinaus!“ Und was meinen Vater betraf, der hatte weder in einem Strandkorb gesessen, noch war er auf einem Esel geritten, sondern der saß in einer neblig weißen Abenddämmerung auf einem Baumstamm, der waagrecht in den Ladogasee (oder war es der Peipussee?) hinausragte, und von da blickte er sinnenden Auges in eine Sonne, die, matt leuchtend wie eine Kerzenflamme hinter Seidenpapier, weit hinten über dem See unterging, und sein Sinnen war tief, sah er doch zugleich in eine ungewisse ferne Zukunft und gedachte er doch dabei auch seiner Lieben in der Heimat.

Manchmal saß er auch (in der Etappe) in der Villa eines russischen Großfürsten an einem schweren Eichtenschiff und entwarf, da seine zeichnerische Begabung ihn dazu privilegierte, Heldenfriedhöfe, Waldfriedhöfe, Totenhaine, Heldengedenkkreuze, Kriegerdenkmale und überhaupt Denkmale aller Art, mit denen Kaiser und Vaterland ihre Schandtaten

besiegelten, verklärten und ins Religiöse überhöhten – dies vor allem war wichtig, damit ließen Vernunft und Kritik sich am besten ersticken, damit schlug man, selber unschlagbar, dem Volk das Heil um die Ohren und den Sinn mitten ins Gesicht.

Ein Foto in Postkartengröße zeigte meine Eltern als Brautpaar, wie sie nach der kirchlichen Trauung aus dem Hauptportal von St. Peter ins Freie hinaustraten. Da hatte ein Windstoß den Schleier meiner Mutter hochgehoben und hinter ihrem Rücken in Schulterhöhe derart gebauscht, daß es aussah, als trüge sie ein Flügelpaar. Und ein humorbegabter Mensch hatte auf die Rückseite des Fotos geschrieben: „Der christliche Künstler mit dem Erzengel Gabriel“. Der christliche Künstler hatte, idyllisierend, die Jahre des ersten Weltkriegs und seine Geschehnisse, soweit sie in das Leben der Menschen in seinem Heimatdorf Gunterode eingegriffen hatten, illustriert in der dortigen Kirchenchronik, die ich Jahrzehnte später, lange Jahre nach dem zweiten Krieg, in den Händen gehalten und mit Zorn und Bitterkeit gelesen hatte. „Total unbrauchbar!“, hatte ich gedacht. „Nichts als fromme Dummheit!“ Ein Kitschblumenstrauß mit Namen „Kirchenglaub & Kaisertreu“! (Das wäre auch ein schöner Titel für eine Anthologie mit Gedichten unserer gefallenen Helden gewesen.)

Ich habe den Deckel der Schatulle geschlossen wie den eines Sargs. Nostalgie hin, Nostalgie her – wer in der Vergangenheit gräbt, wirbelt unweigerlich Schmutz auf. Und darum ist es gut, daß das Tote verwest und zu Humus wird, daraus grüne Hoffnung keimt – und dies ist der Grund, weshalb die Sterbenden das Zeitliche segnen.

Theodor Weißenborn

Unsere Niederlage und die Rolle des Kleinbürgertums

Bei den Betrachtungen über die Ursachen der Niederlage des sozialistischen Lagers wird meiner Meinung nach die Rolle des Kleinbürgertums noch zu wenig beachtet.

Es lohnt, wieder bei Lenin nachzulesen. In „Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus“ schreibt er: „Sie umgeben das Proletariat von allen Seiten mit einer kleinbürgerlichen Atmosphäre, durchtränken es damit, demoralisieren es damit, rufen beständig innerhalb des Proletariats Rückfälle in kleinbürgerliche Charakterlosigkeit, Zersplitterung, Individualismus, abwechselnd Begeisterung und Mutlosigkeit hervor.“

Lenins warnte: „... entweder werden wir diese Kleinbürger unserer Kontrolle und unserer Rechnungsführung unterordnen oder aber sie werden unsere Arbeitermacht ebenso unvermeidlich wie unabwendbar zu Boden werfen.“ Das passierte dann Anfang der 90er Jahre mit den sozialistischen Ländern. Als theoretische

Grundlage wurde die Transformationstheorie ins Feld geführt. In der DDR würde ich die Philosophen Dieter Klein und seinen Schüler Michael Brie zu den führenden Transformationstheoretikern zählen, die mit Gysi und Bisky zusammenwirkten.

Der Eurokommunismus basierte ebenfalls auf dieser Theorie. Er untergrub die Kampfkraft vor allem der kommunistischen Parteien im Westen. Entscheidend war immer die Abwendung vom Klassenkampf.

Ausdruck dafür ist auch ein Streben nach einer Regierungsbeteiligung in einer bürgerlichen Demokratie. Es wird negiert, daß es sich hierbei um das Machtinstrument der herrschenden Klasse handelt und eine Beteiligung an der Verwaltung des herrschenden Systems mit Recht die Glaubwürdigkeit linker Parteien untergräbt.

Kleinbürgerliches Verhalten betrifft nicht nur Menschen mit bestimmten politischen Ambitionen, sondern auch ganz privates

Agieren. So verließ beispielsweise vor 1961 eine große Anzahl von Ärzten, Pädagogen und Ingenieuren die DDR, nachdem sie eine kostenlose gute Ausbildung erhalten hatten. Lenin machte darauf aufmerksam, daß es leichter ist, die Macht der Großbourgeoisie zu brechen als die Macht der Gewohnheit von Millionen und Abermillionen. Das wurde auch von der politischen Führung der DDR unterschätzt, da man sich vor allem auf den Klassenkampf mit dem äußeren Feind konzentrierte. Hinzu kamen gravierende Fehler, wie z. B. die Abwertung der Rolle des Staates ab den 60er Jahren oder die zu diesem Zeitpunkt hastige Überführung von privaten Kleinbetrieben in Volkseigentum, was nicht nur ökonomischen Schaden zur Folge hatte. Kritik zu negieren oder sogar als feindlich abzustempeln, stoppte das Bedürfnis, sich einzubringen und untergrub Vertrauen zwischen Partei und Bevölkerung.

Horst Neumann

Festes in der Hand

Ein Leben mit Büchern in der DDR und danach

Sie hat mich begleitet – diese Liebe zu Büchern. Ich weiß nicht seit wann, ich weiß nicht warum, ich weiß auch nicht, wie lange noch. Aber ohne Bücher ginge es nicht. Trotz Zeitungen, trotz Fernsehen, trotz Smartphone – Buch bleibt Buch, man blättert um, blättert zurück, schaut nach. Es ist etwas Festes in der Hand.

Lesen – was für ein Schritt zum Menschsein, zum Begreifen der Welt, zum Versuch, teilzunehmen am Leben der anderen, am Verändern, am Entdecken.

Wie fing es an? Wahrscheinlich mit dem Vorlesen meiner Mutter, später, als ich selber begann zu lesen, begeisterten mich Märchen und Sagen. Mit Karl May tauchte ich in die Welt der Indianer ein, mit Sven Hedin eroberte ich die Wüsten und die Gipfel Mittelasiens. Ganz früh gehörten auch die damals beliebten Jahreskalender zum gesuchten Lesestoff. Von da scheint mein Interesse am Geschehen in der Welt, an der Geschichte herzurühren, auch an Menschen, die diese Geschichte gestalteten. Zwei Biographien sind mir in besonderer Erinnerung, eine über Gutenberg, den Erfinder des Buchdrucks, und die andere über Semmelweis, den großen Gynäkologen und „Retter der Mütter“. Zum Abschluß der Zentralschule in Sedlitz in der Niederlausitz erhielt ich Andersen Nexös „Morten der Rote“ als Geschenk. Auch das hat sicherlich eine Weiche für das spätere Leben, das soziale und politische Engagement gelegt.

Dann kam die Zeit, wo ich mein erstes eigenes Geld verdiente. Es war nicht viel, was man als Tischlerlehrling bekam, aber Bücher gehörten zu den festen monatlichen Ausgaben. Auch Bibliotheken wurden „geplündert“.

Das Interesse wuchs, Krimis von Tom Shark bis Sherlock Holmes, erste Romane, Erzählungen, aber auch Atlanten und Sachbücher kamen auf den Tisch. Es war die Zeit, in der Strittmatters „Ole Bienkopp“ in der Lausitzer Rundschau erschien. Seine Bücher sowie die Werke von Herrmann Kant, Brigitte Reimann, Erik Neutsch und vielen anderen, die sich den aktuellen Problemen der Gegenwart stellten, den Blick auf die jüngste Vergangenheit, aber auch auf die Zukunft lenkten, standen im Mittelpunkt der nächsten Jahrzehnte. Besonders Kant hatte es mir angetan. Seine „Aula“, das „Impressum“ und „Der Aufenthalt“ spiegelten das eigene Leben mit all seinen Problemen wider. Dazu kam natürlich all das, was nachzuholen und aus den Bibliotheken während der Nazizeit verbannt war.

So die „Klassiker“ der Vorkriegszeit wie Heinrich Heine, Arnold und Stephan Zweig, Heinrich Mann, Lion Feuchtwanger, Alfred Döblin, Kurt Tucholsky, Egon Erwin Kisch, Oskar Maria Graf und viele andere. Natürlich ging es nicht ohne Émile Zola, Alberto Moravia, Ernest Hemingway, Jorge Amado, Günter Grass oder Heinrich Böll. Die Fülle

hervorragender Literatur war kaum zu fassen. Auch die großen Russen waren dabei, wie Lew Tolstoi, Maxim Gorki oder Fjodor Dostojewski. Vor allem aber Michail Scholochow. Sein „Stiller Don“ war der Bestseller der 50er Jahre, Ilja Ehrenburg, Alexander Tschakowski, Jewgenij Jewtuschenko hinterließen ihre Spuren.

Beruflich bedingte Aufenthalte in den späteren Jahren in Moskau und Prag füllten den Bücherschrank mit manchen interessanten Werken aus Antiquariaten oder „Meschdunarodnaja kniga“, so Theodor Mommsens „Römische Geschichte“ oder Emil Ludwigs Biografien zu Goethe, Lincoln, Bismarck oder Napoleon. Ein Buch erhielt einen besonderen Platz in meinen Regalen. Es trägt den Stempel der Ghetto-Bücherei Theresienstadt. Was würde es erzählen können?

Heute fast unvorstellbar, aber damals, zu Zeiten der DDR, hieß es unter Arbeitskollegen oft: „Hast du das schon gelesen?“ Das betraf dann den neuen Strittmatter oder Kant, aber auch Harry Thürk, Wolfgang Schreyer, Bruno Apitz oder Johannes Bobrowski. Das mußte man einfach gelesen haben. Lesen war Alltag, Freizeit, auch Unterhaltung, ja, aber mit Anspruch. Ende der 80er Jahre beherrschten zwei Bücher die Diskussion bei vielen, die spürten, daß das Land einen neuen Aufbruch brauchte: Jürgen Kuczynskis „Dialog mit meinem Urnenkel“ und Markus Wolfs „Freunde sterben nicht“. Bücher, die ein Land bewegten.

Dann kam die „Wende“. Nichts war mehr wie vorher. Auch nicht in den Buchhandlungen. Fast über Nacht verschwanden unsere Autoren und Verlagserzeugnisse aus den Regalen. Westverlage übernahmen die Geschäfte und füllten sie mit ihren Namen. Uta Danella kam und Heinz Konsaliks „Der Arzt von Stalingrad“ und der Goethe aus Weimar machte dem Goethe aus Westverlagen Platz. Ich hatte bis dahin kaum einen der großen Autoren der Weltliteratur vermisst. Es hatte sie wohl fast alle in der DDR gegeben, die großen Franzosen, Briten, Italiener oder Amerikaner. Sicher, ihre Auflagen waren wegen der hohen Lizenzgebühren oft sehr niedrig. Aber sie waren da, von Ivo Andric bis Stephan Zweig, Romain Rolland bis William Faulkner. Trotzdem, meine Neugier war groß. Die ersten Bücher, die ich kaufte, waren ihr geschuldet. Es ging um die Erklärung der Welt von der „anderen“ Seite aus. Bisher hatte ich ja doch einiges von Marx, Engels und Lenin gelesen. Sie hatten mein Weltbild geformt. Ich fand es logisch, zukunftsweisend und erstrebenswert, allerdings nicht von heute auf morgen umzusetzen, was ja auch keiner behauptet hat.

Nun kam als erstes Golo Manns „Propyläen Weltgeschichte“ ins Haus und danach vieles, was aktuell und unmittelbar zeitbezogen war: Günter Gaus, Sebastian Haffner

und Peter Bender, natürlich auch Helmut Schmidt, Willy Brandt und Egon Bahr, Peter Scholl-Latour und Herfried Münkler. Sachbücher waren angesagt, aber auch Bücher zur Kulturgeschichte der Welt. Meine alte Liebe zur Geografie wurde durch die unübersehbare Menge der Bild- und Kartenbände auf manch finanzielle Probe gestellt. Doch es dauerte nicht allzu lange, bis die erste Neugier gestillt war. Der Vergleich zu den bei uns in der DDR herausgegebenen Büchern zu den vergleichbaren Themen war sehr ausgewogen. Natürlich erschlug die Fülle der Ansichten, die Vielfalt ihrer Darstellung und Interpretation. Aber ich spürte auch den Versuch, vor allem unterhaltsam zu sein, was nicht schlecht sein muß, aber oft auf Kosten der Gründlichkeit ging. Das war zumindest mein Eindruck. So wandte ich mich relativ schnell wieder den Autoren zu, die bis heute versuchen, diese geschichtliche Zäsur von 1989 zu erklären, die Niederlage dieser Idee einer friedlichen und sozialen Welt zu hinterfragen. Dazu gehörten sowohl Bücher von Erich Honecker, wie seine „Moabiter Notizen“ bis zu Egon Krenz' „Herbst 89“. Oder auch Bücher von Markus Wolf bis Valentin Falin, Werner Mittenzwei und Eberhard Esche, Buchreihen der „Edition Ost“ mit Biografien mir bekannter Persönlichkeiten und Schriften, die als Buchreihen von Vereinen, wie z. B. die „Blaue Reihe“ des „Verbandes für internationale Beziehungen und Völkerrecht“, in der auch meine „Dunkelstunde“ erschien, publiziert wurden. Selten wurden so viele „Erinnerungen“ veröffentlicht wie in dieser Zeit.

So sehr die Vergangenheit in der Erinnerung einfach nicht vergehen wollte, so sehr beschäftigte mich die Auskunft auf die Zukunft. Wie sollte es in Deutschland weitergehen, wie in Europa, wie in der Welt? Das ist die Literatur, die mich heute beschäftigt, das Sachbuch mit dem Blick nach vorn, der Lösung der Probleme, die nach der Zeit des kalten Krieges entstanden, der Analyse der eigenen Fehler und der Illusionen, die viele in die neue Zeit hineininterpretierten. Die Palette ernstzunehmender Autoren ist überschaubar. Für mich gehören Gregor Gysi, Sarah Wagenknecht, aber auch Roger Willemsen, Ian Kershaw, Ranga Yogeshwar oder Herfried Münkler dazu. Nicht zuletzt auch Daniela Dahn, deren Bücher sowohl versuchen, eine Antwort darauf zu geben, warum diese globale Zäsur von 1989 nicht die von manchen erhofften Ergebnisse von Freiheit und Wohlstand brachten und welche Wege möglich wären, um aus diesem Dilemma herauszukommen.

Lesen war und ist meine Leidenschaft. Sie half mir in schweren Stunden nicht aufzugeben, am Leben teilzunehmen und manches zu verstehen.

Franz Tallowitz
Saterland

Mit Sicherheit!

Henry Nitschke hat die Geschichte der Hauptabteilung Personenschutz des MfS aufgeschrieben

Der alte DDR-Witz, ob denn bestimmte Veranstaltungen stattfinden und die Antwort darauf: mit Sicherheit, bezog sich auch immer auf das Wirken einer speziellen Personengruppe des Sicherheitswesens der DDR, den Personenschutz. Geheimnisumwittert, aber ständig präsent waren sie. Zu allen größeren Zusammenkünften im Inland oder auch bei Besuchen im Ausland – sie waren immer dabei. In der DDR war der Personenschutz in das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) eingegliedert und bildete eine eigene Hauptabteilung, die HA PS. Daß man nun (fast) alles darüber lesen kann, ist auch dem enormen Fleiß und der nicht nachlassenden Akribie des Spezialisten für MfS-Themen, Henry Nitschke, zu verdanken. Allein in den letzten drei Jahren sind von und mit ihm drei Bücher mit einem Gesamtumfang von mehr als 2 600 Seiten erschienen.

Das PS-Buch mit seinen 637 Seiten paßt da gut hinein. Nitschke bedient sich dabei eines Kunstgriffes, der die Sache einfacher, zugleich aber auch komplizierter macht. Konsequenterweise nutzt er die Sprache, die zu diesem Thema in der DDR üblich war. Das macht die Sache sehr authentisch. Auch entgeht er der Gefahr, tausend und einen Begriff erklären und seine Deutung dazu definieren zu müssen. Kritiker mögen das für distanzlos halten, doch bei der Materialfülle kann sich jeder selbst ein Bild machen. Der Verlag hat dem Ganzen lediglich ein sechsstufiges Abkürzungsverzeichnis angefügt. Zudem bieten eine Unzahl an Fußnoten dem Interessierten viele Möglichkeiten der Weiterforschung. Der besondere Schutz von Persönlichkeiten ist keine Erfindung der Neuzeit. Schon im alten Rom schufen Feldherren und später die Kaiser eine besondere Truppe zu ihrem Schutz, die *extraordinarii* und später die *praetoriani* (bekannt als *Prätorianergarde*). Sie zeichnete vor allem gute

Beherrschung des Handwerks und absolute Loyalität aus. Zwei Eigenschaften, die auch heute noch bei Personenschützern gefragt sind. Die moderne Personenschützererei als spezielle Aufgabe ist dabei noch gar nicht so alt. Der US-Secret-Service ist die wohl gegenwärtig bekannteste Behörde, auch weil sie bei Auslandsbesuchen von US-Präsidenten das größte Bohai und faktisch die Sicherheitsbehörden der besuchten Länder zu seinen Lakaien macht. Den gibt es als Präsidentenschutz aber auch erst seit 1901 und eigentlich ist es ein dem Finanzministerium unterstehender Geheimdienst, dessen Präsidentenschützer nur einen kleinen Teil ausmachen. Der Schutz hochrangiger und wichtiger Personen hatte in den sozialistischen Ländern eine eigene Tradition. In den kommunistischen Parteien gab es frühzeitig Abteilungen, die sich mit dem Schutz der Partei und deren Repräsentanten befaßten. Die politischen Kämpfe am Beginn des 20. Jahrhunderts waren mitunter voller Gewalt und man scheute nicht vor der Ermordung politisch Andersdenkender zurück.

Folgerichtig schufen sich die volksdemokratischen Länder nach dem Zweiten Weltkrieg eigene Schutzapparate für ihre Repräsentanten. In der noch jungen DDR wurde diese Aufgabe dem Sicherheitsministerium übertragen, das diese seit 1945 von der Volkspolizei ausgeübte Tätigkeit übernahm. Die Beschlüsse zur Gründung einer Abteilung (ab 1951 Hauptabteilung) Personenschutz wurden im Politbüro der SED gefaßt. Das hatte zur Folge, daß nicht nur sehr hohe Staats-, sondern auch Parteiverantwortliche in den Schutz einbezogen wurden. Und die Behörde wuchs und wuchs. Die mehr als 600 Seiten des Buches machen so den Glanz und das Elend der HA PS deutlich. Auf der Seite 630 zitiert Nitschke aus einer Diplomarbeit von PS-Offizieren aus dem Jahr 1974: „Konkrete Angriffe auf Leben und Gesundheit der führenden Repräsentanten der DDR und ihrer ausländischen Gäste hat es, außer im Stadium der Vorbereitung (Planung), vor allem durch die Wirksamkeit der Aufklärungs- und Abwehrmaßnahmen der verantwortlichen Linien des MfS in der Vergangenheit nicht gegeben.“ Sechsdreißig Jahre später bekräftigte ein Autor: Das galt bis zum Ende der DDR. Man hatte also alles richtig gemacht. Doch der Aufwand war gewaltig. Mit DDR-deutscher Gründlichkeit versuchte man, alle Aspekte zu berücksichtigen, alles Notwendige und viel darüber hinaus zu organisieren, um die Schutzbefohlenen zu sichern. Dabei ging man weite Wege. Zum Personenschutz gehörten in der DDR nicht nur die unmittelbaren Nahbereichsschützer, sondern auch viele andere: Die Servicekräfte im Wohnbereich Wandlitz, die Objektschützer an

den ausgesuchten Objekten, Vorfeldaufklärer, Analytiker, die Verkehrsregler, die die Kolonnenfahrten begleiteten, die Ausbilder, die besonderen Eingreifkräfte usw. Dazu kamen Kräfte in den Bezirken und Kreisen. Das läpperte sich zusammen und der Apparat wurde immer größer. Jene, die dabei waren, haben eine gute Arbeit geleistet, sie waren gut ausgebildet, gut motiviert, und so gab es auch aus dem Ausland nie Klagen über die Begleiter von Politikern (soll ja nicht immer so sein). Und natürlich gab es auch Gefährdungen. Einige Ereignisse im Ausland und ein paar im Planungsstadium erkannte Probleme gaben den Mitarbeitern, die zu allumfassender Perfektion drängten, scheinbar recht. Nitschke listet einiges davon auf. Er erwähnt und beschreibt auch jenes Ereignis, das immer noch als „Honecker-Attentat“ durch die Medien geistert und mit einem Attentat so viel gemein hat, wie ein Wal mit einem Fisch.

So bleibt als Fazit wohl: Gut gelaufen, aber zu viel Aufwand getrieben. Naja, die Qualität der DDR-Personenschützer, die übrigens immer Wert darauf legten, nicht Leibwächter oder Bodyguard genannt zu werden, manifestierte sich auch darin, daß zumindest die Nahbereichsleute nach dem Ende der DDR gern von den neuen Herren beschäftigt wurden, ohne daß die Stasikeule geschwungen wurde, oder nur ein bißchen, wenn es darum ging, dem einen oder anderen klar zu machen, daß so ein Originalwestbodyguard doch ein wenig mehr verdienen müsse. Soviel Glück hatten die anderen ehemaligen PSler, deren Arbeit unter den neuen Verhältnissen nicht gebraucht wurde, nicht, sie traf die Keule mit voller Wucht. Ein Buch, das kaum Lücken läßt, sich interessant liest, auch wenn es in aller Ausführlichkeit alle Einzelheiten auflistet. Ich kann es weiterempfehlen.

Uli Jeschke

Henry Nitschke: Die Personenschützer des MfS. Strategien und Taktiken zur Absicherung der DDR-Staatsrepräsentanten. Edition Berolina, Berlin 2020, 637 Seiten, 29,99 Euro

Klaus-Dieter Jäschke

Vorsitzender der Regionalgruppe Bernau, beging am 14. Januar seinen 75. Geburtstag.

Lieber Klaus-Dieter, dank Deines zielstrebigem Wirkens für politisch anspruchsvolle Bildungsveranstaltungen und der Mitwirkung im Territorialen Bündnis der Stadt Bernau hat die „RotFuchs“-Regionalgruppe an Ansehen und Ausstrahlung gewonnen.

Für die Zukunft alles Gute, Gesundheit und Schaffenskraft.



Ein vierter Weltkrieg

Das neue Buch von Papst Franziskus prangert imperialistische Barbarei an

Papst Franziskus hat ein neues Buch unter dem Titel „Wage zu Träumen! Mit Zuversicht aus der Krise“ veröffentlicht. Mit jesuitischer Ethik sucht er in drei Schritten zu den Voraussetzungen für einen dynamischen Prozeß der Befreiung aus dieser finsternen Gegenwart zu kommen: „Eine Zeit zum Sehen“ – „Eine Zeit zum Wählen“ – „Eine Zeit zum Handeln“. Einige markante Sätze, die das Handeln begründen sollen, geben weit über das kirchliche Lehramt hinausgehende Impulse. Sie erklären auch, weshalb dieser seit 2013 wirkende Papst von den mit der „Zivilisation des Reichtums“ kollaborierenden Katholiken vor allem in Europa mit ihrer „abgeschotteten Geisteshaltung“ sabotiert wird.

Ausgangspunkt des Buches von Papst Franziskus, der von den Fehlern und Defizite seiner Kirche weiß, ist die Einschätzung, daß die Covid-Pandemie dann nichts Besonderes ist, wenn der Blick darüber hinaus sich auf die anderen tausend Krisen der Menschheit richtet. Die Epidemie führe von einer Epoche zur anderen und gebe die Möglichkeit, die Wahrheit zu erkennen. Zu dieser Wahrheit gehören die offenen und verdeckten imperialistischen Kriege um die Ressourcen der Erde, gehört die Waffenproduktion und der Waffenexport mit seinen von Blut triefenden Riesengewinnen, gehören die Hunderttausende Flüchtlinge, die in den Folterkammern der Flüchtlingslager eingepfercht werden. In den Medien der Rüstungslobby wird mit zynischer Grausamkeit erklärt, daß die Bomben der Rüstungsindustrie Frieden schaffen und Krieg verhindern. Sicher, die Bomben würden wohl auch Tod und Zerstörung bringen, aber es brauche Mut, solche Widersprüche auszuhalten, schreibt z. B. die Neue Zürcher Zeitung am 14. November 2020. In Österreich oder Deutschland wird das Kinderelend von Lesbos gerade noch zur Kenntnis genommen, eine konkrete Hilfsaktion etwa der Republik Österreich ist damit nicht verbunden. Die österreichischen Grüß-Gott-Katholiken halten ungeachtet ihrer Duldung dieses Flüchtlingselends evangelikale Gebetsstunden im Parlament ab wie am 8. Dezember 2020. Lesbos ist hierzulande das bekannteste Flüchtlingslager, aber es ist nicht das einzige. So liegt z. B. eines der größten Flüchtlingslager im Südosten Bangladeschs auf einem unwegsamem Hüggelland, wo die zu Hunderttausenden aus Myanmar vertriebenen Rohingya ohne jede Zukunftsperspektive untergebracht sind. Vergessene Flüchtlingslager befinden sich in Uganda, wohin über eine Million Menschen aus dem Südsudan geflohen sind. Die meisten der dort heranwachsenden Jugendlichen bleiben ohne jede Schulbildung und alle sind traumatisiert. Wer für Solidarität mit den vertriebenen Palästinensern im Flüchtlingslager Gaza zum Beispiel in der BDS-Bewegung auftritt, wird kriminalisiert und gilt als Antisemit.

„Reiche werden reicher – das ist eine gute Nachricht“, so die Neue Zürcher Zeitung vom 30. November 2020. Papst Franziskus geht dagegen vom herrschenden Weltsystem der finanziellen Versklavung und Niederhaltung der weit überwiegenden Mehrheit der Völker der Erde aus. Er ist Lateinamerikaner und von den lateinamerikanischen Volksorganisationen beeinflusst. Nicht angesprochen wird, daß Lateinamerika ebenso wie Nord- und Zentralamerika Siedlerkolonien ist und bis in die Gegenwart herauf die indigenen Völker drangsaliert werden. Reichtum bedingt Armut, diese Dialektik führt zu dem in der Gegenwart weltweit sich manifestierenden Gesetz der absoluten Verelendung, so wie sie Karl Marx gedacht hat: „Die Akkumulation von Reichtum auf dem einen Pol ist also zugleich Akkumulation von Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit, Brutalisierung und moralische Degradation auf dem Gegenpol ...“. Für Papst Franziskus lassen die in der spätkapitalistischen Gesellschaft da und dort wahrnehmbaren Gegen Tendenzen nicht den Schluß zu, daß es mit Blick auf die globalen Verhältnisse zu einer tatsächlichen Wandlung der bestehenden barbarischen Verhältnisse kommen kann. Die wirtschaftliche und soziale Situation wird für die Völker immer unhaltbarer. Wir leben in einem vierten imperialistischen Weltkrieg.

Papst Franziskus spricht nicht von Klassen und Klassenkampf, doch stellt er sich eindeutig auf die Seite der arbeitenden Mehrheit des Volkes und will, daß die „Volksbewegungen“, die nichts mit „völkischer Bewegung“ zu tun haben, zur geschichtlichen Kraft werden. Er ist von ihrer radikalen und ehrlichen Solidarität überzeugt. Für Papst Franziskus ist das „Volk“ vor allem eine historisch entstandene menschliche Gemeinschaft. Signifikant sind für Papst Franziskus vor allem „die kollektive Weisheit und das gemeinschaftliche Gedächtnis“ eines Volkes. Er erklärt diese Meinung damit, daß in Argentinien von der „Genialität eines Volkes“ gesprochen wird, womit dessen „historische Fähigkeit“ gemeint sei, „die richtigen Wege zu erkennen, so etwas wie ein „Wittern“ von Lösungen für anstehende Probleme“. Diese Sicht ist fundamental idealistisch und erinnert an den „Volksgeist“ des Philosophen Georg Wilhelm Friedrich Hegels. Das „Wittern“ des Volkes wird in der Realität tagtäglich in allen seinen drei Generationen aufgrund der Eigentumsverhältnisse und zu deren Profit tagtäglich mit dem Duft des Geldes und mit den Medien nachhaltig vergiftet. Papst Franziskus schreibt selbst, daß die Medien ihre „Pathologien“ haben: „Desinformation, Verleumdung und eine Faszination für Skandale. Einige Medien sind in einer Post-Wahrheits-Kultur gefangen, in der Tatsachen weniger zählen als Wirkung und in der Narrative ein Mittel sind, Macht auszuüben. Die korruptesten Medien sind

die, welche ihren Lesern und Zuschauern dadurch schmeicheln, daß sie ihnen erzählen, was sie hören wollen, und die dabei die Tatsachen zugunsten von Vorurteilen und Furcht verzerren“.

Für Papst Franziskus ist das „Volk“ mehr als ein Land, eine Nation oder ein Staat, ein Volk höre den „Ruf eines gemeinsamen Schicksals“. Der 1946 als Kind polnischer Juden in Österreich geborene Shlomo Sand hat betont, daß es „ausgerechnet marxistische Denker des frühen 20. Jahrhunderts“ waren, die den objektiven historischen Prozeß der Konsolidierung des Nationalstaates mit seinem Volk erfaßt haben. In der Periode der auf Expansion orientierten nationalen Marktwirtschaften und vor dem ersten Massenmorden hat der 35jährige Revolutionär Josef Stalin (1878–1953) während seines Aufenthaltes in Wien festgestellt: „Eine Nation ist eine historisch entstandene stabile Gemeinschaft von Menschen, entstanden auf der Grundlage der Gemeinschaft der Sprache, des Territoriums, des Wirtschaftslebens und der sich in der Gemeinschaft der Kultur offenbarenden psychischen Wesensart“. Papst Franziskus hat diese auch von Shlomo Sand zitierten Ausführungen eines nur mehr durch Personenkult und Terror in der geschichtlichen Erinnerung gebliebenen Persönlichkeit eher nicht gekannt. Heute zählt das seit 1999 wieder militärische und wirtschaftliche Kriege führende „deutsche Volk“ zu den Profiteuren der riesigen Rüstungsexporte zum Beispiel nach dem sich im Einvernehmen mit Deutschland als zentrale Macht Europas hochrüstenden Griechenland. „Vergessen Sie nicht, Frisch, es sind Deutsche!“, hat Bertolt Brecht, der Deutsche war, einmal zu Max Frisch eine treffende Einschätzung geschichtlicher Realität gegeben. Franz Kafka sagte: „Die Deutschen haben den Gott, der Eisen wachsen ließ, Ihr Tempel ist der preußische Generalstab“. Und wie steht es mit dem gemeinschaftlichen Gedächtnis des „jüdischen Volkes“ im „jüdischen Staat“ Israel, dessen Gründung die massenhafte Vertreibung der Palästinenser vorausgegangen ist? Sprache, Religion und Territorium konstituieren kein jüdisches Volk, das es nicht gibt. Die Fiktion eines jüdischen Volkes soll von der Verantwortung Israels als mörderische Besatzungsmacht ablenken.

Papst Franziskus ist trotz seines Glaubens viel zu realistisch, als daß er schreiben würde, wie die Zukunft ausschauen wird. An ihrer menschlichen Gestaltung will er innovativ teilnehmen, er propagiert nicht wie seine Vorgänger eine religiöse Moral, die faktisch zur Passivität und Parasitismus hinführt, er propagiert auf religiösem Hintergrund eine kommunistische Moral, die den Völkern soziale Gerechtigkeit und Befreiung von Unterdrückung bringen kann.

Gerhard Oberkofler
Innsbruck

Sozialistische Kunst und Kapitalismus

Nachtrag zu Dr. Peter Michel „Über den Umgang mit Kunst aus der DDR“ in der RF-Beilage Nr. 274

Mit Erstaunen stieß ich in der November-Beilage des „RotFuchs“ auf den Beitrag von Dr. Peter Michel, der sich so verdient gemacht hat um die wissenschaftliche Erfassung von Kunst der DDR. Gleichwohl jedoch gibt er hier hoffnungsfrohem Vertrauen in die „Eliten“ der BRD-Kulturpolitik, kapitalschwerer Sammler und der neoliberalen Kunstfachwelt Ausdruck: Ein Vertrauen, das mir nicht nur einigermaßen im Widerspruch zu unseren Erkenntnissen und Erfahrungen mit dem Kapitalismus steht, sondern dessen Quelle mir unauffindbar dünkt.

Ja, selbstverständlich findet die besitzende und herrschende Klasse in der EU- und NATO-BRD früher oder später zu einer Wertschätzung auch von Teilen des vielfältigen künstlerischen Nachlasses aus dem Realsozialismus. Allerdings nachdem sie diesen hinlänglich ausgeschaltet und diskreditiert hat. Wert und Schätzen, das ist es doch, was Kapitalisten, außer Raub und Betrug, am besten draufhaben. Wenn Sinn und Funktion sozialistischen Kulturguts über Bord geworfen wurden – und zwar mitsamt der Nutznießer und Widmungsträger, nämlich dem breiten, gemeinen Volk –, dann lassen sich die Herrschaften aufmerksam gönnerhaft herab zum (Ver-)Käuflichen. Es werden Kulturhäuser nun nicht mehr abgerissen oder verrottet, sondern eigenen gewinnbringenden Interessen nutzbar gemacht.

Wie nach einem Neutronenbombenangriff ist die bürgerliche Klasse nunmehr in der angenehmen Lage, sich der entsprechenden Immobilien und Kunstwerke zu bemächtigen, ohne von dem störenden Anhang aus Bevölkerungsbedürfnissen, sozialer Infrastruktur, ästhetischer Maßgaben oder gar dem

Sozialistischen Realismus mit seinem lästigen Marxismus-Leninismus behelligt zu werden. Das alles ist nun hinlänglich entsorgt, diffamiert und (scheinbar) erledigt. Kurz gesagt: die Werke sind da, die Menschen weg. Das darf man wohl historisch und gesellschaftlich als Entfremdung bezeichnen. Natürlich gibt es einige Künstlerinnen und Künstler, die immer und überall vorkommen wollen und sich gern genannt sehen, da drängeln sich immer welche ein und vor. Nicht alle sind bereits verstorben, halfen dem selbst nach oder sind mit Rente und Vergessenheit, vielleicht Verachtung, resigniert.

„Es ist wichtig, die im Osten Deutschlands ...“, schreibt Peter Michel, – da frage ich mich, hat es die Deutsche Demokratische Republik nie gegeben? – „Es ist wichtig, die im Osten Deutschlands entstandenen Werke aus allen Entwicklungsperioden als normale Bestandteile der Kunst in Deutschland und ihrer Geschichte zu erkennen und zu achten ...“ Diesen Satz im RF zu lesen, bin ich nun wirklich nicht genug gewendet. Ich weiß weder, was „normale Bestandteile“ der Kunst sind, und zwar weder von etwas, das „Deutschland“ genannt wird, noch „Ostdeutschland“, Italien oder Peru. Ich weiß auch nicht, wann diese „Geschichte Deutschlands“ bei Peter Michel anfängt. Vor tausend Jahren, vor dem Faschismus oder erst 1945? Ich kenne aber den Unterschied zwischen einem militaristischen Kapitalismus und einem friedfertigen Realsozialismus sowie die unvereinbaren Gegensätze ihrer Kulturauffassungen und Kulturpolitik, vergleichbar den Gegensätzen ihres Waffenhandels, ihrer Bildungs-, Arbeits-, Gesundheits- und Wohnungspolitik und ihrer historischen Zielsetzungen.

Die „Kunst in Deutschland und ihre Geschichte zu erkennen und zu achten“, das ist wohl ohne die Systemvoraussetzungen mit einzu-beziehen, nicht möglich: Erst vor einem Jahr haben dieselben Leute, die das Humboldt-Forum in Berlin eröffneten, die geschichtsrevisionistische EU-Entscheidung zur Geschichte begrüßt – in der Faschismus und Kommunismus gleichgesetzt und geächtet werden. Zu den mitbeschlossenen Konsequenzen gehört auch eine Umbewertung der in den Staaten des Warschauer Vertrages entstandenen Kunst sowie großzügiger Entsorgung von Denkmälern, Museen und Würdigungen. Was da „normal“ sein soll und „hoffen läßt“, ist mir schleierhaft, mindestens zutiefst fragwürdig ...

Die Sieger der Konterrevolution behüten nun die Trophäen. Wer sich demütig verhält, wird vorgelassen. Aber daß der Sozialistische Realismus und die realsozialistische Kulturpolitik in Vielfalt und Sinnhaftigkeit für das Leben einer von Ausbeutung befreiten Bevölkerung „wertgeschätzt“ und überhaupt in ihrem Humanismus begriffen würden, das ist doch wohl von den gehobeneren Klassen dieser Bourgeoisie-Gesellschaft niemals zu erwarten. Da hilft auch nicht, so widerspruchsvoll es da naturgegeben ja zugegangen ist, mit einer kraß verengenden Umbenennung aus dem positiven Begriff „Sozialistischer Realismus“ negativ „Kritischer Realismus“ zu machen, um damit Basis, Lebensumfang und Richtung der ganzen Sache auszublenden. Dr. Peter Michel hat das in seinem letzten Buch zur Kunst der DDR vorzuschlagen versucht. Das Wahre aber ist immer das Ganze: und nicht nur Ware.

Olaf Brühl
Berlin

Betriebsrisikolehre

Das Gleichnis von den Arbeitern im Weinberg und die Arbeitswerttheorie

Dem Evangelium nach Matthäus zufolge hat Jesus das Gleichnis von den Arbeitern im Weinberg erzählt¹: Ein Gutsbesitzer ging früh am Morgen auf den Markt, um Arbeiter für seinen Weinberg anzuwerben. Er fand welche und einigte sich mit ihnen auf einen Denar für den Tag und schickte sie in seinen Weinberg. Nach drei Stunden ging er wieder auf den Markt und bestellte weitere Arbeiter. Diesen sagte er, er werde ihnen geben was recht sei. Um die sechste und die neunte Stunde machte er es ebenso. Um die elfte Stunde ging der Gutsbesitzer wieder auf den Markt und fand noch einige, die keine Arbeit hatten. Auch diese schickte er in seinen Weinberg. Am Abend beauftragte der Gutsbesitzer seinen Verwalter,

den Arbeitern ihren Lohn auszuzahlen, jedem einen Denar.

Als dann die ersten an der Reihe waren, glaubten sie, mehr zu bekommen. Aber auch sie erhielten nur einen Denar. Da begannen sie zu murren, und sagten: Diese letzten haben nur eine Stunde gearbeitet, und du hast sie uns gleichgestellt; wir aber haben den ganzen Tag über die Last der Arbeit und Hitze ertragen ...

Ulrich Luz, Verfasser des Bandes 1/3 des Kommentars zum Neuen Testament², weist darauf hin, daß seinerzeit viele mittlere und große Bauerngüter mit Tagelöhnern bewirtschaftet wurden. Tagelöhner waren billiger als Sklaven, weil der Gutsbesitzer für Tagelöhner bei Krankheit nicht

aufzukommen hatte und, wenn sie umkamen, nicht wie bei Sklaven einen Verlust erlitt³. Ein Denar sei der übliche Tageslohn gewesen. 200 Denare habe das Existenzminimum für eine Person jährlich betragen⁴. Die Gleichbezahlung derjenigen, die weniger gearbeitet haben, wird von dem Kommentator als ungerecht empfunden. Der Bezug zur soziologischen Feststellung, daß die Tagelöhner einen Denar zum Leben brauchten, kommt Luz nicht in den Sinn. Erklärungsversuche bestehen in der Bezugnahme auf die Gnade Gottes.

Das Gleichnis sei gegen Versuche gerichtet, die Gerechtigkeit und die Güte Gottes so miteinander zu verbinden, daß das eine zum Maß des anderen wird. Das gewohnte

Wertesystem werde durch das Erscheinen der Liebe Gottes „gestört“. Gerechtigkeit dürfe nicht zum allmächtigen Prinzip gemacht werden⁵. Nicht einmal das sich doch aufräugende christliche Gebot der Nächstenliebe bemüht Luz.

Versuchen wir mit Hilfe der politischen Ökonomie Licht ins Dunkel zu bringen.

„Die ökonomischen Gesetze haben mit den Naturgesetzen den objektiven Charakter gemeinsam, sie existieren und wirken wie diese unabhängig vom Willen und Bewußtsein der Menschen. Sie unterscheiden sich von den Naturgesetzen insofern, als sie die Tätigkeit von Menschen voraussetzen, einschließen und bestimmen.“⁶

Was die Arbeitskraft wert ist, ergibt sich aus einem ökonomischen Gesetz: „Der Wert der Arbeitskraft ist bestimmt durch den Wert der gewohnheitsmäßig notwendigen Lebensmittel des Durchschnittsarbeiters. Die Masse dieser Lebensmittel, obgleich ihre Form wechseln mag, ist in einer bestimmten Epoche einer bestimmten Gesellschaft gegeben und daher als konstante Größe zu behandeln.“⁷

Der Wert der Arbeitskraft ist also nicht abhängig davon, wieviel Mehrwert der Arbeiter für den Kapitalisten produziert. Das ökonomische Gesetz besagt vielmehr, daß der Arbeiter von dem was ihm der Kapitalist zahlt, leben können muß.

Der Gutsbesitzer zahlt den Arbeitern das, was sie zum Leben brauchen, also was ihre

Arbeitskraft wert ist. Dafür braucht man keine unbegreifliche göttliche Gnade bemühen. Die Marxisten müssen hier Jesus von Nazareth gegen seine falschen theologischen Freunde verteidigen.

Nachbemerkung:

In aller Regel muß der Arbeiter erheblich mehr Arbeitszeit aufwenden, als er an Gegenwert als Lohn erhält. Die Differenz ist der Mehrwert. Dieses Resultat ist aber nicht zwingend. Ausnahmen sind möglich, wenn die Produktion des Kapitalisten aufgrund von fehlenden Materialien ins Stocken gerät. Hier greift in Deutschland ein rechtliches Gesetz⁸, welches besagt, daß im Falle des sogenannten Annahmeverzugs des Dienstberechtigten – dieses Wort ist dem „Arbeitgeber“ vorzuziehen –, der Verpflichtete (Arbeiter), den Anspruch auf den Lohn behält, Paragraph 615 des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB). In einem solchen Falle wirtschaftet der Kapitalist mit Verlust. Von Menschen gemachtes Gesetz ist auch das sogenannte Richterrecht. Es ist zwar nicht geregelt, jedoch anerkannt, daß die Gerichte, vornehmlich die höchsten Gerichte befugt sind, Rechtssätze zu erfinden, so geschehen im Falle des Paragraphen 615 BGB durch das Reichsgericht. Diesem gefiel es nämlich nicht, daß Arbeiter Lohn beanspruchen konnten, wenn Produktionsstörungen Folgen von Streiks in anderen Betrieben waren⁹ und hat deshalb

festgelegt, daß in diesen Fällen kein Anspruch auf den Lohn besteht. Die Arbeiter hat man für ihre streikenden Klassengenossen in Sippenhaftung genommen. Betriebsrisikolehre nannte man dies. Im Jahre 2002 wurde dieses Richterrecht als Gesetzesrecht ins BGB aufgenommen.

Wilhelm Rettler

Lutherstadt Wittenberg

- 1 Matthäus 20, 1-16, Die Bibel, Einheitsübersetzung, Freiburg, Basel, Wien 1980
- 2 Evangelisch-Katholischer Kommentar zum Neuen Testament, I/3, Zürich und Düsseldorf, 1997
- 3 Luz, a.a.O., S. 146; eine bemerkenswert nüchterne, wenn nicht gar eine für einen Theologen erstaunlich unempathische Einschätzung der Sklaverei
- 4 Luz, a.a.O.
- 5 Luz, a.a.O. S. 151
- 6 Politische Ökonomie des Kapitalismus und des Sozialismus, Lehrbuch für das marxistisch-leninistische Grundlagenstudium, Autorenkollektiv, Berlin 1975
- 7 Marx, Kapital Bd. 1, MEW 23, 542
- 8 Rechtliche Gesetze sind die von Menschen gemachten in Gesetzesform gegossenen Gesetze. Auch Gewohnheitsrecht ist rechtliches Gesetz.
- 9 Reichsgericht, Urteil vom 6.2.1923 – RGZ 106, 272 ff.

Kalter Bürgerkrieg in Lüneburg

Eine Schrift über juristische Kommunistenjagd in den 50er und 60er Jahren

Die Lüneburger Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) legt nun eine fünfte Schrift vor, mit der sie ihr Geschichtsprojekt „Das Landgericht Lüneburg als ‚Spitze der justizförmigen Kommunistenverfolgung‘ der 1950er/1960er Jahre“ abschließt.

Teil I „Das Personal“ erschien 2015. Prof. Ekkehard Lieberam (Leipzig) rezensierte Teil II a im November-„RotFuchs“ 2017. Die Teile II b und c berichteten 2019 über Prozesse und Angeklagte. Teil III „Kalter Bürgerkrieg in Lüneburg“ befaßt sich mit Gesetzen, Auftrag, Funktionen und dem Zusammenwirken der Staatsorgane, deren Gesinnung sowie mit einem politischen Resümee und einer Übersicht der Verfahren von 1951 bis 1968.

Erstmals in der Bundesrepublik untersuchen die Verfasser die strafrechtliche Verfolgung antifaschistischer Bestrebungen in der unmittelbaren Nachkriegszeit nach dem Strafrechtsänderungsgesetz von 1951 bis 1968 dezidiert an einem berüchtigten Gerichtsort, der Praxis von Staatsanwaltschaft und politischer Strafammer des Lüneburger Landgerichts.

Die erarbeiteten Broschüren haben nicht nur lokale Bedeutung. Auch Leser des „RotFuchs“ interessierten sich für die Ausarbeitungen und

baten um Zustellung der Dokumentationen. Denn etwa die Hälfte der Angeklagten wurden wegen ihrer Beziehungen zur DDR verurteilt, darunter auch eine Reihe DDR-Bürger, von denen sogar einer im Lüneburger Gefängnis zu Tode kam. DDR-Medien berichteten seinerzeit laufend über diese bösertige politische Justiz in Lüneburg.

Mit ihrer differenzierten Analyse der politischen Hintergründe der teilweise völlig absurden Gesetzgebung einer von NS-Juristen vollstreckten Justiz der Adenauer-Regierung, stellen die Autoren auch aktuelle Bezüge her – einen seit 1850 kontinuierlich gepflegten öffentlichen deutschen Antikommunismus, der bis heute immer wieder instrumentalisiert wird mit schlimmen Folgen für jene, die sich der BRD-Staatsräson widersetzen.

Während der „McCarthy Ära“ 1947 bis 1956 wüteten in den USA Hexenjäger, um im Auftrag der US-Präsidenten Harry Truman und Dwight Eisenhower jedweder innergesellschaftlichen Opposition gegen die „Containment-Doktrin“, die 1947 den „Kalten Krieg“ begründete, den Garaus zu machen. Diese „Rollback“-Strategie zur gewaltsamen Machtübernahme in Westeuropa bedurfte überall der innenpolitischen Absicherung.

In der Alt-BRD wurden das Strafrechtsänderungsgesetz sowie die „Hallstein-Doktrin“ unter Anmaßung der „Rechtsnachfolge des Deutschen Reichs in den Grenzen von 1937“ und die Wiederbewaffnung von 1951 bis 1968 juristisch umgesetzt. Nach dem KPD-Verbot 1956 hat man die gesamte Partei- und Staatsstruktur der DDR mit sämtlichen gesellschaftlichen Einrichtungen zur „Gesamtorganisation“ und somit „illegalen Ersatzorganisation“ der verbotenen KPD erklärt. So zog Adenauer mit, stand ihm doch genügend Fachpersonal aus dem Beamtenstab des Naziregimes zur Verfügung. Die saßen dann wieder fest im Sattel und wirkten fort, wie sie es gelernt hatten.

Die faschistische Gefahr, wie sie heute erneut vor uns steht, sollte uns eine Warnung sein, daß „der Schoß, aus dem das kroch“ (Brecht) fruchtbar geblieben ist!

Jobst-Heinrich Müller

Die Broschüre „Das Landgericht Lüneburg als ‚Spitze der justizförmigen Kommunistenverfolgung‘ der 1950er/1960er-Jahre“, Teil III: „Kalter Bürgerkrieg in Lüneburg“, ist (wie die anderen Schriften dieser Reihe) auf Rechnung für 7,00 Euro zu erhalten unter der Bestelladresse: vvn-bda-lueneburg@vvn-bda-lg.de.



Ein Politiker, der sich gern als Wirtschaftsverstehender gibt, tut sich ebenso gern als Volksverdummer hervor. Das Thema Schulden hat sich zu jeder Zeit für Regierende, Wirtschaft und Demagogen bestens als Schreckgespenst für das einfache Volk bewährt. In der Krise blüht das Geschäft mit den Ängsten, Sorgen und Unsicherheit der Bevölkerung. Mit der Schuldenkeule und Unwissenheit ausnutzend lassen sich Demut, Disziplin und Sparsamkeit für den Reichtum der Reichsten überzeugend glaubhaft machen. Wenn FDP-Lindner dreist befürchtet, es gebe kaum Vermögen zum Besteuern, dann ist das bei ihm keine Unwissenheit, sondern demagogisch gelogen. Er muß genau wissen, daß die Staatsschuld gegenwärtig von um die zwei Billionen und mehr noch immer weniger sind, als das Geld- und Sachvermögen privater Haushalte, welches etwa das Doppelte beträgt. Wo ist also das große Problem?

Ein Lindner weiß ebenso, daß Schuldenmachen vor allem Reichtum von unten nach oben umverteilt. Wo Schulden sind, sind schließlich Zinsgewinner, sind jene, die Kredite geben und Zinsen fordern. Lindner weiß, daß Kapital in Krisenzeiten schwer in Realwirtschaft anzulegen ist und damit sich der Finanzmarkt bestens zur Kapitalverwertung eignet.

Es gibt viele Wahrheiten, welche die Lindner und Co. stets verschweigen und nie ganz erklären. Das Schuldenthema ist ein solches, das dann noch als Problem kommender Generationen heuchlerisch beweint wird. Wer, wofür, zu wessen Rettung oder Bereicherung Schulden aufgeladen bekommt, bleibt auch tabu. Schon gar nicht wird Licht in ein Schulden-Reichtums-Management gebracht, das permanent zu Verarmung der Kommunen, fehlenden Mitteln für Soziales bis zur Privatisierung öffentlicher Güter führt mit allen verheerenden Wirkungen. Roland Winkler, Aue

Die Partei die Grünen macht sich schön für eine „Ehe“ mit der CDU oder gar darüber hinaus. Deutlicher als je zuvor hat die Parteiführung artikuliert, daß sie nicht nur im Bund regieren wollen, sondern das Kanzleramt im Visier haben. Mit neuem Grundsatzprogramm zielt die Partei auf die sogenannte politische Mitte. Sie bekennt sich zur „wehrhaften Demokratie“ – was immer sie darunter verstehen mögen –, sondern vor allem zum aggressiven Militärbündnis NATO. Damit eben auch zum Krieg. Auch Gentechnik ist kein Tabu mehr. Die alte Realo-Garde, vertreten von Joseph Fischer und Co. wird rechts überholt. Daß solch eine Politik erfolversprechend

sein kann, sieht man in Baden-Württemberg. Ministerpräsident Winfried Kretschmann ist es dort gelungen, tief ins bürgerliche Lager vorzudringen.

Es ist nicht zu leugnen, daß die Vorsitzenden Annalena Baerbock und Robert Habeck die Partei fest im Griff haben, was u. a. auch damit zu tun hat, daß die großen Fragen aus dem Ende 2020 durchgeführten Parteitag herausgehalten oder in geschliffenen Formulierungen präsentiert wurden. In den Ländern, in denen Schwarz-Grün regiert, fallen jedoch die Widersprüche der Partei deutlich ins Auge. Da läßt eine schwarz-grüne Regierung in Hessen eine Autobahn bauen, gegen die Berliner Spitzen-grüne formal protestieren. Heuchlerischer geht es nicht. In Baden-Württemberg bekommt Winfried Kretschmann Konkurrenz von jungen Aktivisten, denen sein Pragmatismus doch etwas zu weit geht. Wenn Baerbock sagt, ihre „Klimarevolution“ sei so radikal wie ein Bausparvertrag, bringt sie das Dilemma ihrer Partei unwillkürlich auf einen Punkt. Da ein Bausparvertrag keine Revolution sein kann, ist der Bau einer neuen Autobahn auch kein Klimaschutz, bemerkte die „Berliner Zeitung“ vom 32. November 2020. Es scheint aber ein Kompromiß gefunden zu sein, wie die Grünen mit der Bedrohung durch den Klimawandel umzugehen beabsichtigen. Die Stunde der Wahrheit wird aber dann schlagen, wenn das Grundsätzliche ins Konkrete, nämlich ins Programm für die Bundestagswahl 2021 übernommen werden soll. Vom Anspruch der Grünen, radikale Avantgarde zu sein, ist nicht mehr viel übrig. Um anschiemig zu sein, schleifen sie die noch bestehenden Ecken und Kanten gründlich ab. Selbst ein CDU-Vorsitzender Friedrich Merz wäre am Ende kein Grund, von einem Bündnis mit der Union Abstand zu halten. Die Aussicht, zur politischen Heimstätte vieler einstiger Merkel-Wählerinnen und -Wähler werden zu können, scheint einfach zu verlockend.

Die Grünen sind auf dem Weg zu einer „Volkspartei“, einer Art grünen CDU. Damit werden sie für viel mehr bürgerliche Schichten wählbar sein. Für überzeugte Klimaschützer allerdings wird es schwierig, sich unter dem Dach der Grünen zu versammeln. Nichtsdestotrotz hat sich die Parteispitze längst entschieden, den eingeschlagenen Weg weiterzugehen.

Dr. Matin Baraki, Marburg

Trotz Corona, wirtschaftlichen Einbußen, Sozialabbau und Defiziten im Gesundheitswesen steigen die Rüstungsausgaben. Alleine 5,5 Milliarden Euro für 39 Eurofighter. Die NVA, Armee des Friedens, ließ man mit dem 3. Oktober 1990 verschwinden. Jede Würde wurde ihr verweigert. Die alte Fahne wurde nicht eingeholt, die neue nicht gehißt, die Hymnen nicht abgespielt. Das 200 Milliarden DM umfassende Vermögen der NVA ging ersatzlos an die Bundeswehr. Nach dem 3. Oktober 1990 waren die einstigen NVA Angehörigen „Weiterverwender“. Für 6 000 Offiziere, 11 200 Unteroffiziere und 8 000 Mannschaftsdienstgrade wurde eine Weiterbeschäftigung in der Bundeswehr möglich. Bei Übernahme wurden sie einen Dienstgrad herabgesetzt. Die Mehrheit der Berufssoldaten bewarb sich nicht. Zehntausende wurden entlassen. Das Gros stand zum DDR-Eid. Die

Generale und Admirale der NVA waren bereits am 30. September 1990 entlassen worden. Einstige NVA-Angehörige erhalten Strafrenten. Ausländische SS-Angehörige dagegen deutsche Zusatzrenten. Das Ruhegehalt eines Hauptfeldwebels der Bundeswehr ist 200 Euro höher als das eines Generaloberst der NVA nach 40 Dienstjahren. Schon am 2. Oktober 1990 hob Minister Rainer Eppelmann alle Ehrennamen der NVA auf. Auch die des JBG 77 „Gebhard Leberecht von Blücher“ und des MFG 28 „Paul Wiczorek“. Geliebt ist das Blücherdenkmal in Laage, das Reservisten pflegen. Das Luftwaffengeschwader 73 Laage erhielt den Namen des hochdekorierten Piloten der faschistischen Luftwaffe „Johannes Steinhoff“. Man ist wieder in der Tradition, näher zur Wehrmacht. Segensreich wäre gewesen, hätte der Bundespräsident verkündet, die Rüstungsausgaben werden gesenkt, Auslandseinsätze der Bundeswehr beendet und Rüstungsexporte der BRD eingestellt.

Wilfried Schubert, Güstrow

Meines Wissens ist China das einzige Land, das die Corona-Infektion besiegt hat. Während dort die Pandemie begann, macht es inzwischen bei uns Schlagzeilen, wenn dort (unter 1,3 Milliarden Chinesen) 26 neue Fälle auftauchen! Und auch dieser Ausbruch scheint gleich wieder unter Kontrolle gebracht zu sein. Was geschieht aber bei uns nach dem Abklingen der ersten Welle? Es wird gelockert, es wird beschwichtigt und verharmlost, bis die zweite Welle die Schäden der ersten um ein Vielfaches übertrifft. Auch wenn junge Menschen wohl tatsächlich weniger gefährdet sind, zeigen die neuen Entwicklungen, daß auch sie Schutz brauchen, aber nicht erhalten, von den Pädagogen ganz zu schweigen. Und warum diese spezielle Behandlung? Angeblich, weil sonst die Bildung der Schüler Schaden nähme. Ich denke an meinen Unterricht in Integralrechnung im 2. Semester der Oberstufe. Schade wäre es schon, das zu versäumen, aber wer es später benötigt, kann es auch nach den Abi nachholen. Eher ging es wohl darum, zu verhindern, daß sich die Eltern um die Kinder kümmern müssen anstatt Mehrwert für das Kapital zu produzieren. Und welche Schutzmaßnahmen gibt es für die Gesundheit der Schüler und Lehrer im Unterricht? Maskentragen und Stoßlüften im Unterricht. Und wo das technisch nicht möglich ist? Ich habe nicht gehört, daß diese Schulen geschlossen wären. Angeblich sollen ja Filter- und Luftumwälzungsanlagen die Sicherheit in geschlossenen Räumen erheblich verbessern. Wie viele solcher Anlagen sind inzwischen installiert worden? Warum nicht zehntausende? Das hätte in China mit Sicherheit anders ausgesehen. Wieder einmal zeigt sich hieran, daß bei uns der Profit vor den Menschen Vorrang hat.

Fritz Dittmar, Hamburg

Auf welche Weise Corona-Leugner alle Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie angreifen, zeigt beispielhaft die Netzseite corodok.de von Artur Aschmoneit aus Berlin-Charlottenburg. Er verbreitete die Falschmeldung, „daß Covid nicht gefährlicher als eine Grippe ist“. Am 6. November vergangenen Jahres berichtet er in einem Eintrag auf seiner Seite über die Suche nach Helfern, die bei Corona-Tests tätig

werden. In der Überschrift heißt es, es würden „Abstrichjungen gesucht“.

Bei der Demonstration von Corona-Leugnern am 7. November in Leipzig bewegten sich nicht nur Tausende dichtgedrängt ohne Maske und Abstand. Teilnehmer der Demonstration verprügelten Journalisten. Neonazis marschierten an der Spitze, als viele Corona-Demonstranten auf den Leipziger Innenstadt-Ring durchbrachen. Für Aschmoneit ist das kein Problem. Einzig bemerkenswert erscheint ihm, daß die „Berliner Zeitung“ der Corona-Leugner-Demonstration ein falsches Foto zuordnet. Er vergleicht die Kritik in der „Berliner Zeitung“ an der Demonstration vom 7. November mit der Hetze von „Bild“ gegen die außerparlamentarische Opposition (APO) nach dem 2. Juni 1967 (Anti-Schah-Demo, Erschießung von Benno Ohnesorg). Auf eine Nachfrage schreibt Aschmoneit wörtlich, „daß die Berliner Zeitung heute genau so hetzt wie die Bild-Zeitung vor 50 Jahren.“

Nachdenken, differenzieren und sich auf die Komplexität der Materie einlassen – darum geht es nicht. Hauptsache, man sagt irgendetwas Negatives und Abwertendes. Man nimmt nur das wahr, was die eigene Position bestätigt und spielt Mini-Trump. Aschmoneits Texte zeigen, welch „Geistes“ Kind sein Publikum ist. Es genießt Schimpfereien sowie Verunglimpfungen und fühlt sich durch sie bestätigt. Aschmoneit putscht sich selbst und seine Leser mit seiner Stimmungsmache affektiv auf. Wie Süchtige verlangen sie nach Steigerung der Dosis. Umso weniger Argumente sie haben und umso ernster die Pandemie-Lage objektiv wird, desto schriller, abstruser und abstoßender wüten diese Eiferer. **Paul Nielsen, E-Mail**

Könnte es sein, daß das Corona-Infektionsgeschehen wesentlich in Wohnungen abläuft, deren Entlüftungssystem in Wirklichkeit die Virenschleuder Nummer Eins ist? Zumindest könnte man es vermuten. Die Bürger sind darauf beschränkt, sich im Wesentlichen zu Hause aufzuhalten, und die Infektionszahlen steigen und steigen. Wohnungen haben heutzutage ein Lüftungssystem, schon deshalb, weil Eigentümer einen Schimmelbefall durch zu hohe Luftfeuchtigkeit vermeiden wollen und glauben, durch Luftbewegung würde sich die Luftqualität verbessern. Explizit in Hochhäusern herrscht ein äußerst kompliziertes Druck- und Strömungsverhältnis der Luft. Nicht nur, weil der Lüfter auf dem Dach sitzt und die Wohnungen direkt darunter den größten Luftentzug spüren, während im Erdgeschoß nur noch wenig Zugluft herrscht. Auch, wer das Fenster öffnet, bringt die Strömungsverhältnisse durcheinander. Da zudem Wohnungen zur Nebenwohnung selten wirklich dicht sind, bewirken die Druckverhältnisse, daß Raumluft der einen Wohnung in die der anderen strömt. Kaum jemand ist sich dessen bewußt, doch man merkt es bei Zigarettenrauch, der derart intensiv ist, daß man ihn schon in geringsten Konzentrationen wahrnimmt. Und wo dieser von Wohnung zu Wohnung zieht, fliegen die Coronaviren gleich mit. Angemerkt sei auch, daß der Wohnung durch das Lüftungssystem Wärme entzogen wird, Wärme, die der Mieter bezahlt, aber nichts davon hat, da es für die Abluft keine Wärmerückgewinnung gibt – ein Gedankenansatz, der den Heizenergieverbrauch

drastisch senken könnte.

Doch wir sind mit halb- und unwissenden Politikern konfrontiert, die sich in Vorschlägen überbieten, die Pandemie in den Griff zu bekommen und sich anmaßen, die Kompetenz zu besitzen, eine globale Gesundheitsgefahr immer etwas unterhalb der Katastrophenlinie zu fahren. **Jochen Singer, Leipzig**

In Corona-Zeiten erscheint in Deutschland der Antikommunismus wie ein Albtraum zulasten der Menschen, die frei von der Pandemie und ihren Gefahren für Gesundheit, Psyche sowie der Einschränkungen ihrer Grundrechte sein wollen. Es wird nicht von China gelernt. Es wird keine Hilfe von China angefordert, obwohl die Chinesen zeigten, wie die Pandemie in den Griff zu bekommen ist, während wir hierzulande erleben, wie sie uns erneut in den Griff nimmt. Gleichzeitig erkennen auch mehr Menschen, wer sich an der Pandemie bereichern kann, wenn gleichzeitig die Hochrüstung samt 50 Milliarden Euro Militärausgaben weiterläuft und keine Umverteilung gegen die Not in Gesundheits- und Bildungswesen stattfindet. Zumal Deutschland keinen wirklichen Feind hat! Als am 23. Januar 2020 die kommunistische Führung Chinas die Abriegelung des Gebietes Wuhan einschließlich der vorübergehenden Stilllegung aller Produktionsbetriebe verfügte, ging ein kollektives Naserümpfen durch die bundesdeutsche Medienlandschaft angesichts einer solchen Rigidität. Und es hält an! Gleiches galt für Vietnam und Kuba.

Die Ausrottung des Virus ist die eine Strategie, die deutsche ist die der Kontrolle. Zwei widersprechende Gesellschaftsstrukturen, zwei unterschiedliche, aber vergleichbare Ergebnisse. Nach Karl Marx: Radikal sein heißt die Sache an der Wurzel fassen. Und die Wurzel ist das System des Kapitalismus.

Karl Scheffsky, Schwerin

Bezugnehmend auf den Artikel „30 Jahre Anschluß – 30 Jahre Diskriminierung der Bürger der DDR“ von Hans Bauer in der RF-Beilage 274 schrieb Adelheid Krinke an den Autor: Ihre Zeilen sprechen mir aus der Seele. Wen wundert es, wenn ein altes System ein neues System vereinnahmen will. Das nennt man Überlegenheitsanspruch, nur, weil das Neue noch unvollkommen.

Wenn 45 Prozent arbeitslos wurden durch die Übernahme, dann gräbt es sich ein in des Volkes Seele. Es zerreißt sie und nimmt ihr die Würde. Die Hälfte der Menschen also keine Jubelkandidaten.

Und wenn das alte System denkt, mit dem Tod der Erlebnissgeneration sei alles vergessen, kann ihnen jeder Trauma-Therapeut das Gegenteil beweisen. Gesellschaftliche Traumata ziehen sich über viele Generationen und über 100 Jahre. Aber das „System K“ kann nicht anders als Mensch und Natur ausbeuten. Damit sind auch seine Grenzen aufgezeigt. Nur im Himmel ist noch Platz ... Doch dazu gesellt sich eine „Religion“, die ihm den Kampf ansagt.

Eine spannende Geschichte.

Adelheid Krinke, Chemnitz

Dreißig Jahre können sehr lang sein. Oder sehr kurz, manches ist, als wäre es gestern erst gewesen. Die Medien sind nicht ganz so

laut wie vor zehn oder zwanzig Jahren. Es mag an Corona liegen oder vielleicht auch an der „durchwachsenen“ Bilanz dieser 30 Jahre. Denn diese Zeit hat ja jeder anders erlebt. Von nicht wenigen ersehnt, begeistert begrüßt, viele andere waren geschockt, Enttäuschung und Verbitterung machten sich breit.

Für mich war es die zweite „Wende“ in meinem Leben. Die erste hatte der Krieg gebracht. Er hatte mir die Heimat genommen. So begann 1946 ein neues Leben in der Niederlausitz. Der neue Staat bot alle Chancen zur Entwicklung für mich, für Teilhabe an der Gesellschaft, für die Realisierung von Wünschen. Nein, nicht von allen Wünschen. Ich konnte nicht in die ersehnten Alpen, nicht nach Paris. Auch auf ein Auto oder den Farbfernseher mußte man lange warten. Die Folgen des Krieges waren bei uns lange zu spüren. Und es gab einen neuen Krieg, einen kalten, vierzig Jahre lang. Unser Land hatte Freunde, aber auch Feinde, starke Feinde. Vom ersten Tag an gab es Sanktionen, Embargo nannte man es damals. Es gab die Hallstein-Doktrin, die Erpressung anderer Länder, mit uns nicht zu reden, nicht zu handeln. Und das über viele Jahre, was Spuren hinterließ.

Vor 30 Jahren dann die neue „Wende“. Meine zweite. Nein nicht meine, das Land war gewendet. Sie nahm mir wieder das Land, das zur Heimat geworden war, aber es gab keine zweite Chance. Mit über 50 Jahren mußte man in dieser neuen Gesellschaft schon besonderes Glück oder Beziehungen haben, um wieder Fuß zu fassen. Noch dazu als Bürger dieses untergegangenen Staates, der ihn bejahte und seine Ziele und Interessen im Ausland vertreten hatte.

Es begann ein Kampf um die Existenz. Ja, so fühlte sich das damals an. Sicher es ging nicht ums Überleben. Es gab den „Wartestand“, Altersübergangsgeld, Arbeitslosengeld, Vorruhestandsregelungen und schließlich eine Rente. Aber man wurde nicht mehr gebraucht. Ein Gefühl, das es bis dahin nie gab. In der Familie fand ich Halt. Es gab Tipps von früheren Arbeitskollegen. So kamen auch ein paar Monate zusammen, gemeinsam einen Pressedienst zu entwickeln, danach der Versuch, in ein Reiseunternehmen einzusteigen. Aber nichts war von Dauer. Den Frust versuchte ich auf Demos, Versammlungen und auch mit Leserbriefen loszuwerden. Das Interesse an dem, was täglich geschah, ging dabei nicht verloren. Im Gegenteil. Die Medien gehörten schon immer zu meinem Leben. Jetzt waren sie das tägliche Brot und trieben oft noch mehr zur Verzweiflung.

Geblieben ist die Erfahrung dieser 40 Jahre davor, auch der Stolz, teilgenommen zu haben an dem Versuch, in diesem so tragischen 20. Jahrhundert etwas Neues in Deutschland anzufangen. Es war ein Versuch. Er ist 40 Jahre gelungen, aber am Ende gescheitert. An eigenen Fehlern, aber auch am Widerstand ökonomisch stärkerer Gegner. Wir haben gezeigt, daß ein deutscher Staat durchaus fähig ist, seine für die Welt so gefährlichen Traditionen zu verlassen und seinen Bürgern eine sichere und friedliche Zukunft zu geben. Es war ein Versuch. Es wird wohl nicht der letzte gewesen sein. Diese 30 Jahre haben vielleicht manchen, der damals Tränen der

Freude vergoß, zur Einsicht gebracht, daß Visionen oft als Illusionen enden.

Franz Tallowitz, Saterland

In der Vorbemerkung zu den Texten aus der Reihe „Wissenschaftliche Weltanschauung“ schreibt Ihr, daß die Sendereihe des Deutschlandsenders „auch in Westdeutschland gehört und beachtet“ worden sei. Ich kann das nur bestätigen. Ich habe als Schüler mir die Manuskripte schon ab 1965 regelmäßig schicken lassen. Damals war ich gerade mal 16 Jahre alt. Westdeutschland war, was den Marxismus betrifft, damals eine regelrechte Wüste. Es gab Marx nur „auszugsweise“ in einem Fischer-Taschenbuch von Iring Fetscher mit einem langen Vorwort versehen. Eine vierbändige Taschenbuchausgabe folgte wesentlich später. Und die Marx-Engels-Werke (MEW) gab es für uns erst, als es linke Buchläden gab, so etwa ab Anfang der 70er. Die DKP wurde erst 1968 gegründet. Das KPD-Verbot blieb trotz der 68er Bewegung aufrechterhalten. Die Sendereihe kompensierte jedenfalls für mich ein riesiges intellektuelles Defizit des damals noch vom Geiste Adenauers geprägten westdeutschen Staates. Als wir 1966 Berlin besuchten, deckten wir uns ein mit Werken aus dem Dietz-Verlag ein, die ich noch heute besitze. Im Nachhinein betrachtet, erscheint diese Phase westdeutscher Geschichte relativ kurz, wir aber „zehrten“ von der „anderen“ Sichtweise, wie sie uns in der Reihe des Deutschlandsenders vermittelt wurde. So hat die Reihe einen festen Platz in meiner Biographie. Es ist gut, daß Ihr daran erinnert.

Dr. Rolf Geffken, Hamburg

Beim Räumen des Versammlungsraumes des Vereins „Solidus“ in Magdeburg fanden sich in einem Schrank Unterlagen des Wohnbezirksschusses 171 (WBA) der Nationalen Front. Diese Materialien, die Aufschluß über die Aktivitäten des WBA gaben, waren inzwischen „herrenlos“ und sollten vernichtet werden. Ich übergab sie jedoch einem Hobbychronisten. Helmut Mittank hat dazu eine 60-seitige Broschüre erarbeitet.

Die entdeckten Mappen, Aufzeichnungen, Fotoalben und Aktenordnerüber sind ein Beleg

über das Leben in der DDR. Ich selbst war in die Arbeit des Ausschusses stets einbezogen. So bei der Organisation von Veranstaltungen, Versammlungen, Altstoffsammlungen, Wahlvorbereitungen, Spendensammlungen oder der Verschönerungen des Wohngebiets. Ich wohne noch in der Nachbarschaft des früheren Wohnbezirks 171 und unterstütze die Partei Die Linke. Von 1998 bis 2010 war ich der letzte Vorsitzende im Wohnbezirk und auch das letzte Mitglied dort.

Es ist wichtig, daß wir uns um die Zeugnisse unserer Arbeit in der DDR sorgen, sie nicht der Mülltonne überlassen, sondern aufbewahren und nutzen, wo immer möglich.

Werner Wild, Magdeburg

Am 25. November 2020 verstarb Diego Armando Maradona Franco, als „Maradona“ bekannt. „Auf dem Platz waren seine Gegner überfordert, weil er ihnen überlegen war, außerhalb des Platzes war er vom Leben überfordert. Als Fußballer war er ein Ereignis, sein Fußball war Kunst“, schrieb die Presse.

Seine Fans verziehen ihm die vielen ungunstigen Affären, die Drogen und den Alkohol. In Buenos Aires nahmen über einhunderttausend Menschen Abschied von ihrem Idol. In Neapel wurde ein Trauertag begangen. Das Stadion „seines“ Klubs SSC Neapel soll seinen Namen bekommen.

Was ihm die westlichen Medien nie verziehen: Der Arbeitersohn aus dem Armenviertel von Lanus bei Buenos Aires wurde durch die Freundschaft mit Fidel Castro aus Kuba, Hugo Chaves aus Venezuela und vielen anderen Kämpfern für die Befreiung Lateinamerikas zum politischen Fußballstar.

Trotz der Anfeindungen bleibt Maradona für viele der größte Fußballer der Geschichte und der „menschlichste unter den Göttern“.

Dr. Gerd Machalet, Siedebollentien

Nachdem die Werften in Mecklenburg-Vorpommern in den letzten 30 Jahren schon viermal verkauft wurden und die Mitarbeiterzahl auf 3 000 geschrumpft ist, kann man die Angst und Sorge bei den gegenwärtig noch Beschäftigten nachvollziehen. Es geht um Existenzen und

Familienschicksale. Vor jedem Verkauf wurden hunderte von Millionen Euro an Fördermittel investiert in der Hoffnung, das Unternehmen retten zu können. Jedes Mal war am Ende das Geld weg, denn es waren nichts als Luftnummern. Wer sich jetzt einbildet, mit dem Verkauf der Werften an Genting würde es anders, wird erneut enttäuscht werden. Wer sich ein wenig mit dem Kapitalismus Hongkonger Art beschäftigt hat, weiß, daß die Arbeitskräfte dort auf das brutalste ausgebeutet werden. Arbeitstage von zehn bis zwölf Stunden und das sieben Tage die Woche sind an der Tagesordnung. Die Gewerkschaften werden total unterdrückt. Genting hat unser Know-how und die Fördermittel mitgenommen und wird sich auch wieder verabschieden. Wir werden erneut auf einem ökonomischen Scherbenhaufen sitzen bleiben. Mit Genting haben wir keine Zukunft!

Ralf Kaestner, Bützow

Die RF-Regionalgruppe Harz hatte zum 30. Oktober vergangenen Jahres Hartmut König nach Halberstadt zu einer Buchlesung eingeladen. Vor den Teilnehmern stellte er in der zweistündigen Veranstaltung seine Autobiografie „Warten wir die Zukunft ab“ vor und bereicherte die Veranstaltung mit ausgewählten Liedern, die er mit der Gitarre selbst begleitete. Er ist dem Text aus seinem wohl bekanntesten Lied, „Sag mir, wo du stehst“, treu geblieben. Das ist es, was wir vor allem den Jüngeren mit auf den Weg geben müssen. Leider fehlten sie bei unserer Zusammenkunft. Doch gerade ihnen muß ein realistisches Bild von der DDR vermittelt werden. Neben den vielen Vorzügen der DDR sind aber auch ihre Mängel und Ungerechtigkeiten zu benennen. Eine Glorifizierung unseres Staates stößt eher ab, als daß Verständnis und Zustimmung erreicht wird. Aber gerade die beiden letztgenannten Dinge brauchen wir dringend.

Im Einband des Buches ist zu lesen: „König erzählt sein Leben – verzahnt mit den politischen Ereignissen, ergibt das eine kleine, hochinformative Geschichte der DDR“. Neugier darauf sollte nicht nur bei uns, sondern vor allem bei der jüngeren Generation geweckt werden.

Reinhardt Koblischke, Aschersleben

Dass das Virus die Lunge
schädigt – das stimmt einfach
nicht! Lüge! Fake!!



Verschwörungstheoretiker spricht aus eigener Erfahrung...



Ein möglichst besseres neues Jahr wünschen
die „RotFuchs“-Redaktion und Gertrud Zucker

IMPRESSUM

Der im Februar 1998 von Klaus Steiniger gegründete **RotFuchs** ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e. V.
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin

Redaktion:

Dr. Arnold Schölzel (V.i.S.d.P.),
Bruni Steiniger

Anschrift:

Redaktion „RotFuchs“
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
Tel. 0160 -238 30 85
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de

Layout: Rüdiger Serinek

Herstellung: Druckerei Gottschalk

Internet: www.rotfuchs.net

Redaktionsschluß für die übernächste
Ausgabe ist der 28. eines Monats.

ISSN (Print) 2628-7900

ISSN (Online) 2628-7897

Autorenkreis:

Joachim Augustin
Dr. Martin Baraki
Prof. Dr. Götz Dieckmann
Prof. Dr. Achim Dippe
Ralph Dobrawa
Dr. Peter Elz
Peter Franz
Bernd Gutte
Helmuth Hellge
Wolfgang Herrmann (Dreesch)
Lutz Jahoda
Rico Jalowitzki
Uli Jeschke
Rudi Kurz †
Dr. Kurt Laser

Prof. Dr. Anton Latzo
Bruno Mahlow
Dr. Bernhard Majorow
Wolfgang Metzger
Jobst-Heinrich Müller
Horst Neumann
Prof. Dr. Gerhard Oberkofler (Innsbruck)
Heinz Pocher
Hans Schoenefeldt
Prof. Dr. Rolf Sieber
Peter Steiniger
Johann Weber
Theodor Weißenborn
Prof. Dr. Zbigniew Wiktor (Wrocław)
Edda Winkel

Künstlerische Mitarbeit:

Siegfried Lachmann, Gertrud Zucker

Vertrieb:

Rainer Behr, Postfach 82 02 31,
12504 Berlin, Tel. 030 -983 898 30
vertrieb@rotfuchs.net
oder Heiner Brendel
Tel. 030-654 45 94
Gerald Umlauf, Hans Ludwig u. v. a. m.

Mitgliederfragen:

Wolfgang Dockhorn, Postfach 02 12 19,
10123 Berlin, Tel. 030 -241 26 73
WDockhorn@t-online.de

Finanzen: Jürgen Claußner
Postfach 52 02 23, 12592 Berlin
Tel. 030-427 27 66

Unsere Bankverbindung:

„RotFuchs“-Förderverein
IBAN: DE18 1005 0000 2143 0314 00
BIC: BELADEBEXXX

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen.